H. W. L.
AUG 1 1927

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 12 · 8. Jahrgang — Berlin, 15. Juni 1927

Von der Saarbesatzung zum Bahnschutz.

Kurz vor Zusammentritt des Völkerbundrates in Genf hat die französische Saarbesatzung offiziell das Saargebiet geräumt, damit man den in Genf versammelten Völkerbundsdelegierten melden konnte, daß der Märzbeschluß auf Zurückziehung der französischen Besatzungstruppen durchgeführt worden sei. Am längsten hat sich die französische Besatzung in Saarbrücken gehalten, wo die für den Abtransport bestimmten Kompagnien im Laufe des 8. bzw. 9. Juni die Stadt verließen. Saarlouis war bekanntlich schon am 29. April geräumt worden und auch aus Neunkirchen, Sulzbach und Homburg hatte man die dort untergebrachten Truppen schon in den ersten Junitagen abtransportiert. Meist in kleineren Trupps sind sie aus dem Saargebiet abgerückt, ohne daß eine Abschiedsfeier oder auch nur ein Abschiedsgruß ihnen Lebewohl gesagt hätte. Sie sind aus dem Saargebiet hinausgegangen, etwa wie unbeliebte, höchst unbequeme Zwangsmieter. Nicht eine Träne ist ihnen nachgeweint worden, dazu hat sich die französische Besatzung wie am Rhein so auch im Saargebiet viel zu ungezogen, zu herausfordernd, zu ungebührlich benommen.

Nicht einen einzigen Fall kann die französische Besatzungsgeschichte im Saargebiet aufweisen, wo das französische Militär andere als „Sieger"-Manieren an den Tag gelegt hätte. Wohl aber hat es in hunderten von Fällen den Nachweis erbracht, daß es nicht Versöhnung, nicht Frieden will, und keine Achtung vor Menschenwürde und Menschenleben kennt. Erschreckend ist die Zahl der Blutopfer, der geschändeten Frauen und Mädchen, der Mißhandelten, an Leib und Seele Geschädigten, Verstümmelten, die das Schuldkonto der französischen Saarbesatzung belasten. Wahrlich, im Saargebiet hat niemand Veranlassung, den endlichen Abzug der französischen Besatzung zu bedauern. Sie hat dieses Gefühl auch selbst, denn sie hat gar nicht den Versuch unternommen, von der Bevölkerung einen Scheidegruß zu erhalten. Sie hat sich davongeschlichen, da sie sich dessen wohl bewußt war, daß sie sieben Jahre gegen Recht und Vertrag ein fremdes Land besetzt hielt, die Bevölkerung quälte, ihr Recht mißachtete. Die französische Saarbesatzung gehört zu dem Kapitel französischer Annexionspolitik, die ihre Absichten und Ziele Jahrhunderte hindurch immer wieder auf deutsches Gebiet richtete, die in Versailles einen neuen Vorstoß unternahm. Von der Ritterlichkeit der Franzosen, besonders seiner Offiziere, von der man jahrzehntelang sprach und die sie auch heute noch so gern betonen, hat man in der ganzen Besatzungszeit nichts gemerkt — von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen. Die Söldnerhorden während des 30jährigen Krieges können in Deutschland nicht schlimmer gehaust haben, als wie es die französische Besatzung getan hat.

Kein Beschönigen, kein Entschuldigen, keine Sentimentalität ist am Platze, wenn es sich darum handelt, das Fazit aus einer siebenjährigen vertragswidrigen Saarbesatzung zu ziehen. Die Erinnerung an die Schandtaten der französischen Saarbesatzung könnte vielleicht mit der Zeit verblassen, wenn eine neue Politik Frankreichs gegenüber Deutschland die Schmach von Versailles mit ihrer Menschenverschacherung austilgt. Mag man in der Diplomatie über das furchtbare Unrecht, über das Verbrechen dem Saargebiet gegenüber nachsichtiger urteilen, die Bevölkerung jener Gebiete, die die Lasten und die Leiden einer unrechtmäßigen Besatzung zu erdulden hat, wird die Dinge, wie sie sich dort ereignen, beim richtigen Namen nennen. Danach war die siebenjährige französische Besatzung an der Saar nicht nur ein Unrecht und ein Vertragsbruch, sie war eine Schmach für den Völkerbund, eine Verhöhnung der Völkerbundsidee. Wenn der Völkerbund sich durchsetzen will, muß er auch die Kraft und den Willen aufbringen, seine eigenen Grundsätze zu vertreten. Der Grundgedanke der Völkerbundsinstruktion an die Saarregierungskommission ist die Forderung, keine andere Aufgabe zu kennen, als die Wohlfahrt der Bevölkerung des Saargebiets. Die französische Saarbesatzung war von Anfang an eine Last für die Bevölkerung in bezug auf die Wohnungsfrage, war eine Gefahr für die Sicherheit, für Leben und Gesundheit der Bevölkerung, war ein unausgesetztes Leiden unter den Uebergriffen und Gewalttätigkeiten der Besatzungsangehörigen. Diese Leiden und Gefahren hätten nicht zu sein brauchen, wenn die oberen Kommandostellen die Uebergriffe der Soldaten verurteilt hätten; sie haben sie aber nicht nur geduldet, sie haben sie gewollt. Und die Regierungskommission hat nicht einmal den Versuch gemacht, von den Kommandostellen der Besatzung Abhilfe zu fordern. Noch weniger hat sie versucht, für schleunigste Beseitigung der vertragswidrigen Besatzung einzutreten. Das muß nochmals mit aller Rücksichtslosigkeit ausgesprochen werden.

Offiziell ist die Besatzung aus dem Saargebiet zurückgezogen. In Wirklichkeit ist sie aber, wenn auch in vermindertem Ausmaß, bestehen geblieben. Was von Anfang an gefürchtet worden ist, daß es sich bei dem Bahnschutzkorps lediglich um eine verkappte Besatzung handelt, wird jetzt in vollem Umfang bestätigt. Die 600 Mann des französischen Bahnschutzkontingents sind nichts anderes, als das bisher in Saarbrücken untergebrachte 1. Batl. des französischen Infanterieregiments Nr. 153. Es hat sich nichts geändert, auch die französische Uniform ist geblieben, man hat den Angehörigen des sogenannten Bahn-

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 6, Jahrgang 3, der **„Saarheimatbilder"** bei.

schutzkorps lediglich eine Armbinde gegeben, die sie als „internationale Bahnschutztruppe" legitimieren soll. Die französischen Militärs und die französischen Saarpolitiker haben also die Oberhand behalten.

An sich könnte man über diese Angelegenheit mit einer gewissen Gleichgültigkeit hinwegsehen, da nach unserer Auffassung 600 Franzosen, 120 Engländer und 80 Belgier kaum allzustark äußerlich in Erscheinung treten dürften. Hier handelt es sich aber um das Prinzip. Der Völkerbund hat mit seinem Märzbeschluß anerkannt, daß im Saargebiet keine militärische Truppe unterhalten werden darf. Er duldet trotzdem das Weiterbestehen einer Besatzung, da ihm natürlich auch bekannt ist, daß das französische Bahnschutzkontingent eben nichts anderes ist als das 1. Bataillon des französischen Infanterie-Regiments Nr. 153, dessen 2. Bataillon jetzt in Forbach liegt. Die offiziell bekannt gegebene „Räumung des Saargebiets" ist in Wirklichkeit nicht erfolgt, die Besatzung ist lediglich vermindert und soll durch Hinzunahme von 120 englischen und 80 belgischen Truppen „international", richtiger „interalliiert" werden. Die der bisherigen Uniform hinzugefügte Armbinde ist nicht mehr als ein Zwirnsfaden, über den die französische Politik bestimmt nicht stolpert.

Fragt man, durch welche Bestimmung des Versailler Diktats dieses „Bahnschutzkorps" seine Berechtigung erhält, so ist die Antwort Schweigen. Es gibt keine derartige Bestimmung, es besteht für Frankreich kein Rechtsanspruch auf Besetzung oder „Sicherung" der Saarbahnen. Ueber diese klare Rechtslage hat sich Frankreich mit größter Selbstverständlichkeit, hat sich der Völkerbund ohne irgendwelche Gewissenskrupel hinweggesetzt. Das muß immer wieder festgestellt werden. Auch die Tatsache, daß das „Bahnschutzkorps" auf Grund eines Kompromisses innerhalb des Völkerbundrates zurecht frisiert worden ist, kann die Rechtslage nicht erschüttern: wie die französische Besatzung vertragswidrig 7 Jahre das Saargebiet besetzt hielt, so vertragswidrig bezieht jetzt das „Bahnschutzkorps" seine Aufnahmestellung an den Saarbahnen.

Wir wollen hier festhalten, daß es sich um eine Aufnahmestellung handelt, die die Besatzungsmächte mit diesem „Saar-Bahnschutzkorps" im rechtsrheinischen Gebiet aufgerichtet haben. Gerade in diesen Tagen wurde im Mainzer Eisenbahnbezirk beobachtet, daß aus Frankreich größere Trupps Zivileisenbahner eintrafen, die in der Kleidung der Regieeisenbahner in den Mainzer Kasernen untergebracht wurden. Diese Leute nehmen unter Führung von Eisenbahnoffizieren Besichtigungen von Bahnanlagen im besetzten Gebiet vor. So wurden u. a. die Bahnhöfe und technischen Anlagen von Bischofsheim und Rüsselheim mehrere Tage lang inspiziert. Auch in den Maschinenhallen und Blockstellen machen sich die französischen Eisenbahner zu schaffen. Hand in Hand hiermit gehen die mit auffallender Emsigkeit betriebenen Uebungen der französischen Genietruppen. Gerade die Pioniertruppen sieht man in lebhafter Tätigkeit nicht nur auf den Uebungsplätzen, sondern auch an wichtigen Verkehrsstellen im Lande und an den Rheinufern.

Wir haben schon vor einiger Zeit, als die ersten Nachrichten über die Aufstellung eines „Bahnschutzkorps" an der Saar auftauchten, unserer Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß sich hinter diesem neuen Gebilde ein System verbirgt, das im Saargebiet ausprobiert und im übrigen besetzten Gebiet zu gegebener Zeit eingeführt werden soll. Wir möchten fast glauben, daß diese unsere damals geäußerte Befürchtung durch die oben mitgeteilte Meldung über das Auftauchen französischer Regieeisenbahner schon jetzt eine Bestätigung erhält. In Deutschland sind wir immer noch zu sehr geneigt, schöne Worte für Tatsachen hinzunehmen. Wir haben trotz aller Nackenschläge, die wir wegen unserer Vertrauensseligkeit immer wieder erhalten haben, noch nicht begriffen, daß man uns mit solchen schönen Worten einschläfern will, daß man uns eine Versöhnungskomödie vorspielt, um von der Betonung unseres Rechts abzulassen.

Auch jetzt stehen wir wieder vor getäuschten Hoffnungen. Alles was noch vor einem halben Jahre in rosigstem Lichte erschien, ist zerflossen in ein Nichts, in ein Dunkel, aus dem uns nur die Gewißheit wird, daß Locarno zu einem Buchstabenwerk erstarrt ist, und daß Thoiry ein schöner Traum war, der jetzt nicht einmal die Gestalt einer grauen Theorie angenommen hat. Ganz sachlich gesehen, bedeutet die „Zurückziehung" der französischen Besatzung und ihre Ersetzung durch ein „Bahnschutzkorps" vielleicht einen ganz kleinen Schritt nach vorn, bedeutet aber nicht Vertragserfüllung, bedeutet nicht Rechtszustand, sondern weiterhin Vertragsverletzung. Es verbirgt sich dahinter eine neue Täuschungspolitik, ein Systemwechsel zur Unterhöhlung deutscher Rechtsforderungen.

Seien wir daher wachsam, kritisch, seien wir kampf- und abwehrbereit.

Zum Abzug des französischen Militärs aus dem Saargebiet.

Von Dr. Georg Krause-Wichmann.

Nach über 7jähriger vertragswidriger Anwesenheit im Saargebiet sind die französischen Truppen jetzt endlich abgezogen. Sie lagen zuletzt in einer Stärke von 3000 Mann in Saarlouis, Sulzbach, Neunkirchen und Homburg (Saarpfalz).

Der Maire des lothringischen Grenzortes Forbach, der einen Teil der aus dem Saargebiet abrückenden Truppen beim Einzug begrüßte, konnte es sich nicht versagen, aus diesem Anlaß auf die angeblich feindselige Haltung der Saarbevölkerung gegen das Militär hinzuweisen. Treffender kennzeichnete ein lothringisches Blatt die Haltung der Saarländer mit indifferent. Sicherlich hat nichts die siegesbewußten Franzosen mehr gewurmt, als daß ihre eisige Ablehnung seitens der gesamten Bevölkerung, die sie schon bei ihrem Einzug so empfindlich fühlen mußten, sich unverändert erhielt. Die Bevölkerung hatte den ungepflegten und unansehnlichen Fremdlingen gegenüber keine andere Waffe als die der absoluten Nichtbeachtung. Es herrschte eine stille Uebereinkunft, daß niemand mit den französischen Soldaten sprach, niemand sich irgendwie mit ihnen einließ. Die stolzen Franzosen, sie waren und blieben sieben Jahre lang Luft, und diese Behandlung im Lande der angeblich 150 000 Saarfranzosen war zweifellos eine recht schmerzliche Illustration zu der infamen, verhängnisvollen Clemenceau-Lüge.

Von größerer Zukunftsbedeutung jedoch als diese, keinen Augenblick zweifelhafte Einstellung der Bevölkerung zu den Truppen erscheint heute bei einem Rückblick auf die vergangenen Jahre die eigenartige Rolle, die der Völkerbund in der Truppenangelegenheit gespielt hat. Die Art der Behandlung der Saartruppenfrage, die unzählige Male auf der Genfer Tagesordnung stand und Gegenstand zahlreicher Proteste sowohl der Saarbevölkerung als auch der deutschen Regierung war, bietet ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie trotz schönster Friedensbeteuerungen gerade in Genf Macht vor Recht geht. Sieben Jahre lang deckte der Völkerbund — das darf bei aller Genugtuung über den Abzug der Truppen nicht verschleiert werden — mit seinem Namen den Bruch des Versailler Vertrages, indem er den § 30 des Saarstatuts, der ausdrücklich bestimmt, daß nur eine örtliche Gendarmerie für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet eingerichtet werden soll, de facto einfach durch Frankreich außer Kraft setzen ließ. Bezeichnenderweise lehnte es der „demokratische" Völkerbund in diesen 7 Jahren sogar ab, die gewählten Vertreter der Saarbevölkerung offiziell über ihre Beschwerden anzuhören. (Erst mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist dem Saargebiet ein offizieller Interessenvertreter in Genf erstanden, der das Recht hat, die Behandlung bestimmter Saarfragen auf der Tagesordnung des Völkerbundrates durchzusetzen.)

Bis zum 6. August 1924 betrug die Zahl der durch Gewaltaten französischer Soldaten getöteten Saarländer — wie dem Völkerbund in einer von vornherein in den Papierkorb wandernden Denkschrift der politischen Parteien mitgeteilt wurde — nicht weniger als zehn. Obwohl der Rat bereits im Jahre 1921 die Rechtswidrigkeit der französischen

Militäranwesenheit im Saargebiet selbst anerkannt hatte, indem er am 30. Juli die Regierungskommission anwies, „die Anwesenheit der französischen Truppen nicht zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen", brachte er es doch nicht fertig, die Respektierung des Versailler Vertrages Frankreich gegenüber durchzusetzen.

Diese völlige Ohnmacht und Willenslosigkeit des Völkerbundes, zu verhindern, daß geschriebenes Recht dauernd mißachtet wird, muß jeden ernsthaften Freund des Bundes beunruhigen. Denn es gab bisher für den Völkerbund kaum eine Frage, die klarer und eindeutiger lag, als die der Saartruppen. Erst im März d. J. wurde auf Betreiben Dr. Stresemanns — in Genf ein Termin für den Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet — 13. Juni — festgesetzt. Aber auch dieser Beschluß erfolgte bekanntlich nicht ohne neuerliche Rechtsbeugung: 3000 Soldaten ziehen ab, aber 800 Soldaten kommen, von den bisherigen Truppen nur durch eine Armbinde unterschieden, als sogenannte Bahnschutztruppen wieder in das Saargebiet hinein. Von einem endgültigen Abzug, auf den die Bevölkerung seit dem 10. Januar 1920 einen vertragsmäßigen Anspruch hat, kann also auch heute noch nicht die Rede sein. Weit schwerwiegender als die Tatsache, daß die Saarbevölkerung sich die Anwesenheit dieser 800 alliierter Soldaten gefallen lassen muß, ist der Umstand, daß der Völkerbund sich nach siebenjährigem Vertragsbruch nicht dazu aufraffen konnte, endlich damit Schluß zu machen, sondern unter erneuter Verletzung des Versailler Vertrages der Einrichtung der Bahnschutztruppe zugestimmt hat. Diese Haltung des Völkerbundes, sich über geschriebenes Recht glatt hinwegzusetzen, ist um so besorgniserregender, als auch seine Einstellung Polen gegenüber zeigt (er duldet ohne weiteres die Mißachtung seiner Entscheidungen durch Polen), daß diese Haltung keinen Einzelfall darstellt, sondern geradezu einem bösen Prinzip entspringt: Schädigung Deutschlands um jeden Preis und mit allen Mitteln!

Als sie Abschied nahmen . . .

Die enttäuschten 153er.

In Völkerbundskreisen soll es nach den Beobachtungen eines saarländischen Korrespondenten mit dem Gefühl der Erleichterung begrüßt worden sein, daß einen Tag vor Zusammentritt des Völkerbundrates, am 12. Juni, die Nachricht von der programmäßig durchgeführten Räumung des Saargebiets durch die französischen Truppen in Genf einlief. Man hat mit dieser Tatsache die Hoffnung verbunden, daß „wenigstens die Saarfrage nun einer allmählichen Befriedung entgegengeht." Diese zweifellos gut beobachtete Stimmung in Völkerbundskreisen zeigt gleichzeitig, wie wenig man in diesen Kreisen über die Saargebietsverhältnisse unterrichtet ist. Im Saargebiet ist man mit der Lösung, die man in Genf in der Saartruppenfrage getroffen hat, im allgemeinen und über die Durchführung dieser Lösung im besonderen durchaus unzufrieden. Durch den Abzug der Franzosen von der Saar hat man überhaupt erst, wie aus einer Bemerkung der „Saarbrücker Zeitung" hervorgeht, einen einigermaßen klaren Ueberblick über die Stärke der im Saargebiet aufrecht erhaltenen Saarbesatzung erhalten. Das Blatt nimmt als ziemlich sicher an, daß u. a. das ganze 153. Regiment in Saarbrücken seinen Standort hatte. Es ist zweifellos nur aus Versehen geschehen, daß in einer, wenn wir nicht irren, französischen, Meldung in Zusammenhang mit der Zurückziehung der französischen Truppen von der Saar davon die Rede war, daß die 3000 Mann französischer Truppen durch einen 800-köpfigen Saarbahnschutz ersetzt würden. Diese Zahlenangabe dürfte richtig sein, wenn tatsächlich in Saarbrücken allein ein ganzes Regiment neben anderen Stäben untergebracht war. In Genf wurde bekanntlich die Zahl der Besatzungstruppen zuletzt mit 1250 bis 1500 Mann angegeben. Auch hier hat man also den Völkerbund ständig hinters Licht geführt.

Eine zweite Ueberraschung für das Saargebiet war die Feststellung, daß tatsächlich nicht das gesamte Regiment 153 aus dem Saargebiet herausgezogen wurde, daß vielmehr zwei Kompagnien in Saabrücken und je eine in Neunkirchen und Sulzbach als „Bahnschutz" verbleiben. Die Verwandlung dieses französischen Infanterie-Bataillons in eine „Bahnschutzformation", ändert tatsächlich an dem Zustand der unrechtmäßigen Aufrechterhaltung der Saarbesatzung durch Frankreich nichts. Sie stellt im Wesen nichts anderes dar, als wenn etwa eine Infanterietruppe eine militärische Jägeruniform erhält. Die Umwandlung des Saarbrücker Besatzungsbataillons in eine „Bahnschutzformation" ist uniformtechnisch sogar noch geringfügiger, als man dieser Formation lediglich eine „Bahnschutz-Uniform"-Armbinde verleiht, deren Entfernung von der bisherigen französischen Uniform diese Formation in weniger als 5 Sekunden wieder in ein vollwertiges aktives Infanteriebataillon zurückverwandelt.

Die abbeförderten beiden übrigen Bataillone des Infanterieregiments 153 haben aber gleichfalls ihre Ueberraschung erlebt. Daß sie aus dem Saargebiet ohne Sang und Klang, ohne Abschiedsgruß, ohne jegliche Anteilnahme der Bevölkerung herausgehen würden, dürfte ihnen vorher bekannt gewesen sein. Daß sie aber in Mörchingen und Forbach, ihren nunmehrigen Garnisonen, eine so kühle Aufnahme gefunden haben, das dürfte ihnen immerhin eine unangenehme Ueberraschung gewesen sein. Die Bevölkerung der beiden lothringischen Städte nahm von dem Einzug der 153er so gut wie keine Notiz, obwohl sich die beiden Stadtverwaltungen fast die Finger wund geschrieben hatten, endlich wieder eine Garnison zu erhalten — aus rein wirtschaftlichen Gründen. In Forbach zeigte nur die unmittelbare Umgebung des Marktplatzes, wo der offizielle Empfang des Bataillons stattfand, einigen Flaggenschmuck. Zuschauer, die das Bataillon „begeistert begrüßen" sollten, waren nur in ganz geringer Anzahl erschienen. Das Peinliche dieser Erscheinung kam auch durch die Begrüßungsworte des Herrn Maire mit dem urfranzösischen Namen Barth an den Bataillonskommandeur zum Ausdruck, wenn er unter anderem sagte: „Viele unserer Mitbürger sprechen die französische Sprache nicht. Ich bitte sie, diese wegen des Sprachunterschiedes nicht zu verwechseln mit der feindseligen Bevölkerung, die sie eben verlassen haben." Der Herr Maire versuchte diese Tatsache damit zu erklären, daß die lothringische Bevölkerung lange Jahre einer „Fremdherrschaft" unterworfen gewesen sei, „die eben nicht ohne Spuren an der Bevölkerung vorübergegangen wäre."

Etwas derartiges mußte der Herr Maire schon reden, um den ungünstigen Eindruck zu verwischen, den die außerordentlich kühle Anteilnahme der Bevölkerung an dem Eintreffen der „Heimgekehrten" auf die französischen Soldaten ausgeübt hatte. Wir erinnern uns noch sehr deutlich des Einzugs des Lothringischen Infanterieregiments 174, das im Jahre 1912 von Metz nach Forbach verlegt worden war. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß ganz Forbach damals auf den Beinen war, um das stramme Regiment zu begrüßen. Die Begrüßungsfeier auf dem Marktplatz in Forbach zeugte von einer wirklichen inneren Freude der Bevölkerung, dieses stolze Regiment in den Mauern ihrer Stadt zu beherbergen. Forbach prangte damals in reichstem Guirlanden- und Fahnenschmuck und der Tag des Einzuges des Regiments war ein Feiertag für die ganze Bevölkerung.

Wir erinnern uns weiter der ersten Augusttage 1914, besonders des 18. August, als die deutsche 8. Ersatzdivision, die in Heeresreserve damals um Saarbrücken lag, auf dem Vormarsch in die Lothringer Schlacht durch Forbach marschierte. Herzlicher konnte eine Truppe nicht begrüßt werden, als wie es damals den preußisch-, hessisch-badischen Verbänden der genannten Garnison gegenüber geschah. Die Begeisterung der Forbacher Bevölkerung war damals so gewaltig, daß die Soldaten sich der ihnen gebotenen Liebesgaben kaum noch erwehren konnten. Gewiß haben auch 1912 und 1914 Teile der Forbacher Bevölkerung abseits gestanden. Es waren aber nur kleine Teile, denen es jedoch von keiner Seite nachgetragen wurde, weil man ihre Empfindungen als Urfranzosen begriff.

Wenn man sich weiter dessen bewußt ist, welche Mittel die französischen Behörden angewandt haben, um jede deutsche Regung in Elsaß-Lothringen zu unterdrücken, um jeden Deutschen, der sich nicht von Geburt aus als Franzose ausweisen konnte, rigoros des Landes zu verweisen, der wird sich darüber nicht wundern, daß die Zahl der französisch Sprechenden heute in Forbach größer ist als vor dem Kriege, er wird sich aber auch darüber nicht wundern, daß die Aufnahme der 153er durch die Forbacher Bevölkerung eine recht kühle war. Im Interesse der Forbacher Bevölkerung, die von jeher gute wirtschaftliche und auch grenznachbarliche Beziehungen zu Saarbrücken unterhalten hat, wünschen wir nur das eine, daß die Disziplin der 153er in Forbach eine bessere sein möge, als wie sie im Saargebiet war. Ihr Auftreten dort war jedenfalls so, daß sie, selbst wenn sie mit einem gewissen Recht sich im Saargebiet aufgehalten hätten, dort keine Freunde hinterlassen konnten.

✣

Die künftigen Garnisonen der Saartruppen.

Die bisher im Saargebiet stationierten Truppen, die in diesen Tagen nach Frankreich zurückbefördert wurden, sind auf folgende

Garnisonen verteilt worden: 3. Dragoner-Regiment: Regimentsstab und zwei Schadronen nach Saargemünd, zwei Schwadronen nach St. Avold. 153. Infanterie-Regiment: Regimentsstab und ein Bataillon nach Mörchingen, ein Bataillon nach Forbach. Da. 20. Bataillon der Jäger zu Fuß wird nach seiner endgültigen Garnison Autiber abtransportiert.

Ein Engländer Saarpräsident.

Wenige Wochen vor der Märztagung des Völkerbundrates wurde bekannt, daß der Präsident der Saarregierung, Herr Stephens, dem Völkerbund seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, weil, wie es in einer Pressemitteilung hieß, seine wie auch die Gesundheit seiner Frau sehr angegriffen war. Präsident Stephens erklärte damals, die Aerzte hätten ihm gesagt, „daß er nicht gesund werden könnte, wenn er seine angespannte Tätigkeit und seinen Aerger nicht aufgäbe". Diese Aeußerung Stephens ist damals wohl nicht mit Unrecht dahin gedeutet worden, daß er bei der bisherigen Zusammensetzung der Saarregierung mit einer profranzösischen Mehrheit keine Möglichkeit sah, fruchtbringend im Sinne und Geiste der Völkerbundsidee zum Wohle der Saargebietsbevölkerung tätig zu sein. Der Völkerbundsrat hat damals die Gründe seines Rücktrittsgesuches anerkannt, diesem zugestimmt, ihn aber gebeten, die Präsidialgeschäfte an der Saar weiter zu führen, „bis die kanadische Regierung eine geeignete Persönlichkeit ausfindig gemacht hätte, die an seine Stelle treten soll" Der damalige Vorsitzende des Völkerbundrates, der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann, wurde ermächtigt, die ihm namhaft zu machende Persönlichkeit zum Präsidenten der Saarregierung zu ernennen.

Ueberraschenderweise wurde Anfang Juni bekannt, daß zum Nachfolger des Herrn Stephens nicht ein Kanadier, sondern ein Engländer aus dem Mutterland und zwar der britische Diplomat Sir Ernest Wilton zum Saarpräsidenten ausersehen sei. Tatsächlich wurde dann auch die Ernennung des Herrn Wilton durch den deutschen Reichsaußenminister Dr. Stresemann am 8. Juni vollzogen, nachdem eine Rundfrage bei den Ratsmächten keinen Widerspruch gegen Herrn Wilton gezeitigt hatte.

Herr Stephens hat der Saarregierung als Nachfolger seines Landsmannes 4 Jahre als Vertreter Kanadas angehört, einschließlich der 14 Monate, die er der Saarregierung als Präsident vorstand. Bei seiner Ernennung zum Saarpräsidenten vor 14 Monaten empfahlen wir Herrn Stephens, sich noch einmal sorgfältig die Bestimmungen des Saarstatuts durchzulesen und sich der Hauptbestimmungen der Völkerbundsinstruktion an die Saarregierung zu erinnern, die da lautet, „keine anderen Aufgaben und Interessen zu haben als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckengebiets". Wir baten ihn, diesen Bestimmungen den Geist einzuhauchen, der in Locarno neu geboren wurde. Wir haben ihn weiter auf die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage, auf die unhaltbaren steuerlichen Verhältnisse aufmerksam gemacht, die zu ändern eine seiner Hauptaufgaben sein müßte. Wir haben weiter erklärt, daß wir nicht in der Lage sind, Herrn Stephens Vorschußlorbeeren zu streuen, daß wir aber auf seine Loyalität rechneten, der Saargebietsbevölkerung ihre Rechte werden zu lassen. Wir haben ihm zugerufen: „Ihr Weg ist frei, Sie können dem Frieden, der Versöhnung und der Gerechtigkeit dienen. Ihre Schuld müßte es sein, wenn die Bevölkerung an ihnen eine gleiche Enttäuschung erlebte wie an Herrn Rault. Beweisen Sie, wes Geistes Kind der Völkerbund ist!"

Herr Stephens hat 14 Monate die Saarpräsidialgeschäfte geführt, er hat versagt, hat die Bevölkerung gleichfalls enttäuscht. Es mag nicht seine persönliche Schuld sein, daß er ohne Erfolg im Saargebiet gearbeitet hat; er hat bewiesen, wes Geistes Kind der Völkerbund ist, nämlich französischen Geistes. Er hat aber, was wir damals befürchteten, nicht bewiesen, daß er freier Kanadier, sondern von der internationalen Politik abhängiger Politiker ist. Er hat nicht getan, was sein Vorgänger Waugh getan hat, nämlich in Genf Anklage erhoben gegen die vertragswidrige Beeinflussung der Saarregierung durch Frankreich. Das ist seine persönliche Schuld. Wenn ein Mann wie Waugh zu einer Zeit, als die Verhältnisse schwieriger denn heute lagen, Anklagen gegen Herrn Rault und gegen das französische System in der Saarregierung aufrichten konnte, dann hätte es auch Herr Stephens tun können, um dann, wenn er nicht gehört wurde, sich zurückzuziehen und gegenüber der übertünchten Höflichkeit des Völkerbundes zu erklären: „Wir Kanadier sind doch bessere Menschen!"

Herr Stephens hat das nicht getan, er hat seinen Abschied genommen, ohne ihn mit den wirklichen Gründen zu erklären. Vielleicht hat er den höflichen Mann spielen wollen, dadurch ist aber die Bevölkerung nicht zu ihrem Recht gekommen. Er hat nur einmal den Mut aufgebracht, offen sich gegen die französische Mehrheit auszusprechen, nämlich in der Besatzungsfrage, damals, als von der Saarregierung drei Gutachten zu dieser Angelegenheit beim Völkerbund eingingen. Er hat sich dann aber nachträglich der französischen Mehrheit gebeugt, und hat einem Bahnschutz zugestimmt, den er wenige Monate vorher als vertragswidrig bezeichnet hatte. Auch die „Saarbrücker Zeitung" muß in einem Nachruf für Herrn Stephens feststellen, daß positiv für die Saargebietsbevölkerung so gut wie nichts herausgekommen ist. Das Blatt vermag aber nicht zu sagen, „ob es in der Macht des Herrn Stephens gelegen hätte, doch hier und da mehr herauszuholen". Diese durchaus richtige und vorsichtige Feststellung deckt sich dann aber nach unserer Auffassung nicht mit der Schlußfolgerung, daß „die Deutschen an der Saar dem Präsidenten S. W. Stephens vom ersten bis zum letzten Tage viel Vertrauen und Sympathie entgegenbrachten und sie ihn mit Bedauern scheiden sehen." Es mag zutreffen, daß man in weiten Kreisen der Saargebietsbevölkerung Herrn Stephens bei seiner Ernennung zum Saarpräsidenten Vertrauen entgegenbrachte. Der Kreis dieser Vertrauenden wurde aber von Woche zu Woche kleiner. Und nur noch ein ganz kleiner Kreis hat ihm das Vertrauen bis zum Schluß seiner Tätigkeit bewahrt. Daran hat nicht zuletzt der Umstand mitgewirkt, daß Herr Stephens kein Verständnis für die Notlage der wirtschaftlich Schwachen an der Saar gezeigt hat; daß er nichts unternommen hat gegen die Neubelebung des französischen Schulwesens, nichts gegen die Ungeheuerlichkeit des französischen Kohlenraubes, nichts gegen die steuerliche Auspressung der saarländischen Wirtschaft und saarländischen Bevölkerung unter geradezu gesetzwidriger Schonung des französischen Grubenfiskus. Auch die Tatsache konnte das Vertrauen zu Herrn Stephens nicht stärken, daß er zwar offiziell und inoffiziell Besuche in Paris machte, daß er dagegen einen offiziellen Besuch bei der deutschen Regierung in Berlin bis zum heutigen Tage schuldig geblieben ist. Diese Tatsachen zeugen von einer Mißachtung der Rechte der Saarbevölkerung und der Regierung des Landes, dem auch heute noch die Staatshoheit an der Saar zusteht.

Das erwähnte Saarbrücker Blatt sagt nicht mit Unrecht, daß wir Deutsche immer erst Menschen bleiben und erst dann mehr oder weniger Politiker sind. Wir sollten uns aber bemühen, zuerst Politiker zu sein, sollten uns mehr dessen erinnern, daß wir Deutsche sind, die auch heute in der Welt etwas gelten, um so mehr etwas gelten werden, je mehr wir selbstbewußt unser Recht verteidigen. Daß Herr Stephens einmal einige schöne Worte gesprochen hat, sollte uns noch nicht gleich melancholisch stimmen und uns veranlassen, alles, was sonst geschehen ist, mit dem Mantel christlicher Liebe zuzudecken. Herr Stephens hat deutsches Recht im Saargebiet, hat saarländisches Recht unbeachtet gelassen, hat deutsche Interessen in den Hintergrund treten lassen. Er hat das Vertrauen getäuscht, das man ihm im Saargebiet entgegengebracht hat. Wir haben keine Veranlassung, seinen Abgang zu bedauern, haben ihn um so weniger zu bedauern, als jene Verordnung seine Unterschrift trägt, die die Einreisebestimmungen für Reichsdeutsche abermals erschwert.

Herr Stephens war kein mutiger Kämpfer, war kein zäher Verfechter unbestrittenen Rechts. Er wird jetzt auf seine Besitzung in Kanada zurückkehren. Nur sehr wenig gute Worte, wenige Erinnerungen läßt er im Saargebiet zurück. Wir wollen dabei durchaus erkennen, daß er auf der letzten Ratstagung Herrn Briand ziemlich energisch entgegentrat, als er sich über die Saargebietsbevölkerung despektierlich äußerte.

Sein Nachfolger ist ein englischer Diplomat. Im Saargebiet hat man seine Auswahl dahin gedeutet, daß England sich im Saargebiet stärker als bisher an der Saarfrage engagiert, was auch in der Stellung eines englischen Kontigents für die am 13. Juni aufgestellte Saarbahnschutztruppe zum Ausdruck komme. Diese Auffassung dürfte richtig sein, es fragt sich nur, ob das Saargebiet daraus einen Vorteil ziehen wird. Von England weiß man, daß es keinen politischen Schritt unternimmt,

Saarheimatbilder

Illustrierte Monatsbeilage
zum
Saar-Freund

Nummer 6 / 3. Jahrgang

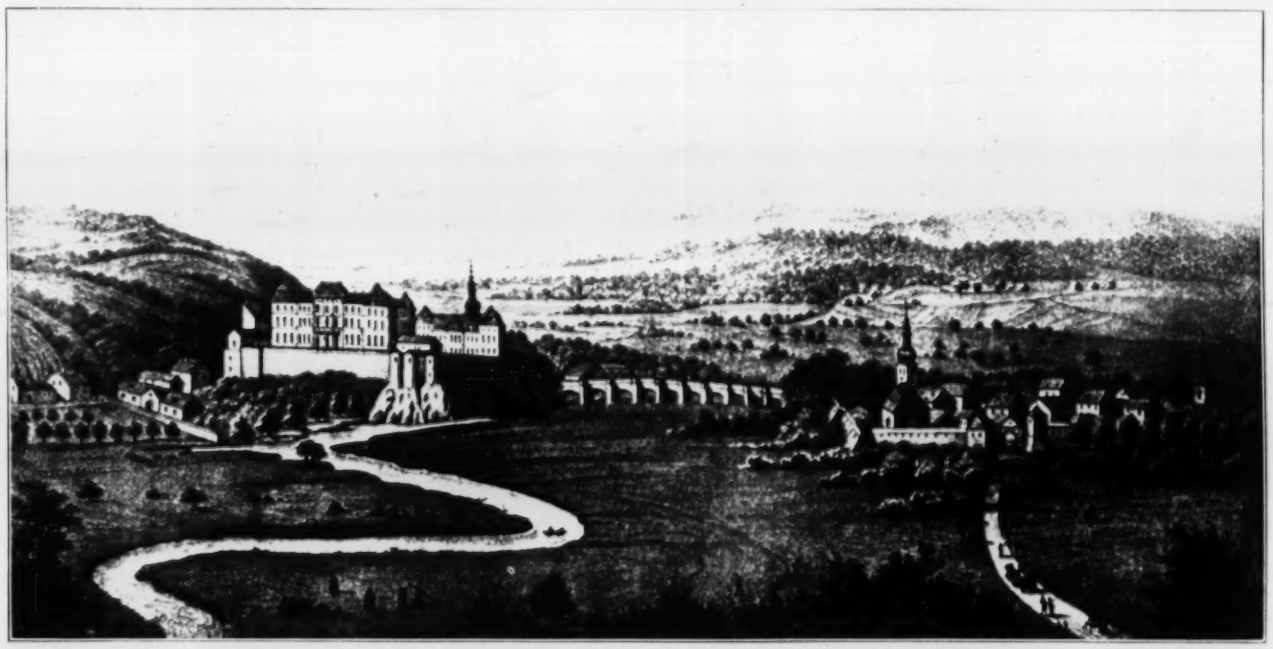
Berlin, 15. Juni 1927

Saarbrücken und St. Johann im 18. Jahrhundert.

Von Fr. Kloevekorn, Saarbrücken. Reproduktionen M. Wentz, Saarbrücken.

Das 17. Jahrhundert war für das Nassau-Saarbrückische Ländchen an der Saar und insbesondere für die beiden Städte Saarbrücken und St. Johann eine furchtbare Zeit. Zwar begann dieses unselige Jahrhundert hell und sonnig. Der Graf Ludwig hatte am Anfange seiner Regierungszeit an der Stelle der alten Burg ein großes und geschmackvolles Schloß im Renaissancestiel bauen lassen, und in den beiden ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts wuchs die Stadt Saarbrücken über ihren gotischen oder mittelalterlichen Kern in nördlicher Richtung etwa um ein Drittel des alten Raumes hinaus. Für das geistige Leben in der Stadt sorgte dieser Graf, indem er im Jahre 1604 das Gymnasium gründete. In dieser „Neustadt" wirkte sich, wie auch in St. Johann, der Renaissancestil aus. Wer heute mit offenen und etwas kunstgeschichtlich geschulten Augen durch die alten Stadtteile hindurchgeht, wird noch in allerhand Ueberresten das Renaissancegesicht der beiden Städte erkennen können.

Das fröhliche Emporblühen der beiden Saarstädte wurde jäh unterbrochen durch den entsetzlichen Dreißigjährigen Krieg, der zwar die Saargegend nicht als entscheidenden Kriegsschauplatz sah, aber dafür die Menschen langsam zu Tode quälte durch Raub, Plünderung, Brand, Pest und Einquartierung einer im langen Kriege völlig gefühllos gewordenen Soldateska aus aller Herren Länder. Wie furchtbar die Städte getroffen worden sind, geht aus einem Bericht der damaligen Zeit hervor, in dem es heißt: „In den beiden Städten Saarbrücken und



Saarbrücken und St. Johann um das Jahr 1750, nach einem Gemälde von Dryander.

Garnisonen verteilt worden: 3. Dragoner-Regiment: Regimentsstab und zwei Schadronen nach Saargemünd, zwei Schwadronen nach St. Avold. 153. Infanterie-Regiment: Regimentsstab und ein Bataillon nach Mörchingen, ein Bataillon nach Forbach. Da. 20. Bataillon der Jäger zu Fuß wird nach seiner endgültigen Garnison Autiber abtransportiert.

Ein Engländer Saarpräsident.

Wenige Wochen vor der Märztagung des Völkerbundrates wurde bekannt, daß der Präsident der Saarregierung, Herr Stephens, dem Völkerbund seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, weil, wie es in einer Pressemitteilung hieß, seine wie auch die Gesundheit seiner Frau sehr angegriffen war. Präsident Stephens erklärte damals, die Aerzte hätten ihm gesagt, „daß er nicht gesund werden könnte, wenn er seine angespannte Tätigkeit und seinen Aerger nicht aufgäbe". Diese Aeußerung Stephens ist damals wohl nicht mit Unrecht dahin gedeutet worden, daß er bei der bisherigen Zusammensetzung der Saarregierung mit einer profranzösischen Mehrheit keine Möglichkeit sah, fruchtbringend im Sinne und Geiste der Völkerbundsidee zum Wohle der Saargebietsbevölkerung tätig zu sein. Der Völkerbundsrat hat damals die Gründe seines Rücktrittsgesuches anerkannt, diesem zugestimmt, ihn aber gebeten, die Präsidialgeschäfte an der Saar weiter zu führen, „bis die kanadische Regierung eine geeignete Persönlichkeit ausfindig gemacht hätte, die an seine Stelle treten soll" Der damalige Vorsitzende des Völkerbundrates, der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann, wurde ermächtigt, die ihm namhaft zu machende Persönlichkeit zum Präsidenten der Saarregierung zu ernennen.

Ueberraschenderweise wurde Anfang Juni bekannt, daß zum Nachfolger des Herrn Stephens nicht ein Kanadier, sondern ein Engländer aus dem Mutterland und zwar der britische Diplomat Sir Ernest Wilton zum Saarpräsidenten ausersehen sei. Tatsächlich wurde dann auch die Ernennung des Herrn Wilton durch den deutschen Reichsaußenminister Dr. Stresemann am 8. Juni vollzogen, nachdem eine Rundfrage bei den Ratsmächten keinen Widerspruch gegen Herrn Wilton gezeitigt hatte.

Herr Stephens hat der Saarregierung als Nachfolger seines Landsmannes 4 Jahre als Vertreter Kanadas angehört, einschließlich der 14 Monate, die er der Saarregierung als Präsident vorstand. Bei seiner Ernennung zum Saarpräsidenten vor 14 Monaten empfahlen wir Herrn Stephens, sich noch einmal sorgfältig die Bestimmungen des Saarstatuts durchzulesen und sich der Hauptbestimmungen der Völkerbundsinstruktion an die Saarregierung zu erinnern, die da lautet, „keine anderen Aufgaben und Interessen zu haben als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckengebiets". Wir baten ihn, diesen Bestimmungen den Geist einzuhauchen, der in Locarno neu geboren wurde. Wir haben ihn weiter auf die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage, auf die unhaltbaren steuerlichen Verhältnisse aufmerksam gemacht, die zu ändern eine seiner Hauptaufgaben sein müßte. Wir haben weiter erklärt, daß wir nicht in der Lage sind, Herrn Stephens Vorschußlorbeeren zu streuen, daß wir aber auf seine Loyalität rechneten, der Saargebietsbevölkerung ihre Rechte werden zu lassen. Wir haben ihm zugerufen: „Ihr Weg ist frei, Sie können dem Frieden, der Versöhnung und der Gerechtigkeit dienen. Ihre Schuld müßte es sein, wenn die Bevölkerung an ihnen eine gleiche Enttäuschung erlebte wie an Herrn Rault. Beweisen Sie, wes Geistes Kind der Völkerbund ist!"

Herr Stephens hat 14 Monate die Saarpräsidialgeschäfte geführt, er hat versagt, hat die Bevölkerung gleichfalls enttäuscht. Es mag nicht seine persönliche Schuld sein, daß er ohne Erfolg im Saargebiet gearbeitet hat; er hat bewiesen, wes Geistes Kind der Völkerbund ist, nämlich französischen Geistes. Er hat aber, was wir damals befürchteten, nicht bewiesen, daß er freier Kanadier, sondern von der internationalen Politik abhängiger Politiker ist. Er hat nicht getan, was sein Vorgänger Waugh getan hat, nämlich in Genf Anklage erhoben gegen die vertragswidrige Beeinflussung der Saarregierung durch Frankreich. Das ist seine persönliche Schuld. Wenn ein Mann wie Waugh zu einer Zeit, als die Verhältnisse schwieriger denn heute lagen, Anklagen gegen Herrn Rault und gegen das französische System in der Saarregierung aufrichten konnte, dann hätte es auch Herr Stephens tun können, um dann, wenn er nicht gehört wurde, sich zurückzuziehen und gegenüber der übertünchten Höflichkeit des Völkerbundes zu erklären: „Wir Kanadier sind doch bessere Menschen!"

Herr Stephens hat das nicht getan, er hat seinen Abschied genommen, ohne ihn mit den wirklichen Gründen zu erklären. Vielleicht hat er den höflichen Mann spielen wollen, dadurch ist aber die Bevölkerung nicht zu ihrem Recht gekommen. Er hat nur einmal den Mut aufgebracht, offen sich gegen die französische Mehrheit auszusprechen, nämlich in der Besatzungsfrage, damals, als von der Saarregierung drei Gutachten zu dieser Angelegenheit beim Völkerbund eingingen. Er hat sich dann aber nachträglich der französischen Mehrheit gebeugt, und hat einem Bahnschutz zugestimmt, den er wenige Monate vorher als vertragswidrig bezeichnet hatte. Auch die „Saarbrücker Zeitung" muß in einem Nachruf für Herrn Stephens feststellen, daß positiv für die Saargebietsbevölkerung so gut wie nichts herausgekommen ist. Das Blatt vermag aber nicht zu sagen, „ob es in der Macht des Herrn Stephens gelegen hätte, doch hier und da mehr herauszuholen". Diese durchaus richtige und vorsichtige Feststellung deckt sich dann aber nach unserer Auffassung nicht mit der Schlußfolgerung, daß „die Deutschen an der Saar dem Präsidenten S. W. Stephens vom ersten bis zum letzten Tage viel Vertrauen und Sympathie entgegenbrachten und sie ihn mit Bedauern scheiden sehen." Es mag zutreffen, daß man in weiten Kreisen der Saargebietsbevölkerung Herrn Stephens bei seiner Ernennung zum Saarpräsidenten Vertrauen entgegenbrachte. Der Kreis dieser Vertrauenden wurde aber von Woche zu Woche kleiner. Und nur noch ein ganz kleiner Kreis hat ihm das Vertrauen bis zum Schluß seiner Tätigkeit bewahrt. Daran hat nicht zuletzt der Umstand mitgewirkt, daß Herr Stephens kein Verständnis für die Notlage der wirtschaftlich Schwachen an der Saar gezeigt hat; daß er nichts unternommen hat gegen die Neubelebung des französischen Schulwesens, nichts gegen die Ungeheuerlichkeit des französischen Kohlenraubes, nichts gegen die steuerliche Aufpressung der saarländischen Wirtschaft und saarländischen Bevölkerung unter geradezu gesetzwidriger Schonung des französischen Grubenfiskus. Auch die Tatsache konnte das Vertrauen zu Herrn Stephens nicht stärken, daß er zwar offiziell und inoffiziell Besuche in Paris machte, daß er dagegen einen offiziellen Besuch bei der deutschen Regierung in Berlin bis zum heutigen Tage schuldig geblieben ist. Diese Tatsachen zeugen von einer Mißachtung der Rechte der Saarbevölkerung und der Regierung des Landes, dem auch heute noch die Staatshoheit an der Saar zusteht.

Das erwähnte Saarbrücker Blatt sagt nicht mit Unrecht, daß wir Deutsche immer erst Menschen bleiben und erst dann mehr oder weniger Politiker sind. Wir sollten uns aber bemühen, zuerst Politiker zu sein, sollten uns mehr dessen erinnern, daß wir Deutsche sind, die auch heute in der Welt etwas gelten, um so mehr etwas gelten werden, je mehr wir selbstbewußt unser Recht verteidigen. Daß Herr Stephens einmal einige schöne Worte gesprochen hat, sollte uns noch nicht gleich melancholisch stimmen und uns veranlassen, alles, was sonst geschehen ist, mit dem Mantel christlicher Liebe zuzudecken. Herr Stephens hat deutsches Recht im Saargebiet, hat saarländisches Recht unbeachtet gelassen, hat deutsche Interessen in den Hintergrund treten lassen. Er hat das Vertrauen getäuscht, das man ihm im Saargebiet entgegengebracht hat. Wir haben keine Veranlassung, seinen Abgang zu bedauern, haben ihn um so weniger zu bedauern, als jene Verordnung seine Unterschrift trägt, die die Einreisebestimmungen für Reichsdeutsche abermals erschwert.

Herr Stephens war kein mutiger Kämpfer, war kein zäher Verfechter unbestrittenen Rechts. Er wird jetzt auf seine Besitzung in Kanada zurückkehren. Nur sehr wenig gute Worte, wenige Erinnerungen läßt er im Saargebiet zurück. Wir wollen dabei durchaus erkennen, daß er auf der letzten Ratstagung Herrn Briand ziemlich energisch entgegentrat, als er sich über die Saargebietsbevölkerung despektierlich äußerte.

Sein Nachfolger ist ein englischer Diplomat. Im Saargebiet hat man seine Auswahl dahin gedeutet, daß England sich im Saargebiet stärker als bisher an der Saarfrage engagiert, was auch in der Stellung eines englischen Kontigents für die am 13. Juni aufgestellte Saarbahnschutztruppe zum Ausdruck komme. Diese Auffassung dürfte richtig sein, es fragt sich nur, ob das Saargebiet daraus einen Vorteil ziehen wird. Von England weiß man, daß es keinen politischen Schritt unternimmt,

Saarheimatbilder

Illustrierte Monatsbeilage
zum
Saar-Freund

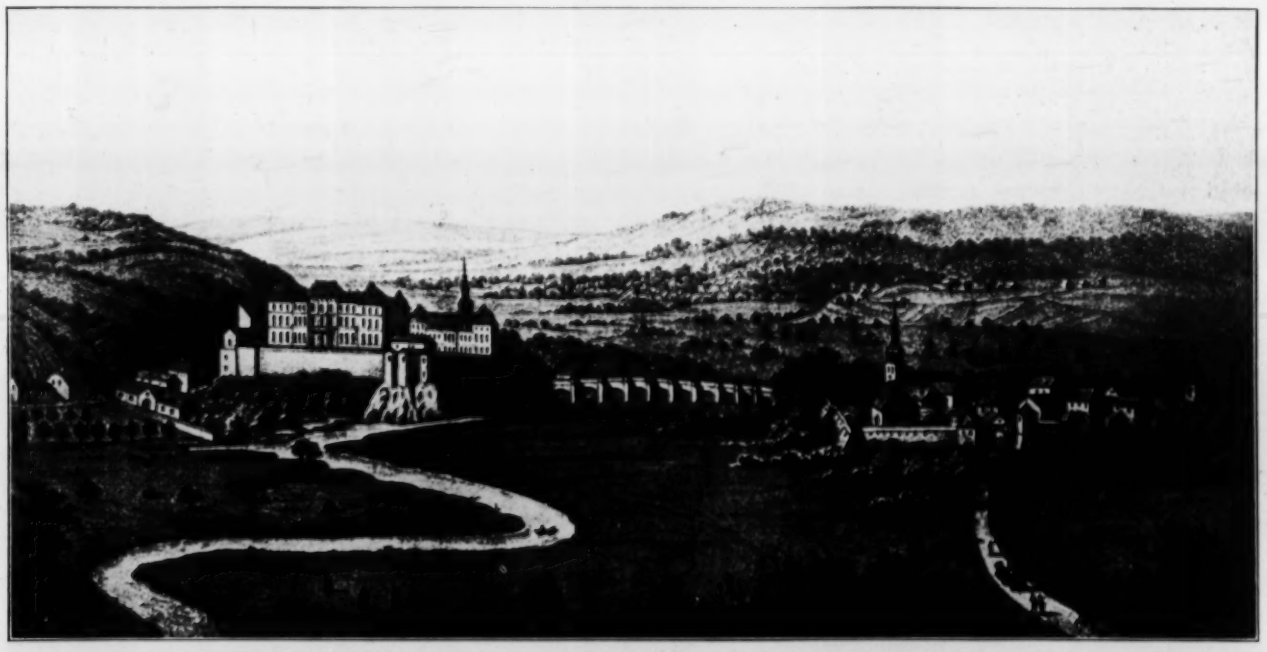
Nummer 6 / 3. Jahrgang — Berlin, 15. Juni 1927

Saarbrücken und St. Johann im 18. Jahrhundert.

Von Fr. Kloevekorn, Saarbrücken. Reproduktionen M. Wentz, Saarbrücken.

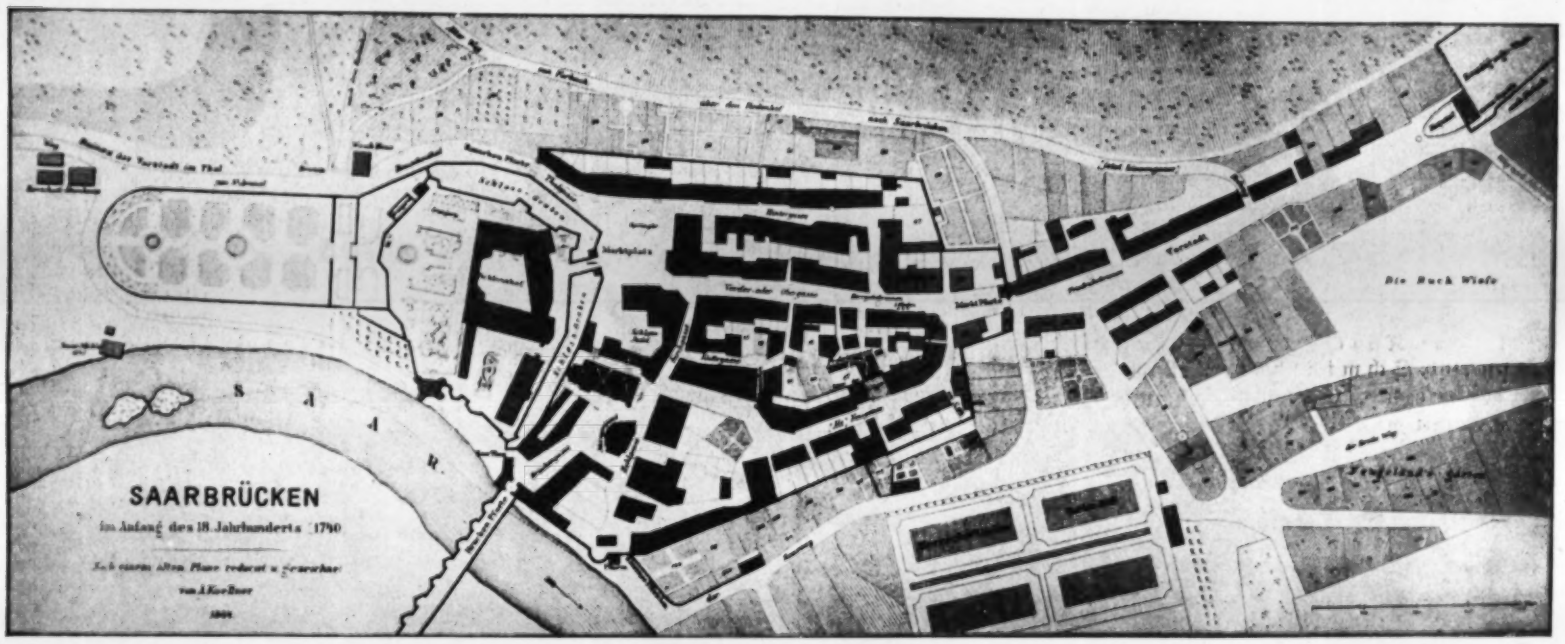
Das 17. Jahrhundert war für das Nassau-Saarbrückische Ländchen an der Saar und insbesondere für die beiden Städte Saarbrücken und St. Johann eine furchtbare Zeit. Zwar begann dieses unselige Jahrhundert hell und sonnig. Der Graf Ludwig hatte am Anfange seiner Regierungszeit an der Stelle der alten Burg ein großes und geschmackvolles Schloß im Renaissancestiel bauen lassen, und in den beiden ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts wuchs die Stadt Saarbrücken über ihren gotischen oder mittelalterlichen Kern in nördlicher Richtung etwa um ein Drittel des alten Raumes hinaus. Für das geistige Leben in der Stadt sorgte dieser Graf, indem er im Jahre 1604 das Gymnasium gründete. In dieser „Neustadt" wirkte sich, wie auch in St. Johann, der Renaissancestil aus. Wer heute mit offenen und etwas kunstgeschichtlich geschulten Augen durch die alten Stadtteile hindurchgeht, wird noch in allerhand Ueberresten das Renaissancegesicht der beiden Städte erkennen können.

Das fröhliche Emporblühen der beiden Saarstädte wurde jäh unterbrochen durch den entsetzlichen Dreißigjährigen Krieg, der zwar die Saargegend nicht als entscheidenden Kriegsschauplatz sah, aber dafür die Menschen langsam zu Tode quälte durch Raub, Plünderung, Brand, Pest und Einquartierung einer im langen Kriege völlig gefühllos gewordenen Soldateska aus aller Herren Länder. Wie furchtbar die Städte getroffen worden sind, geht aus einem Bericht der damaligen Zeit hervor, in dem es heißt: „In den beiden Städten Saarbrücken und



Saarbrücken und St. Johann um das Jahr 1750, nach einem Gemälde von Dryander.

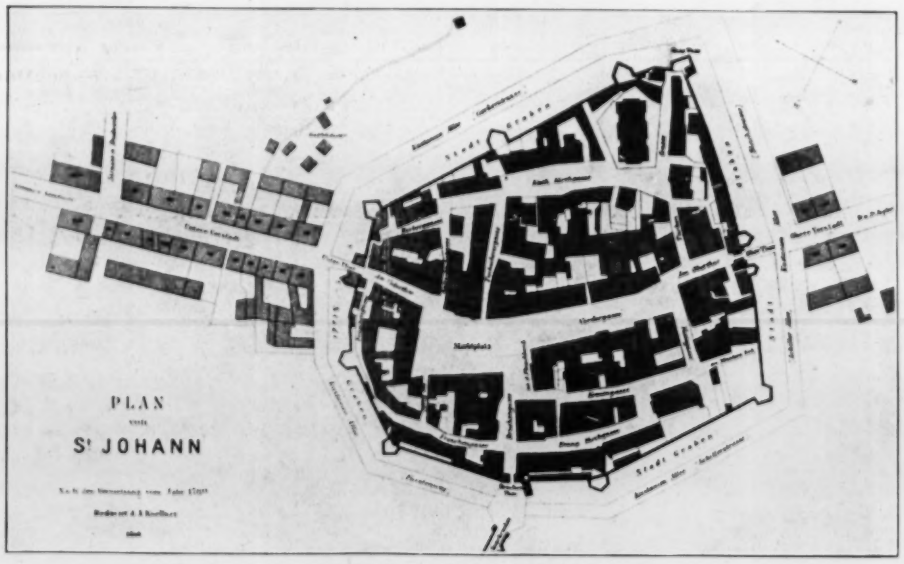
St. Johann sind zusammen nicht mehr als 70 Bürger und diese ganz ruiniert. Auf den Dörfern ist fast niemand mehr; die Untertanen sind teils gestorben, teils aus dem Lande gewichen, um sich des Hungers und der Soldateska Unverschämtheiten zu erwehren." Die meisten Häuser waren vernichtet, das Schloß schwer beschädigt, Mauern und Türme halb zerfallen. Und als man nach dem Friedensschluß zu Münster und Osnabrück daran ging, die Städte



Saarbrücken um 1740.

wieder aufzurichten und das Leben wieder ein wenig in Gang zu bringen, da traf die Stadt Saarbrücken ein neues furchtbares Unglück. „Den 17. Mai," so berichtet ein zeitgenössisches Manuskript; „haben die Franzosen die Stadt an allen Orten angesteckt, welche dann in Gegenwart der Kaiserlichen mit Kirchen, ja sogar mit allen Türmen erbärmlicherweise abgebrannt, daß nicht mehr als 5 Häuser sind stehengeblieben." St. Johann ist damals verschont geblieben, woraus sich erklärt, daß aus jener Renaissanceepoche in St. Johann sich noch noch etwas mehr hinübergerettet hat in unsere Zeit. Drei Jahre später traf die Reunionspolitik Ludwigs XIV. das Nassau-Saarbrückische Ländchen. Mit gieriger Hand griff Frankreich nach diesem Lande, das damals schon Kohlen förderte und am Anfang seiner industriellen Entwicklung stand. Saarbrücken und St. Johann wurden der Saarprovinz einverleibt und blieben französisch siebzehn Jahre lang, bis nach Beendigung des schaudervollen pfälzisch-orleanschen Raubkrieges Ludwig XIV. im Frieden zu Ryswyk 1779 das Ländchen an der Saar wieder an Deutschland zurückgab. So klang dieses traurige Jahrhundert für die Städte an der Saar wenigstens mit einem freudigen Akkorde aus. Und dann begann für Saarbrücken und St. Johann eine friedliche, frohe und glückliche Zeit. Zwar spürte man hier noch etwas von dem anderwärts tobenden spanischen Erbfolgekrieg insofern, als im Jahre 1713 die Städte vorübergehend von den Franzosen besetzt, aber doch bald wieder geräumt wurden. Die Stellung der Grafen, die im 18. Jahrhundert zu den Rang von Fürsten emporstiegen, war ja politisch nicht ganz einfach. So hart an der Grenze war es für das Land leicht verderblich, eine scharfe Stellung gegen Frankreich einzunehmen. Die meisten Grafen und späteren Fürsten sind sogar in hohen Offiziersstellungen in der französischen Armee gewesen. Wie weit politische Klugheit und wie weit das Herz dabei mit im Spiele war, vermögen wir heute schwer zu entscheiden.

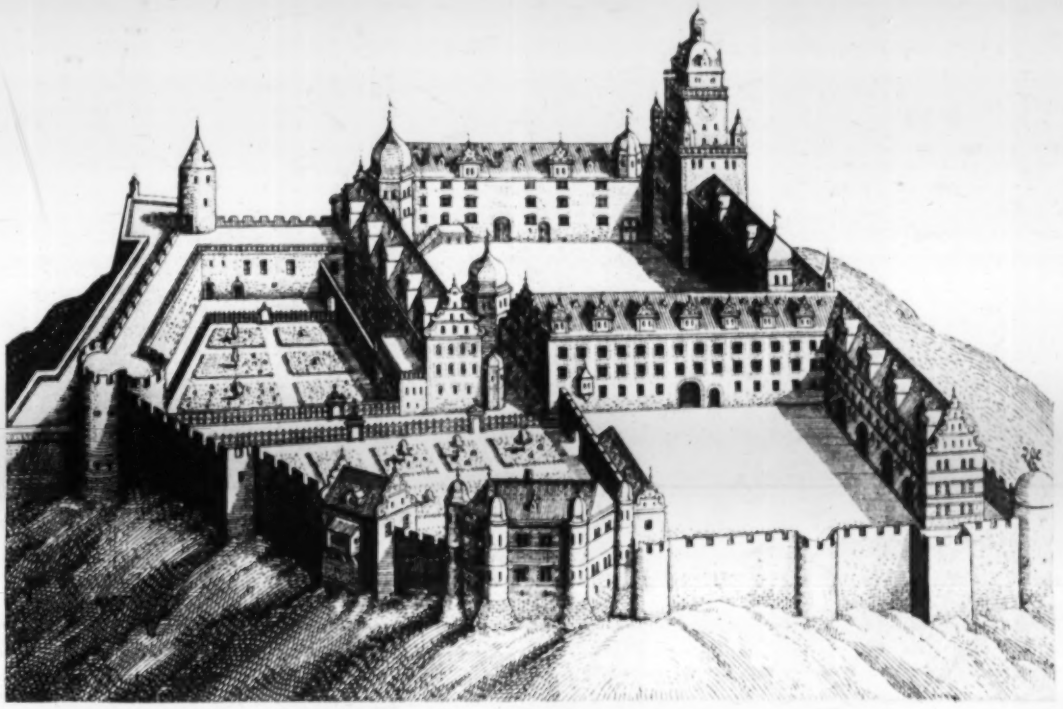
So etwa um die Jahrhundertwende wurde das Residenzschloß, das in den Stürmen des vergangenen Jahrhunderts schwer mitgenommen worden war, ausgebessert und zum Teil erneuert. Große Gartenanlagen mit Springbrunnen entstanden im Schloßbereich, bereits die neue barocke Baurichtung andeutend. Der damals regierende Graf Ludwig Karl entschloß sich sogar, auf dem nahegelegenen Halberg ein Lustschloß zu bauen, das freundlich ins Saartal hinunterschaute. In der Stadt Saarbrücken wurde das Rathaus in der Nähe des Schlosses wiederhergestellt, und zwecks Verschönerung der Stadt ordnete der Graf an, daß die Stroh- und Schindeldächer abgeschafft und die Misthaufen vor den Häusern entfernt werden sollten. In St. Johann erhob sich die lutherische Kirche. Aber alles das sind nur Präliminarien



St. Johann um 1780.

für die wirklich großzügige Entwicklung der Städte, die mit dem Regierungsantritt des bedeutendsten Regenten des kleinen Ländchens, des Fürsten Wilhelm Heinrich einsetzte. Zu Beginn seiner Regierung im Jahre 1741 hatte Saarbrücken noch nicht die Hälfte der Einwohnerzahl, die die Stadt 120 Jahre früher vor dem 30jährigen Krieg gehabt hatte. Ueber das Aussehen der Stadt berichtet uns der Hofgärtner Koellner: „Die Stadt war jämmerlich, alt und schwarz, die meisten Häuser aus Holz, ein und zwei Stockwerke hoch, da dann bei vielen der untere Teil gemauert gewesen; wenige waren von Stein und alle nach alter Art gebaut, die ganze Front der Straße zugewendet, dabei war es üblich, daß im allgemeinen das erste Stockwerk ein Schuh über das untere vorgebaut war."

Das „Renaissance"-Saarbrücken hatte auch eine Stadtmauer gehabt, und innerhalb dieser Mauer war infolge der Zerstörungen des vergangenen Jahrhunderts noch ziemlich viel freier Raum, so daß Fürst Wilhelm Heinrich zunächst wohl noch nicht an eine Stadterweiterung dachte. Sein Hauptaugenmerk richtete Wilhelm Heinrich auf die wirtschaftliche Entwicklung



Schloß in Saarbrücken im 17. Jahrhundert.

seines Landes sowie der Residenzstadt. Er nahm die sämtlichen Kohlengruben in Staatsbesitz und sorgte für wirklich bergmännischen Abbau der Kohle; er förderte, soweit das in seinen Kräften stand, die Industrie und begünstigte auf alle erdenkliche Weise den Handel. Neben der schon vorhandenen Eisen- und Glasindustrie entwickelten sich neue Industriezweige. Der Fürst selbst gründete in Ottweiler eine Porzellanfabrik, deren Erzeugnisse heute zu den größten Seltenheiten gehören, und in den Saarstädten regte sich der kaufmännische Unternehmungsgeist. Auswärtige, wie der Holländer Moritz und der Straßburger Russié und Einheimische, unter ihnen Karcher, Burggraf, Korn und Schmidtborn gründeten bedeutsame Handelsunternehmungen. Damit nun die hauptsächlich zu Schiff von Trier herkommenden und per Schiff saar- und moselabwärts abgehenden Waren leicht ein- und ausgeladen werden konnten, stiftete man unter dem Protektorate des Fürsten die „Krahnengesellschaft", die unterhalb der Stadt St. Johann einen Krahnen und einen Schuppen baute. So übertrug sich die Initiative des Fürsten auf wirtschaftlichem Gebiete auch auf Privatleute, die mit allem Eifer an der Arbeit waren, die im 17. Jahrhundert so schwer getroffenen Städte zu neuer Blüte zu bringen. Auch das Gewerbe erholte sich wieder, neue Zünfte entstanden.

Dieser wirtschaftliche Aufschwung brachte Geld ins Land und besonders in die Städte Saarbrücken und St. Johann. Und Fürst Wilhelm Heinrich war der Mann, der dieses zusammenfließende Geld richtig zu verwerten wußte. Unter der Regierung dieses für die Kunst und Schönheit stark empfindenden Mannes bekam Saarbrücken ein anderes Gesicht. Aus dem halbzerfallenen Renaissance-Städtchen stieg eine glänzende Barockresidenz empor. Man darf aber trotz der sehr großen persönlichen Verdienste des Fürsten nicht vergessen, daß Wilhelm Heinrich auch das Glück hatte, den Mann zu finden, der es verstand, den Kunstanschauungen des Monarchen architektonischen Ausdruck zu verleihen. Dieser Mann war Friedrich Joachim Stengel. Dieser Barockmeister ging zunächst daran, das baufällige Schloß von Grund auf neu zu errichten, und er schuf in den Jahren von 1739 bis 1748 den überaus klaren, maßvollen, nicht überladenen Hufeisenbau, der in der Revolutionszeit dem Haß der Franzosen zum Opfer fiel und in schlecht restaurierter Form heute noch erkennbar ist. Vor dem Schlosse gab er dem alten Marktplatz ein ganz neues Antlitz. An die Westseite des Schloßplatzes stellte er das neue Rathaus, das 1750 fertig wurde, an die Südseite angelehnt an den Triller das Erbprinzenpalais. Beide Gebäude sind in einfachen, edlen Formen gehalten, doch so, daß der Hauptakzent des ganzen Platzes auf dem monumentalen Schloßbau ruhte, daß das Schloß dem Platze eine beherrschende Note gab. Hinter dem Schlosse führten Terrassen zu den weiten Gartenanlagen hinunter, die sich bis zu der heutigen Zähringer Straße erstreckten. Um nun den langgestreckten Schloßpark in eine Linie mit der West-Ostrichtung des Schlosses zu bringen, mußte Stengel bei der heutigen Alleestraße das Bett der Saar verlegen. Er baute zu diesem Zwecke eine große Mauer in die Saar hinein, wodurch der Lauf der Saar etwas nach St. Johann hinübergezogen wurde. So war durch Stengel der Schwerpunkt von Saarbrücken, das Schloßviertel, völlig umgestaltet worden. Aber dabei blieb der Baudirektor des Fürsten nicht stehen. Die Umformung des Schloßviertels war der Auftakt zu einer großzügigen Stadterweiterung. Die Bevölkerung hatte durch die wirtschaftliche Entwicklung unter Wilhelm Heinrich so zugenommen, daß man nunmehr endlich daran denken mußte, neuen Siedlungsraum zu erschließen. Aus der mittelalterlichen gotischen Stadt war zu Beginn des 17. Jahrhunderts durch Erweiterung die Renaissancestadt geworden. Jetzt entstand ein ganz neuer Stadtteil, die Stengelsche Barockstadt. Die die Stadt auf der Nordseite einengende Mauer fiel, und Licht und Luft und Freiheit flutete nun von dieser Seite in die Stadt. Eine neue breite Straße, die heutige Wilhelm-Heinrich-Straße führte von der Saar aus nach Westen und fand in der heutigen Eisenbahnstraße ihren monumentalen Abschluß in dem von Stengel erbauten großen Gymnasium. Als dann Stengel mit dem Bau der Ludwigskirche und der Anlage des Ludwigsplatzes mit den die Kirche umstehenden palastartigen Gebäuden ein neues Zentrum, einen großen Ruhepunkt schuf, da schien es ihm richtig, den Mittelbau des kurz vorher errichteten Gymnasiums abzureißen, um von der Wilhelm-Heinrich-Straße einen Durchblick auf die evangelische Kirche zu haben.

Die neue Bauordnung, die Wilhelm Heinrich erließ, nach der alle Pläne von Neubauten vorgelegt und genehmigt werden mußten, garantierte eine harmonische bauliche Entwicklung der Stadt. Entworfen oder wenigstens begutachtet von Stengel, entstanden nun in Saarbrücken schöne Barockhäuser, gebaut von Bürgern, die von der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt profitiert hatten. Auch um die erweiterte Stadt sollte eine Mauer gezogen werden, die freilich nicht mehr Verteidigungszwecken dienen konnte. Erst in den achtziger Jahren ist sie fertiggeworden, und war wohl nur gebaut, um die ganze Stadt räumlich abzugrenzen. So waren jetzt durch Stengel zwei Pole in der Stadt Saarbrücken: das Schloß im Osten und die Ludwigskirche im Westen, und zwischen beiden lag und liegt noch heute die Altstadt, die durch Stengel keine wesentliche Umänderung erfahren hat.

Das Schloß in Saarbrücken in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, erbaut von F. J. Stengel.

Auch St. Johann war von Stengels Tätigkeit nicht unberührt geblieben; denn, ehe Stengel sein Meisterwerk, die Ludwigskirche in Saarbrücken in Angriff nahm, hatte er auf Veranlassung des groß-

Fürst Wilhelm Heinrich.

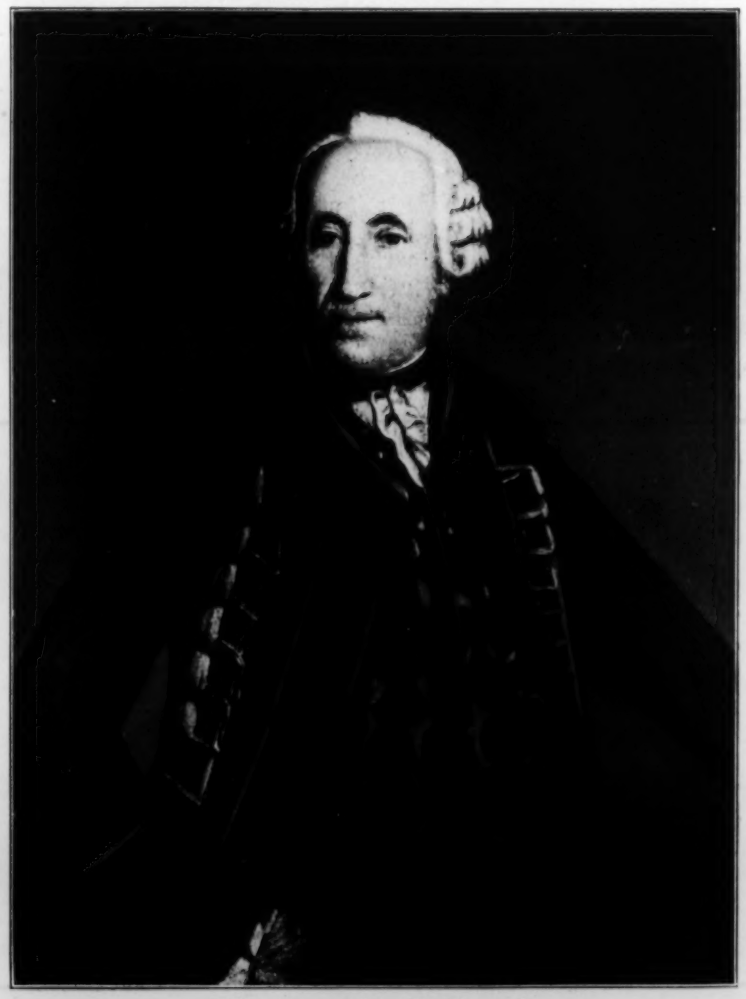
zügigen und weitherzigen Fürsten in St. Johann an der Stelle der alten baufälligen Johanniskirche für die katholischen Untertanen die schöne Barockkirche gebaut, und am Marktplatz erhoben sich unter Stengels Einfluß vornehme Bürgerhäuser. Auf dem Marktplatz selbst stellte der fürstliche Baudirektor den schlanken Zierbrunnen, der noch heute ein Schmuckstück der Stadt ist. Für eine großzügige Stadterweiterung, wie sie im 19. Jahrhundert in St. Johann eintreten mußte, war die Stadt noch nicht reif. Sie blieb in ihren Mauern bis zu Beginn des folgenden Jahrhunderts und machte daher einen viel geschlosseneren Eindruck als die aufstrebende Schwesterstadt. Sehr reizvoll war die Verbindung der beiden Städte durch die alte Brücke. Auf der Saarbrücker Seite führte eine prächtige, breite barocke Toranlage in die Stadt, die leider der Verständnislosigkeit für Erhaltung wertvoller Baudenkmäler im 19. Jahrhundert zum Opfer fiel, und auf der St. Johanner Seite wurde ein mit Vasen geschmückte Pfeilergalerie angelegt. Schon gleich nach dem Tode des Fürsten Wilhelm Heinrich ging der Sohn, Fürst Ludwig, ein überaus lebensfroher Mann, dazu über, das Lustschloß Ludwigsberg auf der Höhe bei Malstatt anzulegen, das nach den Bildern den Eindruck macht, als ob der von Stengel hier so stark und klar entwickelte Barockstil überwunden ist, und in dessen Gartenanlagen man deutlich „den Uebergang aus dem monumentalen Barockgarten in den sentimentalen englisch-chinesischen Gartenstil" (Lohmeyer) empfindet.

Wie schön das Stadtbild, insbesondere das von Alt-Saarbrücken in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewesen ist, dafür haben wir bildliche und literarische Zeugnisse. Im Treppenhaus des neuen Rathauses im Stadtteil St. Johann hängt ein Bild, das Saarbrücken und St. Johann etwa um 1750 darstellt, und das mit dem stolz und beherrschend aus dem Saartal aufsteigenden Schloß einen starken Eindruck macht. St. Johann sieht daneben recht bescheiden aus, und zwischen beiden Städten ringelt sich wurmartig die Saar. Dann hat Goethe, der einige Tage als Student von Straßburg hierhergekommen war und hier bei dem Präsidenten Gunderode in dem Hause neben dem Saartor in der Alleestraße wohnte, in „Dichtung und Wahrheit" eine auffallend eingehende Schilderung dieser wenigen Tage gegeben, ein Beweis dafür, daß doch Saarbrücken als der „liebste Punkt in einem so felsig-waldigen Lande" sich ihm stark eingeprägt hat. In dem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhundert war der bekannte Freiherr von Knigge in den Saarstädten und hat in Briefen ein außerordentlich sympathisches Bild von Saarbrücken und St. Johann, von dem Fürsten und seinen Liebhabereien und von den Bewohnern der Städte gegeben. Und endlich läßt der Saarbrücker Hofmaler Dryander in dem Bilde der „Schloßbrand von 1793" uns in den schönen Aufbau Saarbrückens von der St. Johanner Seite aus hineinsehen.

Zu einem starken geistigen Leben hat es Saarbrücken im 18. Jahrhundert nicht gebracht. Der Stadt fehlte eine starke Kulturtradition. Allerdings muß das Gymnasium unter der Leitung des Rektors Kiefer eine achtbare Höhe erreicht haben, was unzweifelhaft aus seinen Schriften hervorgeht. Aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren doch vorübergehend einige Menschen hier, die wohl Erwähnung verdienen. An Goethe ist schon erinnert. Seine Sesenheimer Freundin Friderike Brion weilte im Jahre 1772 einige Wochen in Saarbrücken, und kurze Zeit danach wurde einer aus dem Straßburger Freundeskreise Goethes, Heinrich Leopold Wagner, der Dichter der „Kindesmörderin", Hofmeister und Erzieher bei dem Präsidenten Gunderode in Saarbrücken. Und noch eine dritte Persönlichkeit aus dem Goetheschen Bekanntenkreise, Goethes ehemalige Braut, Lili Schönemann, die den Herrn von Türckheim geheiratet hatte, kam unter sehr schwierigen Umständen auf der Flucht vor den Henkern der Revolution aus Lothringen nach Saarbrücken.

Fürst Ludwig liebte das Theater und erbaute in der Nähe des Ludwigsplatzes ein großes Theater, an dem der bekannte Schauspieler Iffland als Leiter und Akteur einige Zeit wirkte. Schon wenige Jahre nach seiner Eröffnung ist das Theater in der Revolutionszeit in Flammen aufgegangen. Aus den erhaltenen Theaterzetteln ist ersichtlich, daß man anscheinend keine allzu hohe literarische Ansprüche stellte.

Blicken wir noch einmal auf die Gesamtentwicklung der Saarstädte im 18. Jahrhundert zurück, so ist doch eine sehr erfreuliche Aufwärtsbewegung festzustellen. Wirtschaftlich waren die Städte, besonders unter dem Fürsten Wilhelm Heinrich, zur Blüte gekommen. Saarbrücken war eine glänzende Barockresidenz geworden, St. Johann hatte zwar nicht gleichen Schritt gehalten, aber über beiden Städten liegt doch eine helle Freudigkeit, die dann leider am Ende des Jahrhunderts einer traurigen Entwicklung weicht, als 1793 französische Revolutionäre hier einbrachen.



Bildnis von Fr. J. Stengel.

der nicht reiflich überlegt ist. Ein stärkeres englisches Engagement an der Saarfrage deutet auf einen bestimmten Kurs der englischen Politik in der Rheinland- und Saarfrage. Diese Frage hat gelegentlich des Besuches des französischen Staatspräsidenten und des französischen Außenministers in London eine wesentliche Rolle gespielt. Man weiß, daß zwischen Frankreich und England hierüber eine Vereinbarung zustande gekommen ist, ohne das von irgend einer Seite der Inhalt dieser Vereinbarung bekannt wurde. Man hörte lediglich aus einer privaten Pressequelle, daß England durch seine diplomatische Vertretung in Paris dem französischen Außenminister zur Kenntnis bringen ließ, daß England nicht geneigt sei, „weitere Zugeständnisse in der Rheinlandfrage zu machen." Es konnte nicht geklärt werden, ob es damit hat zum Ausdruck bringen wollen, daß es in der Rheinlandfrage vorläufig alles beim alten lassen wollte oder ob es über eine Verminderung der Besatzungstruppen um 10 000 Mann, über die man in den letzten Wochen sehr eingehende diplomatische Verhandlungen geführt hat, nicht hinausgehen will. Auf jeden Fall läßt aber diese Erklärung wie auch das ganze Verhalten der englischen Politik Deutschland gegenüber erkennen, daß England in der Rheinlandfrage jetzt einen neuen Kurs verfolgt. Daß sich diese Kursänderung auch auf das Saargebiet erstreckt, ergibt sich aus dem englischen Vorschlag, Herrn Wilton zum Nachfolger Herrn Stephens zu bestellen.

Im Saargebiet wird man Herrn Wilton ein ähnliches Vertrauen entgegenbringen wie es zuerst Herrn Stephens gegenüber bestand. Man wird aber auf Grund der Erfahrungen, die man gemacht hat, sehr vorsichtig, sehr wachsam und sehr kritisch sein. Englands Politik, Englands Prestige kann nicht gewinnen, wenn man aus dem Verhalten und aus den Maßnahmen des Herrn Wilton die Ueberzeugung gewinnen müßte, daß die frankophile Mehrheit der Saarregierung auch weiterhin triumphiert, auch weiterhin terrorisiert. Die Diplomaten pflegen in schwierigen Fragen in der sogenannten Diplomatensprache zu verhandeln, d. h. in sehr höflichen Worten nichts zu sagen. Im Saargebiet wird man für bestimmte diplomatische Feinheiten vielleicht nicht das richtige Verständnis haben, weil man dort die geraden Naturen, den geraden, offenen Charakter liebt, man hat dort daher ein sehr feines Gefühl für Recht und Gerechtigkeit. Man wird dort sehr bald herausfühlen, ob man die Saargebietsbevölkerung mit schönen Redensarten nur einwickeln will oder ob ein ernster Wille vorhanden ist, endlich vertragsgemäße Zustände zu schaffen. Denn nichts anderes verlangt man im Saargebiet. Durch die bisherige Duldung von Unrecht, Rechtlosigkeit, Willkür und Terror scheint aber die Rechtslage bereits so weit verschoben zu haben, daß jede Forderung des vertraglichen Rechts als eine Anmaßung aufgefaßt wird. Man lese nur die französische Presse, um das täglich bestätigt zu finden. Der „Bahnschutz" wird heute schon als ein Entgegenkommen Frankreichs hingestellt, obwohl er durch keine Bestimmung des Versailler Vertrages gestützt werden kann. Das wirtschaftliche Elend des Saargebiets ist heraufbeschworen worden durch die vertragswidrige Einführung der Frankenwährung.

Heute wird von diesem Vertragsbruch überhaupt nicht mehr gesprochen, seine Berührung wird als Ketzerei, als nationalistische Hetze und ähnliches bezeichnet. Dafür dürfen hundertausende im Saargebiet hungern. Eine Bestimmung, die von der Wohlfahrt, von den unverletzbaren Rechten der Saargebietsbevölkerung, von materiellem und moralischem Schutz spricht, scheint nicht zu bestehen. Und wo ist die moralische Entrüstung in den Völkerbundsländern über die Grenzverletzung durch den Kohlenraub französischer Gruben? Wo sinnd die Protestschreie gegen die Vergewaltigung der demokratischen Idee, wie sie im Völkerbundsland seit länger als sieben Jahren geübt wird? Nichts rührt sich. Saarpräsidenten kommen und gehen, das Unrecht bleibt.

Wird Herr Wilton endlich an der Saar einen Rechtszustand schaffen.

Herrn Wilton rufen wir daher zu: Du empfängst dein Mandat vom Völkerbund, bist keiner Staatsregierung verantwortlich, sondern allein dem Völkerbund, dessen Instruktion für die Saarverwaltung lautet: „Die Regierungskommission hat keine andere Aufgaben als die Wohlfahrt der Bevölkerung des Saarbeckengebietes."

Der Weg zu Recht und Gerechtigkeit, zur Wiedergutmachung allen Unrechts ist frei — ist er es wirklich? Wir hoffen, wir fordern es!

*

Ueber die Persönlichkeit des neuen Saarpräsidenten Sir Ernest Wilton werden der „Saarbrücker Zeitung" von ihrem Londoner Vertreter folgende Angaben gemacht:

Sir Ernest Colville Collins Wilton gehört zu jener seltenen Art von Engländern, die fast ihr ganzes Leben im Auslande verbracht haben. Im Jahre 1870 geboren, finden wir ihn schon im 20. Lebensjahre in Peking, wo er sich durch gründliches Studium der chinesischen Sprache an Ort und Stelle für den Konsulardienst vorbereitet. Daß die Vorbereitung die entsprechenden Früchte zeitigte, beweist die Tatsache, daß er im Jahre 1903 an einer hochwichtigen Mission in das geheimnisvolle Tibet teilnimmt und daß er in den Jahren 1904 und 1905 die Würde eines stellvertretenden Kommissärs bei der anglo-tibetanischen Konvention bekleidet. Im Jahre 1906 erreichte er den Rang eines Konsuls, um im Jahre 1908 als britischer Kommissär einen Handelsvertrag mit Tibet abzuschließen. Im Jahre 1912 fungiert er als stellvertretender Generalkonsul in Tientsin. Die Geschäfte der „Opium-Kommission" leitet er in den Jahren 1912 bis 1914. Im Jahre 1918 bekleidet er das Amt eines Generalkonsuls in Hankau. Für sein bevorstehendes Amt geeignete Erfahrung hat er sich sicherlich als englischer Delegierter bei der internationalen Grenzregulierungskommission in Teschen im Jahre 1919 erworben. Das darauf folgende Jahr führt ihn als englischer Kommissär nach Litauen. In den Jahren 1921 und 1922 fungiert er als britischer Gesandter in Estland und Lettland, um seine diplomatische Laufbahn als Oberinspektor der chinesischen Salzsteuer abzuschließen. Sir Ernest Wilton ist ein außerordentlich gründlicher Kenner chinesischer Verhältnisse und Asiens überhaupt. Im Jahre 1923 wurde er mit dem hohen englischen Orden eines Ritters von St. Michael und St. Georg ausgezeichnet, welche Ehrung ihn in den Adelsstand erhob.

Der neue Saarpräsident traf am Donnerstag, dem 16. Juni, in Genf ein, um sich vor Antritt seines Amtes dem Völkerbundsrat vorzustellen. Zur diesmaligen Ratstagung hat sich auch wieder eine Saardelegation in Genf eingefunden, der zum erstenmal auch ein deutschnationaler Vertreter, und zwar der Vorsitzende der deutschnationalen Partei des Saargebiets, Dr. Kohlbecher angehört. Von der saarländischen Zentrumspartei sind die Herren Rechtsanwalt Levacher und Kiefer, von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling und Malermeister Schmelzer delegiert. Die Delegation nahm alsbald Fühlung mit dem Untergeneralsekretär des Völkerbundes Colban, um auf die ernsten Widerstände aufmerksam zu machen, die sich in der Bevölkerung des Saargebiets gegen die Einführung der auf der Märztagung beschlossenen Bahnschutztruppe geltend machen.

Im übrigen hat die Delegation den Völkerbundsdelegierten eine Denkschrift überreicht, die auf die unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse hinweist und die Notlage vor allem der arbeitenden Bevölkerung behandelt, wie sie durch die unsinnige wirtschaftspolitische Abschnürung des Saargebiets vom übrigen Mutterland hervorgerufen worden ist.

Zur Rechtsprechung im Saargebiet.*

Von Oberlandesgerichtsrat Andres, Naumburg, Vorsitzender des Bundes der Saarvereine.

Der 1. Strafsenat des Obersten Gerichtshofs in Saarlouis hat in der Entscheidung vom 10. Oktober 1926 über die Gültigkeit einer VO. der Regierungskommission vom 26. März 1925 (Erhebung einer Straßenbenutzungsgebühr von Kraftfahrzeugen) Grundsätze über den Umfang der Regierungsbefugnisse der Regierungskommission aufgestellt, die nicht unwidersprochen bleiben können.

Die Strafkammer erklärte die VO. für ungültig, weil sie ohne vorherige Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung erlassen ist. Der Senat meint, § 19 Abs. 2 des Saarstatuts,

*Mit Genehmigung der Redaktion der „Deutschen Juristen-Zeitung", Verlag Otto Liebmann, Berlin W. 57, dem Heft 11 des 32. Jahrganges entnommen.

Fürst Wilhelm Heinrich.

zügigen und weitherzigen Fürsten in St. Johann an der Stelle der alten baufälligen Johanniskirche für die katholischen Untertanen die schöne Barockkirche gebaut, und am Marktplatz erhoben sich unter Stengels Einfluß vornehme Bürgerhäuser. Auf dem Marktplatz selbst stellte der fürstliche Baudirektor den schlanken Zierbrunnen, der noch heute ein Schmuckstück der Stadt ist. Für eine großzügige Stadterweiterung, wie sie im 19. Jahrhundert in St. Johann eintreten mußte, war die Stadt noch nicht reif. Sie blieb in ihren Mauern bis zu Beginn des folgenden Jahrhunderts und machte daher einen viel geschlosseneren Eindruck als die aufstrebende Schwesterstadt. Sehr reizvoll war die Verbindung der beiden Städte durch die alte Brücke. Auf der Saarbrücker Seite führte eine prächtige, breite barocke Toranlage in die Stadt, die leider der Verständnislosigkeit für Erhaltung wertvoller Baudenkmäler im 19. Jahrhundert zum Opfer fiel, und auf der St. Johanner Seite wurde ein mit Vasen geschmückte Pfeilergalerie angelegt. Schon gleich nach dem Tode des Fürsten Wilhelm Heinrich ging der Sohn, Fürst Ludwig, ein überaus lebensfroher Mann, dazu über, das Lustschloß Ludwigsberg auf der Höhe bei Malstatt anzulegen, das nach den Bildern den Eindruck macht, als ob der von Stengel hier so stark und klar entwickelte Barockstil überwunden ist, und in dessen Gartenanlagen man deutlich „den Uebergang aus dem monumentalen Barockgarten in den sentimentalen englisch-chinesischen Gartenstil" (Lohmeyer) empfindet.

Wie schön das Stadtbild, insbesondere das von Alt-Saarbrücken in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewesen ist, dafür haben wir bildliche und literarische Zeugnisse. Im Treppenhaus des neuen Rathauses im Stadtteil St. Johann hängt ein Bild, das Saarbrücken und St. Johann etwa um 1750 darstellt, und das mit dem stolz und beherrschend aus dem Saartal aufsteigenden Schloß einen starken Eindruck macht. St. Johann sieht daneben recht bescheiden aus, und zwischen beiden Städten ringelt sich wurmartig die Saar. Dann hat Goethe, der einige Tage als Student von Straßburg hierhergekommen war und hier bei dem Präsidenten Gunderode in dem Hause neben dem Saartor in der Alleestraße wohnte, in „Dichtung und Wahrheit" eine auffallend eingehende Schilderung dieser wenigen Tage gegeben, ein Beweis dafür, daß doch Saarbrücken als der „liebste Punkt in einem so felsig-waldigen Lande" sich ihm stark eingeprägt hat. In dem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhundert war der bekannte Freiherr von Knigge in den Saarstädten und hat in Briefen ein außerordentlich sympathisches Bild von Saarbrücken und St. Johann, von dem Fürsten und seinen Liebhabereien und von den Bewohnern der Städte gegeben. Und endlich läßt der Saarbrücker Hofmaler Dryander in dem Bilde der „Schloßbrand von 1793" uns in den schönen Aufbau Saarbrückens von der St. Johanner Seite aus hineinsehen.

Zu einem starken geistigen Leben hat es Saarbrücken im 18. Jahrhundert nicht gebracht. Der Stadt fehlte eine starke Kulturtradition. Allerdings muß das Gymnasium unter der Leitung des Rektors Kiefer eine achtbare Höhe erreicht haben, was unzweifelhaft aus seinen Schriften hervorgeht. Aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren doch vorübergehend einige Menschen hier, die wohl Erwähnung verdienen. An Goethe ist schon erinnert. Seine Sesenheimer Freundin Friderike Brion weilte im Jahre 1772 einige Wochen in Saarbrücken, und kurze Zeit danach wurde einer aus dem Straßburger Freundeskreise Goethes, Heinrich Leopold Wagner, der Dichter der „Kindesmörderin", Hofmeister und Erzieher bei dem Präsidenten Gunderode in Saarbrücken. Und noch eine dritte Persönlichkeit aus dem Goetheschen Bekanntenkreise, Goethes ehemalige Braut, Lili Schönemann, die den Herrn von Türckheim geheiratet hatte, kam unter sehr schwierigen Umständen auf der Flucht vor den Henkern der Revolution aus Lothringen nach Saarbrücken.

Fürst Ludwig liebte das Theater und erbaute in der Nähe des Ludwigsplatzes ein großes Theater, an dem der bekannte Schauspieler Iffland als Leiter und Akteur einige Zeit wirkte. Schon wenige Jahre nach seiner Eröffnung ist das Theater in der Revolutionszeit in Flammen aufgegangen. Aus den erhaltenen Theaterzetteln ist ersichtlich, daß man anscheinend keine allzu hohe literarische Ansprüche stellte.

Blicken wir noch einmal auf die Gesamtentwicklung der Saarstädte im 18. Jahrhundert zurück, so ist doch eine sehr erfreuliche Aufwärtsbewegung festzustellen. Wirtschaftlich waren die Städte, besonders unter dem Fürsten Wilhelm Heinrich, zur Blüte gekommen. Saarbrücken war eine glänzende Barockresidenz geworden, St. Johann hatte zwar nicht gleichen Schritt gehalten, aber über beiden Städten liegt doch eine helle Freudigkeit, die dann leider am Ende des Jahrhunderts einer traurigen Entwicklung weicht, als 1793 französische Revolutionäre hier einbrachen.

Bildnis von Fr. J. Stengel.

der nicht reiflich überlegt ist. Ein stärkeres englisches Engagement an der Saarfrage deutet auf einen bestimmten Kurs der englischen Politik in der Rheinland- und Saarfrage. Diese Frage hat gelegentlich des Besuches des französischen Staatspräsidenten und des französischen Außenministers in London eine wesentliche Rolle gespielt. Man weiß, daß zwischen Frankreich und England hierüber eine Vereinbarung zustande gekommen ist, ohne das von irgend einer Seite der Inhalt dieser Vereinbarung bekannt wurde. Man hörte lediglich aus einer privaten Pressequelle, daß England durch seine diplomatische Vertretung in Paris dem französischen Außenminister zur Kenntnis bringen ließ, daß England nicht geneigt sei, „weitere Zugeständnisse in der Rheinlandfrage zu machen." Es konnte nicht geklärt werden, ob es damit hat zum Ausdruck bringen wollen, daß es in der Rheinlandfrage vorläufig alles beim alten lassen wollte oder ob es über eine Verminderung der Besatzungstruppen um 10 000 Mann, über die man in den letzten Wochen sehr eingehende diplomatische Verhandlungen geführt hat, nicht hinausgehen will. Auf jeden Fall läßt aber diese Erklärung wie auch das ganze Verhalten der englischen Politik Deutschland gegenüber erkennen, daß England in der Rheinlandfrage jetzt einen neuen Kurs verfolgt. Daß sich diese Kursänderung auch auf das Saargebiet erstreckt, ergibt sich aus dem englischen Vorschlag, Herrn Wilton zum Nachfolger Herrn Stephens zu bestellen.

Im Saargebiet wird man Herrn Wilton ein ähnliches Vertrauen entgegenbringen wie es zuerst Herrn Stephens gegenüber bestand. Man wird aber auf Grund der Erfahrungen, die man gemacht hat, sehr vorsichtig, sehr wachsam und sehr kritisch sein. Englands Politik, Englands Prestige kann nicht gewinnen, wenn man aus dem Verhalten und aus den Maßnahmen des Herrn Wilton die Ueberzeugung gewinnen müßte, daß die frankophile Mehrheit der Saarregierung auch weiterhin triumphiert, auch weiterhin terrorisiert. Die Diplomaten pflegen in schwierigen Fragen in der sogenannten Diplomatensprache zu verhandeln, d. h. in sehr höflichen Worten nichts zu sagen. Im Saargebiet wird man für bestimmte diplomatische Feinheiten vielleicht nicht das richtige Verständnis haben, weil man dort die geraden Naturen, den geraden, offenen Charakter liebt, man hat dort daher ein sehr feines Gefühl für Recht und Gerechtigkeit. Man wird dort sehr bald herausfühlen, ob man die Saargebietsbevölkerung mit schönen Redensarten nur einwickeln will oder ob ein ernster Wille vorhanden ist, endlich vertragsgemäße Zustände zu schaffen. Denn nichts anderes verlangt man im Saargebiet. Durch die bisherige Duldung von Unrecht, Rechtlosigkeit, Willkür und Terror scheint aber die Rechtslage bereits so weit verschoben zu haben, daß jede Forderung des vertraglichen Rechts als eine Anmaßung aufgefaßt wird. Man lese nur die französische Presse, um das täglich bestätigt zu finden. Der „Bahnschutz" wird heute schon als ein Entgegenkommen Frankreichs hingestellt, obwohl er durch keine Bestimmung des Versailler Vertrages gestützt werden kann. Das wirtschaftliche Elend des Saargebiets ist heraufbeschworen worden durch die vertragswidrige Einführung der Frankenwährung.

Heute wird von diesem Vertragsbruch überhaupt nicht mehr gesprochen, seine Berührung wird als Ketzerei, als nationalistische Hetze und ähnliches bezeichnet. Dafür dürfen hundertausende im Saargebiet hungern. Eine Bestimmung, die von der Wohlfahrt, von den unverletzbaren Rechten der Saargebietsbevölkerung, von materiellem und moralischem Schutz spricht, scheint nicht zu bestehen. Und wo ist die moralische Entrüstung in den Völkerbundsländern über die Grenzverletzung durch den Kohlenraub französischer Gruben? Wo sinnd die Protestschreie gegen die Vergewaltigung der demokratischen Idee, wie sie im Völkerbundsland seit länger als sieben Jahren geübt wird? Nichts rührt sich. Saarpräsidenten kommen und gehen, das Unrecht bleibt.

Wird Herr Wilton endlich an der Saar einen Rechtszustand schaffen.

Herrn Wilton rufen wir daher zu: Du empfängst dein Mandat vom Völkerbund, bist keiner Staatsregierung verantwortlich, sondern allein dem Völkerbund, dessen Instruktion für die Saarverwaltung lautet: „Die Regierungskommission hat keine andere Aufgaben als die Wohlfahrt der Bevölkerung des Saarbeckengebietes."

Der Weg zu Recht und Gerechtigkeit, zur Wiedergutmachung allen Unrechts ist frei — ist er es wirklich? Wir hoffen, wir fordern es!

*

Ueber die Persönlichkeit des neuen Saarpräsidenten Sir Erneſt Wilton werden der „Saarbrücker Zeitung" von ihrem Londoner Vertreter folgende Angaben gemacht:

Sir Erneſt Colville Collins Wilton gehört zu jener seltenen Art von Engländern, die fast ihr ganzes Leben im Auslande verbracht haben. Im Jahre 1870 geboren, finden wir ihn schon im 20. Lebensjahre in Peking, wo er sich durch gründliches Studium der chinesischen Sprache an Ort und Stelle für den Konsulardienst vorbereitet. Daß die Vorbereitung die entsprechenden Früchte zeitigte, beweist die Tatsache, daß er im Jahre 1903 an einer hochwichtigen Mission in das geheimnisvolle Tibet teilnimmt und daß er in den Jahren 1904 und 1905 die Würde eines stellvertretenden Kommissärs bei der anglo-tibetanischen Konvention bekleidet. Im Jahre 1906 erreichte er den Rang eines Konsuls, um im Jahre 1908 als britischer Kommissär einen Handelsvertrag mit Tibet abzuschließen. Im Jahre 1912 fungiert er als stellvertretender Generalkonsul in Tientsin. Die Geschäfte der „Opium-Kommission" leitet er in den Jahren 1912 bis 1914. Im Jahre 1918 bekleidet er das Amt eines Generalkonsuls in Hankau. Für sein bevorstehendes Amt geeignete Erfahrung hat er sich sicherlich als englischer Delegierter bei der internationalen Grenzregulierungskommission in Teschen im Jahre 1919 erworben. Das darauf folgende Jahr führt ihn als englischer Kommissär nach Litauen. In den Jahren 1921 und 1922 fungiert er als britischer Gesandter in Estland und Lettland, um seine diplomatische Laufbahn als Oberinspektor der chinesischen Salzsteuer abzuschließen. Sir Erneſt Wilton ist ein außerordentlich gründlicher Kenner chinesischer Verhältnisse und Asiens überhaupt. Im Jahre 1923 wurde er mit dem hohen englischen Orden eines Ritters von St Michael und St. Georg ausgezeichnet, welche Ehrung ihn in den Adelsstand erhob.

Der neue Saarpräsident traf am Donnerstag, dem 16. Juni, in Genf ein, um sich vor Antritt seines Amtes dem Völkerbundsrat vorzustellen. Zur diesmaligen Ratstagung hat sich auch wieder eine Saardelegation in Genf eingefunden, der zum erstenmal auch ein deutschnationaler Vertreter, und zwar der Vorsitzende der deutschnationalen Partei des Saargebiets, Dr. Kohlbecher angehört. Von der saarländischen Zentrumspartei sind die Herren Rechtsanwalt Levacher und Kiefer, von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei Kommerzienrat Dr. Hermann Röchling und Malermeister Schmelzer delegiert. Die Delegation nahm alsbald Fühlung mit dem Untergeneralsekretär des Völkerbundes Colban, um auf die ernsten Widerstände aufmerksam zu machen, die sich in der Bevölkerung des Saargebiets gegen die Einführung der auf der Märztagung beschlossenen Bahnschutztruppe geltend machen.

Im übrigen hat die Delegation den Völkerbundsdelegierten eine Denkschrift überreicht, die auf die unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse hinweist und die Notlage vor allem der arbeitenden Bevölkerung behandelt, wie sie durch die unsinnige wirtschaftspolitische Abschnürung des Saargebiets vom übrigen Mutterland hervorgerufen worden ist.

Zur Rechtsprechung im Saargebiet.*

Von Oberlandesgerichtsrat Andres, Naumburg, Vorsitzender des Bundes der Saarvereine.

Der 1. Strafsenat des Obersten Gerichtshofs in Saarlouis hat in der Entscheidung vom 10. Oktober 1926 über die Gültigkeit einer VO. der Regierungskommission vom 26. März 1925 (Erhebung einer Straßenbenutzungsgebühr von Kraftfahrzeugen) Grundsätze über den Umfang der Regierungsbefugnisse der Regierungskommission aufgestellt, die nicht unwidersprochen bleiben können.

Die Strafkammer erklärte die VO. für ungültig, weil sie ohne vorherige Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung erlassen ist. Der Senat meint, § 19 Abs. 2 des Saarstatuts,

*Mit Genehmigung der Redaktion der „Deutschen Juristen-Zeitung", Verlag Otto Liebmann, Berlin W. 57, dem Heft 11 des 32. Jahrganges entnommen.

wonach die Regierungskommission volle Freiheit in der Verwaltung und Ausbeutung der Eisenbahnen, Kanäle und sonstigen öffentlichen Betrieb habe (exploiter . . . les services publics; operate . . . the public services), sei mit dieser Entscheidung verletzt. Der Senat geht davon aus, daß sich das Ausbeutungsrecht des § 19 Abs. 2 auch auf die öffentlichen Wege beziehe, weil das Straßennetz zu den „Services publics", den „öffentlichen Betrieben" gehöre. Das erscheint aber unzutreffend. Wenn der § 19 Abs. 2 besondere Regierungsbefugnisse der Kommission im Anschluß an die allgemeinen des Abs. 1 — der von den Regierungsbefugnissen, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern zustanden, ausgeht —, umschreibt, so ist auch für Abs. 2 als Ausgangspunkt das geltende Recht maßgebend, d. h. die Bestimmung kann nur solche Betriebe meinen, die die früheren Regierungen zu verwalten und auszubeuten berufen waren. Dazu gehörten im Saargebiet aber nicht die öffentlichen Wege. Staatsstraßen gibt es im Saargebiet nicht. Die öffentlichen Wege stehen im Privateigentum oder im Eigentum der Gemeinden. Die Verwaltung dieser Wege lag den Eigentümern ob, denen auch die Nutzungen zustanden. Zu ihrer Ausbeutung hatten die Regierungen des Reiches, Preußens und Bayerns kein Recht; als Staatshoheitsbefugnisse hatten sie nur die Aufsicht und die Wegepolizei. Wäre die Ansicht des Senats richtig, dann dürfte die Kommission alle Nutzungen der öffentlichen Wege ohne Entschädigung des Eigentümers und ohne entsprechende Lasten der Unterhaltung auf sich zu nehmen an sich ziehen: den Baumertrag, den Graswuchs, die Mietzinsen von Unternehmern, die auf öffentlichen Wegen Anlagen unterhalten u. a. Dann wäre der „Entrechtung" im Saargebiet ein neues Kapitel hinzugefügt. Darum können als „öffentliche Betriebe" i. S. des § 19 Abs. 2 des Saarstatuts nur solche Betriebe angesprochen werden, zu deren Verwaltung und Ausbeutung nach der früheren staatlichen Rechtsordnung im Saargebiet die Regierungen des Reiches, Preußens und Bayerns berufen waren. Der Senat meint, es sei nicht einzusehen, wieso die Landstraßen anders hätten behandelt werden sollen wie die Eisenbahnen und die Wasserstraßen. Das ist aber leicht einzusehen, wenn man weiß, daß die Eisenbahnen und der Saarkanal Eigentum des Staates waren, dem auch die Nutzungen zustanden, während er nicht Eigentümer und darum auch nicht Nutznießer der öffentlichen Wege ist. Man könnte einwenden, wenn § 19 Abs. 2 nur den hier vertretenen Inhalt hätte, dann wäre er überflüssig gewesen. Aber es ist noch so manches überflüssig oder widerspruchsvoll was die Herren Tardieu, Haskins und Morley in einer Nacht zusammengeschrieben haben und was dann als Saarstatut Staatsrecht für das Saargebiet geworden ist.

Der Senat meint weiter, mit der in den §§ 23, 26 des Saarstatuts für neue Verordnungen und Abgaben vorgesehenen Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung sei die im § 19 Abs. 2 der Kommission zugestandene volle Handlungsfreiheit unverträglich. Auch das ist unrichtig. Die Saargebietsregelung im Versailler Vertrag ist ein einheitliches Gesetzeswerk. Daß die eine Vorschrift den Vorrang vor einer anderen haben soll, ist nicht anzunehmen, wenn nicht innere Gründe zu solchem Vorrang führen. Wenn das Gesetz an einer Stelle dem Berechtigten eine Befugnis, „volle Freiheit" zuspricht, und an einer anderen die Ausübung der gleichen Befugnis an eine besondere Voraussetzung bindet (Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung), so kann sehr wohl die zweite Bestimmung eine einschränkende Wirkung auf die erste ausüben. Und das ist in unserem Falle anzunehmen. Sehen wir einmal ab von den öffentlichen Wegen, und halten wir uns an die Verwaltung und Ausbeutung der Eisenbahnen. Ist durch die volle Freiheit in deren Verwaltung und Ausbeutung die Kommission insoweit auch von den bestehenden Gesetzen, die im § 23 des Saarstatuts aufrechterhalten sind, freigestellt? Zweifellos nicht! Wenn sie zum Zwecke der Verwaltung und Ausbeutung eine VO. erlassen will, die den bestehenden Gesetzen widerstreitet, ist sie verpflichtet, den Landesrat zu hören gemäß § 23 Abs. 2 des Saarstatuts, trotz ihrer „vollen Freiheit" in der Verwaltung und Ausbeutung.

Der Senat glaubt eine Stütze für seine Entscheidung darin zu finden, daß der Friedensvertrag der Kommission nirgends geringere, in manchen Punkten erheblich weitere Machtbefugnisse eingeräumt habe, als den früheren Regierungen zustanden: so das Recht, nach bloßer Anhörung des Landesrats Verordnungen mit Gesetzescharakter zu erlassen. Diese Einstellung des obersten Gerichtshofs im Sargebiet zu der nach dem Versailler Vertrag der Kommission eingeräumten Regierungsgewalt ist falsch. Das Umgekehrte ist richtig: in dubio können die Regierungsbefugnisse der Kommission nicht weiter gehen als der Verzicht geht, den Deutschland im Art. 49 des Versailler Vertrages ausgesprochen hat, und nicht weiter als die Befugnisse der früheren Regierungen gingen; vielfach sind sie stark beschnitten.

Zuzugeben ist, daß sie in einigen wenigen Punkten erweitert sind. Dazu gehört allerdings auch die erweiterte Verordnungsgewalt: daß durch diese das wichtigste staatsbürgerliche Recht der Bevölkerung, mitbestimmender Faktor bei der Gesetzgebung zu sein, stark beschnitten ist, daran ist nicht vorbeizukommen. Diese Entrechtung steht im scharfen Gegensatz zu der im Art. 46 Versailler Vertrages und im Eingang zum Saarstatut versprochenen „Sicherstellung der Rechte" der Bevölkerung. Wenn man aber aus dem unlösbaren Widerspruch zwischen der erweiterten Verordnungsgewalt und der „Sicherstellung der Rechte" der Bevölkerung Schlüsse zieht zugunsten ausgedehnter Regierungsbefugnisse im allgemeinen, dann erhebt man die Entrechtung zum Grundsatz des Saarstatus; denn mit jeder gegen früher ausgedehnten Regierungsbefugnis ist eine Einengung der Rechte der Bevölkerung verbunden.

Neue Einreiseschikanen an der Saargebiets-Grenze.

Aus dem Saargebiet schreibt man uns:

Bekanntlich besteht seit zwei Jahren eine von der Regierung des Saargebietes erlassene Einreiseverordnung, die Reichsdeutschen die Einreise ins Saargebiet und den Aufenthalt dort für drei Tage auf Grund eines einfachen Personal-Ausweises ohne weiteres gestattete. Wir konnten nun in der letzten Nummer des „Saar-Freund" den Wortlaut eines Zusatzes bekannt geben, den diese Einreiseverordnung neuerdings erhielt. Dieser Zusatz stellt eine raffinierte und schikanöse Einreiseerschwerung dar, die eine neuerliche verschärfte Abriegelung des Saargebietes vom deutschen Mutterlande zum Ziele hat. Diese neue, nach Willkür dehnbare Einreiseverordnung gibt der Saarregierung ein Mittel in die Hand, jede aus dem Reich stammende Persönlichkeit oder Körperschaft, die ihr „nicht genehm" ist, von dem Saargebiet fernzuhalten. Das ist ganz durchsichtig und offensichtlich auch der Zweck der Neuverordnung. Und wenn man den Verordnungszusatz seines gewundenen und verschleiernden Darumredens entkleidet, bleibt dies allein als nacktes Ziel übrig. Nun öffnet diese Verordnung der politischen Schikane Tür und Tor. Und wiederum ist dem französischen und frankophilen Spitzeltum hüben und drüben ein gewinnbringendes Arbeitsfeld geboten. Wie leicht ist es nicht diesen Schandbuben, neue Listen „Verdächtiger von drüben" von Einzelpersonen sowohl wie auch von Körperschaften nach Belieben anzufertigen und der Saarregierung vorzulegen? Und diese wird von der ihr erwünschten „Information" Gebrauch zu machen wissen, wenn solche Körperschaften oder Einzelpersonen bei der Einreisestelle in Saarbrücken die Einreisegenehmigung nachsuchen oder die Einreise an der Saargebietgrenze versuchen. Die schlimmste Auswirkung der Verordnung aber mag sich zeigen, wenn es auf Grund einer allgemeinen Instruktion den französischen Kontrollorganen an den Eingangsstellen zum Saargebiet überlassen bleibt, eigenmächtig im Sinne jener schikanösen Verordnung Entscheidungen zu treffen den Einreisenden gegenüber. Für die hervorragende Intelligenz vieler dort amtierenden Douaniers und schwarzweiß bemützten „Chefs" und das „wohlwollende Entgegenkommen" dieser liegen ja genügend und geradezu erstaunliche Beweise vor.

Wie jedoch die vor wenigen Tagen im Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebietes veröffentlichte neue Einreiseverordnung bereits zu den untersten Kontrollorganen an der Saargebietgrenze durchgedrungen ist und dort gehandhabt wird, mögen die nachstehenden Ausführungen an einem sprechenden Einzelfall zeigen, den wir in diesen Tagen auf einer Uebergangsstation an der Saargebietgrenze als Augen- und Ohrenzeuge beobachteten.

In unserem Abteil befand sich als Mitreisender ein Herr, den ich ob seiner Beschäftigung mit einschlägiger Literatur und der schriftlichen Skizzierung der durchreisten Landschaft als Reiseschriftsteller ansprach. Bei der Zollrevision an der Grenze war dieser Herr, ohne uns erkenntlichen Grund, sofort der Gegenstand einer auffallend scharfen Revision. Das Gepäck dieses Reisenden wurde von dem „Zollchef" in peinlichster Weise durchsucht. Die Lederhandmappe des Herrn enthielt eine Reihe rheinischer Heimatbücher und Heimatzeitschriften, daneben einige handschriftliche Manuskripte. Der revidierende Zollbeamte, der der deutschen Sprache nur in wenigen und ungelenken Ausdrücken mächtig war und wohl kaum imstande, auch nur einen Satz der vorgefundenen Bücher und Manuskripte zu lesen, unterzog den Mappeninhalt einer eingehenden Durchsicht. Nach Einordnung derselben durch den Besitzer, nahm der Beamte dann die Mappe und legte dieselbe mit unverkennbarer Geste der Beschlagnahmung seitlich auf die Bank. Nach Oeffnung seines Koffers mußte jener Herr Stück um Stück des Kofferinhaltes umwenden und auf die Bank herauslegen, wo der Zollbeamte sie einzeln abtastete. Nichts Verdächtiges war zu finden, nur ein kleines Pappkästchen, das offen an der Kofferstirnwand eingestellt war. Der Zollbeamte griff dieses hastig. Und nach Oeffnung desselben fiel von ihm mit offensichtlicher Genugtuung die scharfe Frage: „Was ist das?" Das Kästchen enthielt einige Dutzend Diapositive mit Landschaftsmotiven aus dem Saargebiet, die, wie ich später vernahm, dem Zwecke eines Heimatvortrages in einem Kreise von Saarländern irgendwo in einer deutschen Stadt gedient hatten. Der Beamte sah die Glasbilder einzeln durch, um danach den Besitzer mit ironischem Inquisitionsurteil zu bescheiden: „Sie kommen aus Deutschland. Sie wollen sprechen in Saarbrück. Aben Sie Ausweis?" Der Betroffene zeigte seinen roten Saarländer-Ausweis vor, der ihn als im Saarland beheimatet und wohnhaft legitimierte. Die offensichtliche Freude des französischen Beamten, hier einen ersten guten Griff getan zu haben auf einen von Deutschland zu Vorträgen ins Saargebiet Kommenden, erlitt damit eine bemerkenswerte und verärgerte Dämpfung. Als der Beamte aber unter der Aufforderung: „Die Sachen bleiben — kommen Sie!" sich anschickte, die Mappe und die Lichtbilder als beschlagnahmt mitzunehmen, erhob der Betroffene dagegen schärfsten Einspruch. Dieses hatte zur Folge, daß sich ein älterer Douanier einfand. Nach Aufklärung über den Sachverhalt durch den Betroffenen beschied dieser den jungen „Chef" dahin, daß es sich um die einwandfreie Einreise eines Saarländers handele, und daß auch die vorliegenden Manuskripte in nichts Anlaß sein könnten zu einer Beschlagnahmung. Auch die Lichtbilder seien als gebrauchte aus dem Saargebiet mit- und nach dort wieder zurückgeführte, was nicht beanstandet werden könne. Diese Ansicht des älteren und erfahrenen Beamten fand ganz entschiedene Unterstützung durch den betroffenen Mitreisenden. Doch nur zögernd und unverkennbar widerwillig gab der unsicher gewordene „Chef" endlich nach und die Sachen frei. Noch einmal erfolgte eine Prüfung des Personal-Ausweises und eine mündliche Feststellung, welchen Beruf der Paßinhaber habe. Damit fand das Vorkommnis seinen Abschluß.

Die mit Absicht eingehend gegebene Darstellung mag dartun, wie selbst Saarländer im gegebenen Verdachtsfalle an der Saargrenze behandelt werden. Offenbar aber haben wir in diesem Vorkommnis ein erstes, zugleich aber auch ein Schulbeispiel dafür, wie sich die verschärften Einreisebestimmungen der Regierungskommission des Saargebietes in Zukunft auszuwirken gedenken.

Unwillkürlich aber drängt sich da die Frage auf: „Wird es danach in Zukunft je wieder einer reichsdeutschen Körperschaft irgend welcher Art gelingen, ins Saargebiet einzureisen? Wird es jemals wieder möglch sein, einen deutschen Redner oder Vortragenden, vor allem auch mit Lichtbildmaterial ausgerüstet, über die Saargebietgrenze in unsere Saarheimat zu einer Darbietung hereinzubekommen? Wir glauben daran nie- und nimmermehr. Mit herzlicher Freude und Genugtuung hatten wir es begrüßt, daß seit zwei Jahren in den wieder möglichen Vorträgen hervorragender deutscher Männer und Wissenschaftler ein neuer, reich befruchtender deutscher Lebensstrom wieder hereinpulsen konnte von dem Herzen des deutschen Mutterlandes in die Adern unserer abgeschnürten und hart von westlichen Kultureinflüssen bedrohten Grenzmark. Reichsdeutsche Vereine, Organisationen und berufliche Körperschaften konnten durch ihr Erscheinen im Saargebiet das innige und unzertrennbare Verbundensein des Saarlandes mit den Stammlanden des Reiches neu dokumentieren. Hunderten von Ausgewiesenen, die durch Jahre hin bitter und schwer trugen an der Verbannung von der Heimat, war es vergönnt, den Boden ihres Kinder- und Heimatlandes wieder zu betreten. Zu stark scheint einer französischen Saarregierung diese deutsche Lebensflut von drüben hereingerauscht zu sein. Und darum wohl erfolgte der abwürgende Griff jener neuen Einreise-Erschwerung. In der Arbeit und dem zähen Kampf um Recht und Freiheit unserer Saarlande ersehen wir uns mit diesem Gewalt- und Willkürakt der Saarregierung um Jahre zurückgeworfen.

Nicht unschwer aber auch dürfte es sein, die inneren Zusammenhänge der schikanösen Neuverordnung mit Vorgängen der letzten Zeit im Saargebiet herauszufühlen. Und es gehörte schon eine naive Befangenheit oder aber — ein Nichterkennenwollen dazu, um nicht sofort mit einem zutreffenden Urteil darüber fertig zu sein. Sehr auffallend ist, wie der Erlaß der Neuverordnung unmittelbar der großen Vortragsreihe „Deutscher Aufbau" in Saarbrücken folgte, die als ein besonderes Bekenntnis des Saargebietes zum Deutschtum betrachtet wurde. In jener ihr auf dem Fuß folgenden Einreiseerschwerung können wir nur die von hoher Gereiztheit getragene Antwort der französischen Saarregierung auf diese deutsche Veranstaltung hin ersehen. Und diese Ansicht findet auch Bestätigung in einer Auslassung der „Kölnischen Zeitung", die sich in Nr. 401 vom 1. Juni d. J. aus Saarbrücken schreiben läßt:

„Eine der schlimmsten Schikanen, durch die das Saargebiet vom Reich abgetrennt gehalten wurde, war unter der Zeit des französischen Präsidenten Rault die Erschwerung der Einreise aus dem Reich in das Saargebiet. Während aus dem benachbarten Frankreich die Einreise ohne besondere Formalitäten vor sich ging, mußten Einreisende aus Deutschland um eine vorherige Einreisegenehmigung nachsuchen, die einer politischen Kontrolle von seiten des französischen obersten Polizeidirektors unterworfen wurde. Der Zweck dieser Schikanen war, kulturelle und politische Verbindungen von und zum Reich abzuschnüren. Seit einigen Monaten ist diese Erschwerung der Einreise, für die eine Notwendigkeit überhaupt nicht nachzuweisen war, aufgehoben worden. Es genügte die Vorweisung eines Personalausweises und die übliche polizeiliche Anmeldung. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierungskommission, die Einreise eines bestimmten Personenkreises wieder einer besonderen Kontrolle zu unterwerfen. In der nächsten Nummer des Amtsblattes soll eine Verordnung mit sofortiger Inkraftsetzung veröffentlicht werden, die folgenden Wortlaut hat: „Die Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet ist jedoch erforderlich für solche Personen, die in das Saargebiet einreisen, um dort an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, oder solchen, die als Mitglieder eines Vereins oder einer sonstigen Personenmehrheit in dieser Eigenschaft, sei es einzeln, sei es geschlossen, einreisen." Irgendwelche Mißhelligkeiten haben sich infolge der erleichterten Einreise hier im Saargebiet nicht ergeben, so daß ein Anlaß zu diesem Rückfall in die Gepflogenheiten des früheren französischen Präsidenten Rault nicht gegeben ist. Der Schlag kann sich nur gegen das Auftreten deutscher führender Persönlichkeiten richten, die durch Vorträge oder Teilnahme an Veranstaltungen die kulturellen Fäden zwischen dem Reich und dem Saargebiet wieder fester knüpfen, wie das jüngst mit der Reihe der hier veranstalteten deutschen Aufbauvorträge der Fall war. Gegen die von der Regierungskommission geplante Maßnahme wird von der Bevölkerung schärfster Einspruch erhoben, und auch der Landesrat dürfte in seiner demnächstigen Sitzung wohl dagegen Stellung nehmen. Es würde hier im gesamten Saargebiet wenig Verständnis finden, wenn die Amtstätigkeit des Präsidenten Stephens, der in einigen Wochen das Saargebiet verläßt, mit einem Rückfall in die französischen Manöver zur Abschnürung des Saargebiets von seinem Mutterland ihren Abschluß findet."

Man möchte an bestimmten Stellen diese Darstellung als unangenehm vielleicht empfinden und als nicht zu beweisende Vermutung hinstellen. Immer aber wieder klingt mir da die verräterische täppische Frage jenes französi-

schen Zollbeamten im Ohr: „Sie kommen von Deutschland. Sie sprechen in Saarbrück. Haben Sie Ausweis?“ Diese Frage ist nur der impulsive und pflichtgemäße Ausfluß der jüngsten und scharfen Dienstinstruktion des Beamten. Liegt in ihr aber nicht der schlagende Beweis vor für die inneren Zusammenhänge der neuen Einreiseerschwerung und dem Schreckbegriff: „Deutsche Vorträge — deutsche Vortragende aus dem Reich?“ Was die Verordnung in verschleiernder Fassung zu verbergen sucht: die unbeholfene Art eines mit der Ausführung der Neuordnung beauftragten unteren Organs der französischen Regierung ist deutlich geworden und läßt keinen Zweifel mehr an der ureigensten Absicht, die eine Saarregierung mit ihrer jüngsten Verordnung verfolgt. Die allernächste Zukunft schon wird es lehren, ob unsere Rückschlüsse aus jenem gezeichneten Vorkommnis an der Saargrenze berechtigt sind oder nicht. H.

Die französische Schule im Saargebiet im Dienste der französischen Saar-Annexion.

Von Th. Vogel-Berlin.

Wer seine Hoffnung auf den Völkerbund gesetzt und geglaubt hat, der siegreiche Vormarsch des Völkerbundgedankens sei gleichbedeutend mit dem Vormarsch des Friedens und des Rechts, sieht sich heute ganz gewiß auf das bitterste enttäuscht. Wenn irgendwo Gelegenheit geboten wäre, für den Völkerbundgedanken zu werben, so wäre hierzu das Saargebiet geeignet, das ja bekanntlich dem Völkerbund zu treuen Händen unterstellt ist. Hier hätte die Völkerbundsidee, die Sicherung des Rechts, der Freiheit und des Friedens eine praktische Anwendung und Auswirkung erfahren können und müssen. Aber gerade hier hat es sich gezeigt, was man vom Völkerbund im allgemeinen und im besonderen zu halten hat, da nach wie vor an der Saar die alte Gewalt- und Annexionspolitik Frankreichs die Vorhand hat. Alle Hoffnungen, die man von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, besonders nach Locarno, Thoiry und Genf, auf den Völkerbund gesetzt hatte, sie sind dahin und an Stelle einer guten Zuversicht, daß die Saarfrage bald bereinigt werde, ist in der ganzen Saarbevölkerung ein Zustand der Verzweiflung, der Resignation eingetreten. Jedenfalls hat der Völkerbund sich im Saargebiet alles Ansehen verscherzt, da die ganze Zerfahrenheit im Lande, die heil- und trostlosen wirtschaftlichen Zustände und die ungeheuerliche Not und große Armut vieler Tausender von Arbeitern und anderen Bewohnern das eigentliche Ergebnis seiner Verwaltungsmaßnahmen ist. Die Saarregierung der Treuhänder des Völkerbundes, besorgt nur die Geschäfte Frankreichs und der französischen Bergverwaltung und sie ist auch bisher Beschützerin aller französischen Annexions- und Französisierungsbestrebungen gewesen und bis auf den heutigen Tag geblieben.

Im Saargebiet gibt es vielerlei Merkwürdiges und zu den merkwürdigsten Erscheinungen gehört bekanntlich die französische Schule für deutsche Kinder, die der französische Staat als Besitzer der Kohlengruben des Saargebiets durch die Grubenverwaltung hat errichten lassen. Französische Schulen auf deutschem Boden! Welchen Zweck diese Schulen verfolgen und welche Hoffnungen die französischen Saar-Annexionisten auf diese Schulen setzen, das geht immer wieder aus diesen Artikeln hervor, die in der französischen Presse veröffentlicht werden und die besonders deshalb von gewissem Interesse sind, weil es an und für sich schwer fällt, über diese französischen Schulen Näheres zu erfahren. Die Verwaltung dieser Schulen veröffentlicht keine Berichte über den Bestand, noch über den Lehrbetrieb oder über die Kosten dieser Anstalten. Um so interessanter sind die Veröffentlichungen der französischen Zeitung „Le Petit Parisien“, die in der Nr. 18 316 vom 23. April 1927 sich in einem der sogenannten Saarbrücker Briefe unter der Ueberschrift „Auf den Bänken der französischen Schule“ berichten läßt. Der Verfasser setzt seinen Ausführungen folgende Behauptung voraus: „Wie auch die Abstimmung ausfallen mag, die Saarbevölkerung wird uns ihre Achtung bewahren.“ Dann schreibt er folgendes:

Im Januar 1935 werden den Einwohnern des Saargebiets drei Fragen vorgelegt werden:

Wünschen Sie die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Regierungsform?

Oder die Vereinigung mit Frankreich?

Oder die Vereinigung mit Deutschland?

Vielleicht hätte man zu Beginn etwas wagen können. Das ist nicht geschehen — wird auch nicht mehr geschehen. Heute sind die Würfel gefallen, und allein ein Umsturz könnte eine seit langem festgelegte Ansicht ändern. Die Bevölkerung des Saargebiets ist uns nicht mehr feindlich gesinnt. (Oho! Die Schriftl.) Aber sie ist immer von gleicher Entschlossenheit. Trotz der täglichen Angriffe der kleinen nationalistischen Zeitungen lebt der Franzose in Saarbrücken, ohne daß seine Gegenwart irgendeinen Tadel hervorruft. Der Deutsche weiß, daß für ihn das Abwarten genügt: Er wartet ab. Der Versailler Vertrag bestimmt, daß für den Fall der Vereinigung mit Deutschland die Bergwerke Frankreich abgekauft werden können. Diese Bergwerke sind so gut imstande wie noch nie. (Das stimmt nicht.) Warum sollte man sich aufregen?

Gleich nach Kriegsende war eine ziemlich lebhafte franzosenfreundliche Bewegung hervorgetreten. Der besiegte Deutsche zweifelte an seinem eigenen Vaterlande und wandte die Blicke „nach dem Westen“. Zu diesem Zeitpunkt liefen in Paris zahlreiche Eingaben um Verleihung der Staatsangehörigkeit ein, die der Mehrzahl nach von alten Familien des Saargebietes ausgingen. (Das sind wohl die 150 000 Saarfranzosen?) Aber diese Anfragen erhielten keine Antwort. Das Reich ist wieder in die Höhe gekommen, und jene, die an seinem Schicksal gezweifelt hatten, wurden die eifrigsten Patrioten, indem sie so die Erinnerung an ihre „Schwäche“ durch ihren begeisterten Eifer für das Deutschtum wett zu machen suchten. Ein kleines franzosenfreundliches Blatt, der „Saar-Kurier“, erschien eine Zeitlang, dann ging er ein. Aber Herr Röchling, Besitzer des Völklinger Lehens, den man als den Stinnes des Saargebietes bezeichnet, erhielt vom Reich eine Zulage von 20 000 Goldmark, „um seine Fabriken in die Höhe zu bringen, die im Kriege gelitten hatten“. Und der größte Teil dieses Geldes — der jüngste Kolmarer Prozeß hat das in der Oeffentlichkeit festgestellt — diente für die gegen Frankreich gerichtete Propaganda im Elsaß. Man sieht, daß der Kampf ungünstig eingeleitet wurde. Konnte man nach Bayern und Preußen alle Beamten, alle Industriellen, alle Geistlichen herüberschaffen? Das hätte Frankreich nicht ähnlich gesehen, und die Zeit dafür ist jetzt vorüber.“

Soviel Worte, soviel Lügen, doch auf letztere kommt es ja bekanntlich der französischen Propaganda nur an, hat doch selbst die französische Regierung bei den Friedensverhandlungen in Paris 1919 zum einer Fälschung und einem gemeinen Betrug durch die bekannte Saarlüge von den 150 000 Saarfranzosen zur Durchführung ihrer Annexionspläne greifen müssen.

In einem weiteren Artikel der obengenannten Zeitung heißt es wie folgt:

„Unsere Uebernahme der Bergwerke erregte übrigens im Saargebiet weniger Unmut als die Schaffung französischer Schulen. Die unterirdische Ausbeutung war, wie man wohl wußte, nur vorübergehend und sollte endgültig nur Vorteile zurücklassen. Der Unterricht in fremder

Sprache dagegen bedrohte das Deutschtum in seinen tiefsten Wurzeln, und dagegen wurden die heftigsten Feldzüge geführt.

Diese französischen Schulen wurden hervorragend organisiert durch einen Schulrat, Herrn Toutey, der ihnen von Anfang an einen ruhigen und gediegenen Aufschwung verschaffte. Ein zweisprachiges Gymnasium wurde in Saarbrücken eingerichtet, ebenso eine Volksschule und eine höhere Schule. Volksschulen wurden in allen Bergwerksdörfern gegründet.

Die Kinder der Ingenieure, der Offiziere, der Beamten waren hier die ersten Schüler. Hierauf entschlossen sich die übrigen Deutschen, in ihre Fußtapfen zu treten; für sie lag darin nur Vorteil: ihre Kinder würden das Französische wie ihre Muttersprache lernen, was ihnen für später große Vorteile zusicherte.

Aber welches Zetergeschrei! Diese „schlechten Eltern" wurden auf den Index gesetzt und als Verräter am Vaterland erklärt. Unter dem Druck von Vergeltungsmaßnahmen entschlossen sich die Kaufleute, niemals frühere Schüler der französischen Schulen in ihren Dienst zu nehmen. Die Geistlichen lehnten es ab, diesen verirrten Schäflein Unterricht zu erteilen, und die katholischen Geistlichen verkündeten den katholischen Eltern die Strafen des Himmels. Dann blieb nichts anderes übrig, als den Rücktritt anzutreten. . . . Die zweisprachigen Klassen des Gymnasiums zählen nurmehr 200 Schüler. Die Volksschulen haben im Gegensatz dazu eine große Anzahl einheimischer Kinder bewahrt, da schließlich der praktische Menschenverstand den Sieg über jede andere Erwägung davontrug.

Ich habe in der Volksschule von Saarbrücken einen ganzen Vormittag zugebracht, und ich bin selten Zeuge eines rührenderen Schauspiels gewesen. (?) Unter der Leitung von Lehrern und Lehrerinnen, die der Mehrzahl nach elsässischen Ursprungs — und alle zweisprachig sind, sieht man die französischen und deutschen Kinder nebeneinander sitzen, ihre Aufgaben hersagen mit weitgeöffnetem Mund wie kleine Vögelchen, die auf die Fütterung warten. „Der Hahn ist der König des Hühnerhofes", sagte der eine. „Der Winter ist die letzte Jahreszeit", schrieben die anderen mit großem Fleiße . . . Wer sollte bei diesem Anblick nicht an die letzte Klasse denken? Wer sollte nicht traurig sein vor dieser schönen Anstrengung, die schon zu Beginn zu einem schwachen Erfolg verurteilt ist?"

Unter der Zwischenzeile: „Die erfüllte Aufgabe" fährt der phantasievolle Verfasser fort:

Könnte man, wenn man ehrlich sein will, eine derartige Forschungsreise mit einer Prophezeiung abschließen? Wozu auch? Ich habe einige Minuten bei Herrn Morize, dem französischen Delegierten in der Regierungskommission, verbracht. Langsam senkte sich der Abend über das alte Schloß, und Ruderer in ihren hellen Jacken übten taktmäßig auf der aschenfarbigen Saar. . . .

— Wir haben, sagt er, unsere ganze Pflicht erfüllt. Vielleicht ist es noch an der Zeit, an die Schaffung eines kleinen, autonomen Staates im Saargebiet zu denken. Entscheidungen können dazwischen kommen, die wir nicht vorhersehen können. Auch wir warten . . .

Die Optimisten klammern sich im Stolz auf das Erreichte an diese Hoffnung:

— Die Saar, so behaupten sie, kann weder das Eisenerz noch die Vieh- und Gemüseeinfuhr Lothringens entbehren. Die Zollgrenze an die französisch-deutsche Grenze zu verlegen, ist nicht mehr möglich!

— Aber gewiß! antworten die anderen. Ueber ihre Bedürfnisse ist die Schwerindustrie immer mit der Zollbehörde übereingekommen. Sie werden schon sehen, das gibt sich!

Man möge jedoch nicht vergessen, daß es in Berlin ein Ministerium für die besetzten Gebiete gibt, das schon heute die Abstimmung planmäßig vorbereitet — und zwar mit Mitteln, über die wir niemals verfügt haben. Warum sollen wir uns also von Illusionen ködern lassen? Es ist besser, der Wahrheit ins Auge zu schauen.

Unser Aufenthalt im Saargebiet wird trotzdem unauslöschliche Spuren hinterlassen. (Das stimmt allerdings, wie überall am Rhein, an der Mosel und in der Pfalz: ein Denkmal der Schmach und Schande.) Wir haben dank unseres Franken beinahe den ganzen Markt erobert; wir können uns dort immer mit einiger Geschicklichkeit große Vorteile bewahren. Wir haben den Bergwerken einen Ueberwert gegeben, was sich im endgültigen Vertrag bemerkbar machen muß. Unsere Ingenieure haben durch ihre Gaben und ihr großes Wissen gezeigt, wozu die Franzosen fähig sind: Wiederaufnahme der Ausbeutung von Klarenthal, das Lager Duhamel, die elektrische Zentrale von Fenne werden als ein Denkmal unseres Ansehens bestehen bleiben, das man achten muß (?!)

Auch die Kindheitseindrücke dauern weiter. Wenn die kleinen Schüler der französischen Volksschule heranwachsen, werden sie sich an ihre Klassen- und Schulkameraden erinnern. Es gibt kleine Kerls, die man die „Unzertrennlichen" nennt, und die sich wiederfinden werden, wenn sie auch nach verschiedenen Seiten der Grenze geworfen werden. Sie werden sich nicht vergessen. Welcher Vorteil liegt nun darin, jenseits unserer Grenze auf Leute zählen zu können, die uns kennen gelernt haben!

— Niemand hat jemals daran gedacht, so wird überall betont, die Saar in einen französischen Bezirk umzuwandeln! (?)

Vielleicht haben wir noch Besseres geleistet: Wir haben aus den Bewohnern des Saargebietes ein kleines Volk gemacht, das uns achtet. Erinnern wir uns an das alte elsässische Wort, das bei der Treue dieser Provinz für Frankreich so oft wiederholt wurde: „Eher könnte man das Herz versetzen!" Wir haben allerdings nicht das Herz der Saarländer verändert, begnügen wir uns für jetzt damit, ihren Geist gewonnen zu haben. (?!)

Diese Schulartikel vergleiche man mit dem Inhalte unseres Aufsatzes über französische Schulen im Saargebiet in der vorigen Nummer. Diesen Worten ist nichts hinzuzufügen, sie sollen nur weitere Beiträge dafür sein, was man unter französischer Propaganda zu verstehen hat. Und diese Beispiele, sie sollen doch endlich mit dazu beitragen, den in Frage kommenden deutschen Stellen immer und immer wieder nahezulegen, wie dringend notwendig vaterländische Aufklärungsarbeit über die Verhältnisse im Saargebiet, im nichtbesetzten Vaterlande und im Auslande durch den Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saarverein" ist.

Ein bedeutsamer Parteitag des saarländischen Zentrums.

„Die ganze Welt bestimmt über uns, aber nicht wir über uns selber."

Am Samstag, dem 29. Mai, fand im Johannishof in Saarbrücken ein Parteitag der Saarländischen Zentrumspartei statt, an dem etwa 500 Vertreter aus allen Teilen des Saargebietes teilnahmen. Die Tagung wurde geleitet von Sanitätsrat Dr. Jordans-Saarbrücken, der schon fast 200 Jahre Vorsitzender der Zentrumspartei des Saargebietes ist. Wenn sich der Parteitag naturgemäß auch vornehmlich mit den Aufgaben der Zentrumspartei befaßte, so verdient doch manches, was von den Rednern und in der Aussprache gesagt wurde, allgemeine Beachtung. Für den „Saar-Freund" kommt in erster Linie die Einstellung der Zentrumspartei zu den an der Saar im Vordergrund der Erörterung stehenden Fragen in Betracht.

„Das Verhältnis des Zentrums zu den anderen politischen Parteien des Saargebietes" ist — wie Dr. Jordans ausführte — gekennzeichnet durch die von der Zentrumspartei vertretene Idee weitgehendster Volksgemeinschaft und saarländischer Schicksalsverbundenheit. Geschlossen mit den anderen staatserhaltenden Parteien vertreten wir die deutschen Interessen in der gebotenen Abwehr und Standhaftigkeit. Gegensätze werden im interparteilichen Ausschuß und im Saarausschuß möglichst ausge-

glichen.... Zur Saarregierung steht das Saar-Zentrum in loyaler Haltung und treudeutscher Wachtstellung.... Das Zentrum wird nichts preisgeben von allen Rechten, die Land und Volk an der Saar durch Naturrecht und Vertragsbestimmungen beanspruchen können. Gleichzeitig wird sie mit der Regierung und wenn es sein müßte (etwas anderes wird es wohl kaum geben, d. V.) gegen die Regierung in erlaubter Weise alles daran setzen, um eine möglichst baldige restlose Rückkehr von Land und Leuten an der Saar in den Bereich des deutschen Vaterlandes herbeizuführen. Vertrauen in die Arbeit der Regierungskommission konnte das Zentrum bisher nicht gewinnen, da westliche Tendenzen allzu sehr und ausschließlich in den Vordergrund gesetzt wurden.... Die deutsche Zentrumspartei an der Saar kann nur deutsch denken und deutsch handeln. Mit den anderen deutschen Parteien an der baldigen Wiedervereinigung der abgetretenen deutschen Tochter mit der Mutter Germania ist ein heißer Wunsch des saarländischen Zentrums und zugleich seine Hauptaufgabe."

Der bewährte, alte Führer des Zentrums an der Saar legte also erneut ein klares und entschiedenes Bekenntnis der Partei zum deutschen Vaterlande ab. Daß er dies in ruhiger Weise tut, ohne irgendwie scharf gegen die Regierungskommission oder Frankreich zu werden, ist man bei ihm gewohnt. Als Führer der größten, deutschen Partei an der Saar hat er sich nach dem Einzug der Franzosen ins Saargebiet für die Zukunft des Saarlandes ganz besonders verantwortlich gefühlt und es für richtig gehalten, bei offiziellen Aeußerungen größere Zurückhaltung und Vorsicht zu üben.

Ueber die außenpolitische Lage sprach der Vorsitzende der saarländischen Zentrumsfraktion des Landesrats, Abg. Rechtsanwalt Levacher-Saarlouis. Er steht in der vordersten Reihe der Abwehrkämpfer und ist mehr als der Parteichef genötigt, den Tageskampf zu führen. Infolgedessen ist es besonders interessant und wichtig, seine Stellung hierzu dargelegt zu sehen. Aus seinen ausgezeichneten Darlegungen sei hier folgendes wiedergegeben: „Wenn es im Versailler Vertrag heißt, daß im Saargebiet keinerlei Militärdienst stattfindet und die örtliche Sicherheit nur durch Landjäger aufrecht erhalten werden soll, so ist es ganz klar, daß auch Soldaten mit einer Armbinde bei uns keine Berechtigung haben. Wenn ich mir diese 600 Franzosen, 120 Engländer und 80 Belgier vorstelle, die nunmehr hier einziehen sollen, so kann ich mir nicht denken, daß diese Soldaten in dem Augenblick, in dem sie die Armbinde des Bahnschutzes anziehen, aufhören Soldaten zu sein. Ich habe noch nie gehört, daß eine Truppe mit Armbinde keine Truppe, keine militärische Einrichtung darstelle. Und es bleibt trotz allem dabei, daß wir eine neue Art der Besetzung erleben werden.... Ich würdige ja auch die außerordentlich schwierige Lage, in der sich unser Reichsaußenminister Dr. Stresemann, befand und in Zukunft befinden wird. Das ändert aber nichts daran, daß uns eine Last auferlegt worden ist, die wir sogar nach dem Versailler Vertrage nicht zu tragen brauchen. Unsere Sache wird es nunmehr sein zunächst dafür zu sorgen, daß der Bahnschutz praktisch von jeder Einwirkung auf das Saargebiet ferngehalten wird, daß aber auch mit derselben Zähigkeit und Festigkeit, mit der wir bisher die Besetzung bekämpft haben, dahin gewirkt wird, daß auch dieser Bahnschutz wieder verschwindet. Wir dürfen uns dabei nicht verhehlen, daß für diesen Kampf die Lage zur Zeit ebenso ungünstig erscheint, als für den Kampf um die anderen Lebensnotwendigkeiten des Saargebietes. Wenn wir uns vor Augen halten, daß wir darauf angewiesen sind, vom Völkerbund in Genf das zu erreichen, ohne daß das Saargebiet weder leben noch sterben kann, so ist es klar und wir haben es in beinahe sieben schmerzlichen Jahren erfahren daß jede Verschlimmerung der politischen Atmosphäre in Europa uns immer wieder zurückwirft."

Der Redner zeichnet dann ein scharf umrissenes Bild von der verwickelten und schwierigen politischen Weltlage, (wobei er auch auf den englisch-russischen Konflikt näher eingeht) die der Rat des Völkerbundes bei seinem Zusammentritt am 13. Juni in Genf finden wird und fährt dann fort: „Die Frage, die bis dahin für uns zu lösen ist, ist die Ernennung des neuen Präsidenten der Saarregierung. Ich habe niemals unsere Ohnmacht mehr gefühlt, ich habe es niemand mehr empfunden, wie sehr wir uns in der Sklaverei anderer Völker befinden als jetzt. Es handelt sich um die Ernennung eines Mannes, von dessen Haltung und Einstellung das Wohl und Wehe der Saarbevölkerung in weitgehendstem Maße abhängt und darüber wird nun von Kabinett zu Kabinett verhandelt, halb Europa und halb Amerika, auch die asiatischen Vertreter werden gefragt aber nach uns fragt niemand. Für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen ist angeblich der Krieg geführt worden. Wenn es sich aber darum handelt, für einen Teil Deutschlands, den man sinnlos von seinem Vaterlande abgerissen hat, eine Entscheidung von tiefster Bedeutung zu treffen, so denkt niemand daran, uns zu fragen. Die ganze Welt bestimmt über uns, aber nicht wir über uns selber. Nur im geheimen werden allerhand Namen genannt, rätselhafte Andeutungen hört man hier und da, und schon findet sich auch in englischen Zeitungen die Anspielung darauf, daß es von dem Verhalten Deutschlands in der Abrüstungsfrage abhänge wie weit England auch in anderen Angelegenheiten, die demnächst zu erledigen seien, eine für Deutschland günstige Auffassung vertreten könnte. Daß dieser Zustand ebenso unbillig wie empörend ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Er beweist aber aufs neue die ganze Rechtlosigkeit unserer Lage. Wir müssen bei dieser Gelegenheit immer wieder unsere so oft erhobene Forderung wiederholen, daß die Regierungskommission in Präsidenten und Mitgliedern endlich so zusammengesetzt werde, daß sie eine neutrale Haltung einnimmt und dem französischen Ziel im Saargebiet nicht mehr Vorschub leistet. Das bezieht sich also ebenso auf die Ernennung des neuen Präsidenten als auch auf die Ernennung des Nachfolgers des Herrn Lambert. Es ist ganz klar, daß die französische Propaganda in den letzten Tagen wieder außerordentlich rege wird, und daß man den Kampf um das Saargebiet, den man schon eingestellt hatte, neuerdings wieder aufnehmen will. Es hat gar keinen Zweck, sich dieser Tatsache zu verschließen. Im Gegenteil! Es kann nicht scharf genug darauf hingewiesen werden. Ich weiß nicht, ob die Meldung eines französischen Blattes richtig ist, daß Herr Morize sich neuerdings geäußert habe, es sei an der Zeit, darüber nachzudenken, ob man nicht doch noch aus dem Saargebiet einen kleinen autonomen Staat machen solle! In die gegenwärtige Situation würde jedenfalls diese Bemerkung außerordentlich passen. Sie würde zunächst das eine beweisen, daß man neuerdings gewillt ist, sich der Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland mit allen Kräften zu widersetzen. Sie würde weiter auch beweisen, daß es den Trägern dieser Politik vollständig gleigültig ist, was aus dem Saargebiet und seinen Bewohnern werden soll, wenn es nur nicht wieder zu Deutschland zurück kommt. Uns haben die schmerzlichen Jahre der Trennung vom deutschen Staat und der Wirtschaft, die teuer bezahlte Gewißheit gebracht, daß wir ohne den Zusammenhang mit unserem deutschen Vaterlande der politischen und wirtschaftlichen Verelendung ausgesetzt sind. — — — Völlige politische Entrechtung und Ohnmacht, ein politisches Sklaventum sind die Folgen dieser Lostrennung. Die Entwicklung hat deutlich genug gezeigt, daß unser wirtschaftliches und politisches Heil lediglich in unserer alsbaldigen restlosen Rückgliederung an das Deutsche Reich liegen kann. Aber das wollen diese Herren nicht sehen. Für den Ruhm Frankreichs opfert man uns unbesehen, obwohl ja eigentlich auch der französische Vertreter in der Saarregierung die Interessen der Saarbevölkerung über die Frankreichs zu stellen hätte."

Ueber den scheidenden Präsidenten Stephens sagte der Redner: ‚Es wäre ungerecht, wenn wir in diesem Augenblick nicht anerkennen wollten, daß unter seiner Präsidentenschaft manches besser geworden ist, wenn auch sehr vieles, und gerade die wichtigsten Punkte, in dem alten Zustande verblieben sind.... Uns bleibt daher nur die Aufgabe, unbeirrt den Kampf für unser Volkstum, für unsere wirtschaftliche und politische Freiheit forzuführen. Wir wollen der Welt auch weiter das Beispiel einer kleinen und unterdrückten Be-

völkerung geben, die mutig und beharrlich den Kampf für ihr Vaterland führt und entschlossen ist, durch Einigkeit zu Recht und Freiheit zu gelangen."

Diese Ausführungen zeigen uns, daß auch die politischen Verhältnisse an der Saar viel schwieriger liegen als vielfach angenommen wird, und daß es noch eines langen, harten Kampfes bedarf, bevor die Saarfrage im Sinne der Bevölkerung gelöst werden kann.

Ueber die soziale Lage sprach das Mitglied des Landesrats Gewerkschaftssekretär Gärtner. Das von ihm gezeichnete Bild ließ mit aller Deutlichkeit erkennen, wie weit das Saargebiet seit seiner Trennung von der deutschen Sozialgesetzgebung auf dem Gebiete der Sozialpolitik zurückgeblieben ist. Es ist daher durchaus verständlich, wenn, wie der Redner erklärte, aus den Kreisen der Arbeiterschaft und namentlich der Sozialrentner immer wieder der Ruf erschallt: „Her mit der deutschen Sozialpolitik!"

Landesratsmitglied Großkaufmann Richard Becker-Saarbrücken behandelte die Fragen der „Steuer- und Wirtschaftspolitik" mit großer Sachkenntnis. Dabei kam er nach einer eingehenden Schilderung der gesamten wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse des Saargebietes zu dem Ergebnis, daß nur die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland Rettung für die Saarbevölkerung bringen könne.

Ein Vortrag des Präsidenten des Landesrats, Redakteur Scheuer, über das Thema: „Der Landesrat" ließ klar und deutlich erkennen, wie wenig Rechte der Landesrat eigentlich hat, und daß er deswegen mit einem wirklichen Volksparlament gar nicht vergleichen werden kann. Trotzdem hat der Landesrat — wie auch aus diesen Ausführungen zu entnehmen war — sich Achtung zu verschaffen gewußt; nicht allein bei der Bevölkerung des Saargebietes, sondern durch seine sachliche und entschiedene Kritik an den Mißständen an der Saar auch in Genf und in den meisten Ländern, die nicht ganz im Banne Frankreichs stehen. In erster Linie sucht er die Rechte der Bevölkerung zu wahren und für sie Erleichterungen zu schaffen. Darüber hinaus betrachtet er es aber auch als eine seiner vornehmsten Aufgaben, die Bevölkerung in ihrem Kampfe für das Deutschtum zu stärken, damit, wie Herr Scheuer am Schlusse seines Vortrags sagte: „Die Episode des Völkerbundregims im Saargebiet bald der Vergangenheit angehört und wir wieder eingegliedert werden in unser geliebtes deutsches Vaterland!"

Das Referat über „Die Landwirtschaft" hielt der Abgeordnete Gladel. Er wies besonders auf die ungünstigen Produktionsverhältnisse der saarländischen Landwirte im Vergleich zu Lothringen hin, mit dem sie konkurieren müßten, seitdem das Saargebiet zum französischen Zollgebiet gehöre. Auch steuerlich sei die Landwirtschaft übermäßig belastet. Nach seinen Ausführungen hat sich die Lage der saarländischen Landwirtschaft seit der Abtrennung immer krisenhafter gestaltet und zwar derart, daß man sagen darf, daß die saarländische Landwirtschaft ruiniert wird, wenn sie nicht möglichst bald wieder in den Verband der deutschen Landwirtschaft eintreten kann. „Die saarländische Landwirtschaft", so sagt Herr Gladel, „verlangt mit Urgewalt und aus reinem Selbsterhaltungstrieb die baldige Rückkehr zum angestammten Vaterlande".

Das letzte Referat hielt Herr Pfarrer Rech. Er sprach über die richtunggebende Grundidee der Zentrumspartei, zu der es ganz selbstverständlich gehöre, fest und treu zum deutschen Vaterlande zu stehen. An der Aussprache, die sich in ihrem wesentlichsten Teil um die Möglichkeiten und Aussichten einer baldigen Rückkehr zum Mutterlande drehten, beteiligten sich mehr als zwei Dutzend Anwesende.

Zu Beginn des Parteitages wurden an den Reichspräsidenten Hindenburg und den Reichskanzler Marx folgende Telegramme gerichtet:

„An den Reichspräsidenten Hindenburg, Berlin.
Die Zentrumspartei des Saargebietes begrüßt zu Beginn des Parteitages den verehrten Präsidenten des gemeinsamen Vaterlandes. Deutsch sind wir und deutsch werden wir bleiben."

„An den Reichskanzler Dr. Marx, Berlin.
Die Zentrumspartei des Saargebietes sendet zu Beginn ihres heutigen Parteitages dem verdienstvollen Kanzler des geliebten Vaterlandes und dem verehrten Vorsitzenden der deutschen Zentrumspartei das erneute Gelöbnis unverbrüchlicher Treue."

Der Herr Reichspräsident v. Hindenburg hat folgende briefliche Antwort an den Vorsitzenden der Partei, Sanitätsrat Dr. Jordans, gesandt:

„Der Reichspräsident. Berlin, 2. Juni 1927.

Sehr geehrter Herr Sanitätsrat!

Für das freundliche Begrüßungstelegramm der Zentrumspartei des Saargebietes und für das darin abgelegte Bekenntnis zum gemeinsamen Vaterlande spreche ich ihnen meinen herzlichen Dank aus.

Mit freundlichem Gruße
v. Hindenburg."

Der Wille des Parteitages fand in einer ganzen Reihe von Entschließungen seinen offiziellen Ausdruck. Mit dem Absingen des Deutschlandliedes fand der Parteitag seinen Abschluß. Er war alles in allem auch ein offenes und einmütiges Treuebekenntnis zum deutschen Vaterlande.

Das „autonome" Saargebiet.

Unter dieser Spitzmarke wird der „Köln. Ztg." (Nr. 378 vom 22. Mai) von unterrichteter Seite geschrieben:

Im „Petit Parisien" konnte man kürzlich lesen, daß Herr Morize, französisches Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes, erklärt hat: „Vielleicht ist es noch Zeit, daran zu denken, aus dem Saargebiet einen kleinen autonomen Staat zu machen."

Herr Morize greift damit in die französische Propagandakiste und holt einen alten Ladenhüter hervor, dessen Anpreisung sich in früheren Jahren namentlich der längst eines unrühmlichen Todes entschlafene „Neue Saar-Kurier", das französische Propagandablatt, zur Aufgabe gemacht hatte. Trotz des Staubes der Jahre ist also in französischen Augen der Ladenhüter immer noch ein Glanzstück. Bei näherem Zusehen freilich wandelt sich der Glanz in schwärzestes Dunkel. Es enthüllt sich ein ganz plumper Täuschungsversuch, nur berechnet auf Unkenntnis und Urteilslosigkeit. Dem Saargebiet ist nicht nur die „Autonomie" versagt, sondern das, was ihm französische Taschenspieler vorgaukeln, ist genau das Gegenteil davon. Drei Fragen sollen der Saarbevölkerung 1935 vorgelegt werden: Wiedervereinigung mit Deutschland, Anschluß an Frankreich und Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung. Die letzte Frage, die übrigens im Vertragstext an erster Stelle steht, ist es, die man in Frankreich als „Autonomie" zu bezeichnen beliebt. Nun, unter Autonomie ist wohl immer noch Selbstbestimmung, Selbstregierung zu verstehen. Ist das aber etwa die „gegenwärtige Rechtsordnung?" Wenn irgend etwas unstreitig ist, dann die Tatsache, daß diese Rechtsordnung eine Fremdregierung reinster Form ist. Nicht in den Händen der Saarbevölkerung ruht die Regierung, nicht sie ernennt die Regierungskommission, nicht sie erläßt Gesetze, sondern eine fremde, außer ihr stehende Macht, der Völkerbund, übt die Regierung aus, ernennt die Regierungskommission und handhabt durch diese die Gesetzgebungsgewalt, alles ohne Mitwirkung der Bevölkerung. Und die „Beibehaltung" dieses Zustandes wagt man als „Autonomie" anzupreisen! Freilich, man versteckt sich hinter der weiteren Vertragsbestimmung, wonach der Völkerbund bei einer Abstimmung zugunsten dieser Beibehaltung „durch geeignete Maßnahmen die endgültige Rechtsordnung mit den dauernden Interessen des Gebietes und dem allgemeinen Interesse in Einklang zu bringen" habe, und erklärt, der Völkerbund werde zweifellos das Saargebiet mit einer regelrechten Autonomie beglücken. Ein weiteres Täuschungsmanöver! Gewiß, da und dort würde es möglich sein, in Nebendingen Härten abzuschleifen. Die Grundlinien des gegenwärtigen Zustandes aber werden und müssen bleiben, weil sonst von „Beibehaltung" nicht die Rede sein könnte. Entweder Völkerbundregierung, dann keine Autonomie

— oder Autonomie, dann keine „Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung".

Man braucht nicht lange nach den Gründen zu suchen, aus denen gerade Frankreich mit der hohlen Phrase der Saar-Autonomie auf den Bauernfang zu ziehen sucht. Die Hoffnung, das Saargebiet durch Volksabstimmung zu gewinnen, hat man ja in Frankreich längst begraben. Wenn aber das reiche Land nicht französisch werden kann, dann soll es jedenfalls nicht an Deutschland zurückfallen! Und weiter: Nur bei einer Abstimmung zugunsten Deutschlands fallen die Saargruben, dieser „fette Bissen", um sich der lehrreichen Ausdrucksweise eines französischen Parlamentariers zu bedienen, durch Rückkauf an Deutschland zurück, während sie bei einer Abstimmung für „Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung" Eigentum Frankreichs bleiben würden. So ist die „Saarautonomie" nichts als ein Deckmantel für sehr reale französische Machtinteressen. Selten ist die französische Propaganda im Saargebiet unaufrichtiger ans Werk gegangen als mit ihrem „Autonomie"-Rummel. Es lohnt, Von Zeit zu Zeit die Dinge ins richtige Licht zu rücken. Morize hat nun freilich an die Spitze seiner Erklärung ein „vielleicht" gestellt. Das kann auf Zweifel und beginnende Einsicht deuten. Diese Einsicht wäre löblich, bedürfte aber noch folgender Ergänzung: Selbst wenn der Versailler Vertrag für das Saargebiet die Möglichkeit einer Autonomie vorsähe und nicht, wie es tatsächlich der Fall ist, deren Verneinung, so würde auch damit die französische Propaganda keinen Deut weiter kommen, weil sie eins, das Wichtigste übersehen würde, wie sie es so oft übersehen hat: Für irgendwelche Autonomiegelüste ist bei der Saarbevölkerung kein Raum, in ihrer Seele wurzelt tief das Gefühl der Verbundenheit mit Gesamtdeutschland, das in der entscheidenden Stunde ganz allein den Ausschlag geben wird. Und gerade hierbei, ja nur hierbei, nur im Rahmen der deutschen Volksgemeinschaft, wird das Saargebiet die wahre Autonomie, die echte Selbstregierung zurückgewinnen, während es bei der „Autonomie", auf die man von Frankreich aus seine Blicke lenken möchte, zum ewigen Ausbeutungsgegenstand für Frankreich herabgedrückt werden würde.

Im übrigen aber glauben wir, sollte man an der Tatsache nicht gar zu gleichgültig vorübergehen, daß ausgerechnet ein Saarregierungsmitglied den Versuch unternimmt, der politischen Bauernfängerei Frankreichs an der Saar Schrittmacherdienste zu leisten. Aus diesem Versuch ergibt sich deutlich die Rolle, die die französischen Vertreter in der Saarregierung von Anfang gespielt haben, nämlich politische Agenten für Frankreichs Saarpolitik zu sein. Es ist nicht ohne Interesse, daß man diese Rolle in dem Augenblick wieder offener spielt, wo Poincaré wieder in stärkerem Maße die französische Außenpolitik beeinflußt. Die Aeußerung des Herrn Morize stellt sich also bei näherer Betrachtung als nichts anderes als ein weiterer Beweis dafür dar, daß Frankreich in seiner Saarpolitik wieder zu den früheren Methoden der Annexionspropaganda zurückgekehrt ist. Für Deutschland kann das — so meinen wir — nur ein neuer Ansporn sein, in seinen Anstrengungen zur baldigen Befreiung des Saargebiets nichts zu erlahmen.

Das Maß ist voll — nun zurück zum Reich!

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte der Christliche Metallarbeiterverband in seinem Saarorgan „Der deutsche Metallarbeiter" in seiner letzten Nummer folgenden Aufruf:

„Mit hochtönenden Phrasen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde die Schaffung der Völkerbundskolonie „Saarabien" gefeiert. Glänzend sollte die wirtschaftliche Lage einer Arbeiterbevölkerung von ¾ Millionen Menschen werden. Ein Arbeiterstaat sollte entstehen, erwecken den Neid der unter den Kriegsfolgen seufzenden Arbeiterkollegen der anderen Staaten.

Die Phrase ist verschwunden!

Bestehen blieb das namenlose Elend Hunderttausender mit ihren Familien. Hunger treibt zum Streik, führt ruhige fleißige Arbeiter auf die Straße. Dunkel liegt die Zukunft vor uns. Die Arbeit der gewerkschaftlichen Organisationen allein hat im Saargebiet das Allerschlimmste von der Arbeiterschaft ferngehalten. Die reichsdeutsche Schwerindustrie weiß, was die Saararbeiterschaft in der Arbeitszeitfrage fordert. Versagt hat die politische Phrase, sie bleibt Demagogie. Nun aber ist's genug! Laut und vernehmlich erhebt die Arbeiterschaft des Saargebietes ihre Stimme:

Zurück zum Reich!

Die Existenz der Saarbevölkerung ist wichtiger als papierne, erpreßte Verträge!"

Hierzu wird uns aus gewerkschaftlichen Kreisen geschrieben: Dieser Aufruf spricht mehr als alle langen Artikel und Verträge. Es ist der Aufschrei eines gequälten Volkes, das nicht mehr aus noch ein weiß. Eine Arbeiterschaft, deren Fleiß und Zuverlässigkeit in Deutschland bekannt war, unterliegt nicht nur politischem und sozialem Druck, sondern auch wirtschaftlicher Ausbeutung schlimmster Art. Die ganze Entwicklung treibt zwangsläufig zur Katastrophe. Nicht mit Unrecht weist der Aufruf auf die bombastischen Versprechungen hin, die der erste Präsident der Regierungskommission, Rault, in echt französischer Ueberheblichkeit der Bevölkerung gemacht hat. Versprechungen, die er einzuhalten garnicht stark genug war, selbst wenn er es gewollt hätte. 1920 war es, als der Neffe des Präsidenten, der damalige Generalsekretär der Regierungskommission, Herr Morize, einem Vertreter der „Vossischen Zeitung" erzählte, daß das Saargebiet ein richtiger „Arbeiterstaat" werden sollte. Das Gros der arbeitenden Saarbevölkerung deutete den dunklen Sinn der Worte richtig! Ein „Sklavenstaat" wurde das Saargebiet. Und die Arbeiter wurden Sklaven im Dienste des französischen Staates und des „Comité de Forges", der Organisation der französischen Schwerindustrie, deren Vertrauensmann gerade Herr Morize, der frühere Generalsekretär und jetziges französisches Mitglied der Regierungskommission ist. In schlauer Berechnung verfolgte Frankreich das Ziel „Wirtschaftliche Ausbeutung des Saargebietes", Auseinandermanöverieren deutscher Arbeiter und Unternehmer.

Obwohl nach außen der Saarbergbau stärker in Erscheinung tritt, muß bei der Beurteilung der Lage zuerst auf andere Industrien zurückgegriffen werden. Die Glas- und Keramindustrie (ca. 12 000 Arbeiter) hat infolge der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutende Absatzmärkte an französische Firmen verloren, mit dem „Erfolg", daß Hunderte von Arbeiter schon seit Monaten arbeitslos sind. Es sind keine „Massen", also fragt niemand, auch im Reiche, nach ihnen. Der Lohn der übrigen Arbeiter dieser Industrien ist ebenfalls infolge der wirtschaftlichen Zustände, besonders in der Keramindustrie, seit Jahren niedriger als der Lohn der Bergarbeiter selbst bei Feierschichten. Gleichartig liegen die Verhältnisse in der weiterverarbeitenden Eisenindustrie. Auch hier herrschte, besonders in den Betrieben der Saarpfalz, große Arbeitslosigkeit, ohne daß auch diese Aermsten der Armen „betreut" wurden. Der in der weiterverarbeitenden Eisenindustrie durchgeführte Lohnabbau wurde in einzelnen Betrieben mit Arbeitseinstellung abzuwehren versucht. Die Antwort der Unternhmer war eine allgemeine Aussperrung. Drei Monate sind bei dem Lohnkampf im Saargebiet zu beachten. Der Abbau in der w. v. E. J. erfolgte in dem Ausmaße von 10 Prozent auf Druck der Bergwerksdirektion, die es nicht duldete, daß andere, deutsche, Unternehmer „sozialer" erscheinen sollten als sie selbst. Der Streik der Arbeiterschaft aber war nicht so sehr gegen die eigenen Unternehmer persönlich gerichtet, als vielmehr ein Aufbäumen gegen die allgemeine Verelendung an der Saar. Und die Aussperrung war ebenfalls mit ein Werk des französischen Kapitals in Schwerindustrie und Bergbau an der Saar. Tausende von Arbeiter durften daher wochenlang nicht arbeiten, so daß bittere Not unter ihnen herrschte. Auch hier tut Hilfe not!

Also Elend auf der ganzen Linie. Nicht umsonst bemächtigt sich der Arbeiterschaft eine immer mehr steigende Erregung. Wo soll der Weg hinführen und wie ist das Ende, wenn die Dinge bis 1935 so weitergehen wie bis heute, dem siebenten Jahre der „glorreichen" Völkerbundsregierung?

Deshalb der Ruf der Arbeiterschaft:

Zurück zum Reich!

Warum läßt die Saarregierung den Luftverkehr mit Deutschland nicht zu?

Im November vorigen Jahres haben in Berlin zwischen Vertretern der Saarregierungskommission und den zuständigen deutschen Stellen Verhandlungen stattgefunden, die die Einbeziehung des Saargebiets in den deutschen Luftverkehr zum Ziele hatten. Nähere Angaben über die damaligen Verhandlungen wurden nicht gemacht, jedenfalls kam man aber zu keinem greifbaren Ergebnis, weil die Unterhändler der Saarregierung erklärten, keine Vollmachten zu haben, um zu den angeschnittenen

Fragen entscheidend Stellung zu nehmen. Man hat dann über die ganze Angelegenheit nichts mehr gehört, auch darüber nichts, zu welcher Auffassung die Saarregierung auf Grund der Berliner Verhandlungen gekommen ist. Festzustellen ist, daß von deutscher Seite keinerlei irgendwie gearteten Schwierigkeiten bestehen, die die Aufnahme des regelmäßigen Flugverkehrs nach und von dem Saargebiet irgendwie beeinflussen könnten. Der beste Beweis dafür ist die Aufnahme von drei Luftverkehrslinien in den Flugplan der deutschen Lufthansa, die von Karlsruhe bzw. Frankfurt bzw. Köln in das Saargebiet hineinführen. Beweis ist ferner, daß auch das Reichspostministerium auf Grund der Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem Luftverkehr mit dem Saargebiet in ihrem Luftpostverkehrsplan nicht weniger als vier regelmäßige Flugpostlinien mit Saarbrücken aufgenommen hat. Die eine kursmäßige Flugpostlinie ist auf der Strecke Saarbrücken—Karlsruhe—Stuttgart—München, die zweite auf der Strecke Saarbrücken—Frankfurt, die dritte auf der Strecke Saarbrücken—Kaiserslautern—Mannheim—Stuttgart und die vierte auf der Strecke Saarbrücken—Trier—Köln—Düsseldorf—Essen mit entsprechenden Gegenkursen eingesetzt. Auch seitens der Stadt Saarbrücken werden selbstverständlich keinerlei Schwierigkeiten gemacht. Wir haben schon seinerzeit mitgeteilt, daß der Flugplatz in Saarbrücken (St. Arnualer Wiesen) fix und fertig mit allen Einrichtungen zur Abwicklung eines geordneten Personen- und Güterluftverkehrs vorhanden ist und nun schon Monate auf das Eintreffen des ersten deutschen Verkehrsflugzeuges wartet.

Die einzigen Schwierigkeiten die gemacht werden, kommen von der Saarregierung. Es ist aber nicht von ihr zu erfahren, welcher Art ihre Bedenken sind, auch nicht, welche Forderungen sie bei Aufnahme eines deutsch-saarländischen Luftverkehrs erhebt. Sie schweigt sich aus und gibt weder der Oeffentlichkeit noch irgend einer wirtschaftlichen Interessenorganisation darüber Auskunft. Dieses Verhalten der Saarregierung läßt daher nur die eine Deutung zu, daß sie unter dem Einfluß einer andern Macht steht, die ihr die Genehmigungserteilung untersagt hat und ebenso verbietet, ihre Weigerungsgründe bekanntzugeben.

Es ist nicht allzu schwer, diese Macht zu ermitteln: es ist die französische Besatzung, es ist die Rheinlandkommission, die aus irgendwelchen politischen oder militärischen Gründen die Landung deutscher Verkehrsflugzeuge im Saargebiet nicht wünschen. Sind es doch die gleichen Instanzen, die der deutschen Verkehrsluftfahrt auch in den besetzten rheinischen Gebieten bisher eine Betätigung untersagt hat. In Trier, in Kaiserslautern, in Koblenz und in vielen andern verkehrswichtigen Städten des besetzten Gebietes sind zwar alle technischen Einrichtungen für die Aufnahme eines regelmäßigen Fluaverkehrs vorhanden, nur die Genehmigung der Rheinlandkommission ist trotz nun schon ein Jahr dauernder Verhandlung noch immer ausgeblieben.

Diese Tatsachen beweisen aber aufs neue, daß die Saarregierung nicht, wie es die Saarstatutsbestimmungen, wie es die Völkerbundsinstruktion vorschreibt, allein Anweisungen des Völkerbundes entgegennimmt, sondern, daß sie nach wie vor unter dem beherrschenden Einfluß Frankreichs steht. Es sollte jetzt Sache der zuständigen Stellen sein, sich dieser Angelegenheit anzunehmen, da es ein unerträglicher Zustand ist, wenn wie zu Zeiten Richerts und Raults die Saarregierung weiterhin sich lediglich als ausführendes Organ französischer Saarpolitik erweist. Die Frage des Luftverkehrs mit dem Saargebiet sollte eine Angelegenheit sein, mit der sich der im Juni zusammentretende Völkerbundsrat zu beschäftigen hat, damit endlich einmal Klarheit herbeigeführt wird, wer die Verwaltung, auch die politische Verwaltung im Saargebiet, auszuüben hat: Der Völkerbund oder Frankreich? Bis jetzt war es noch immer allein Frankreich.

Kleine politische Umschau.

Deutsche Kulturbeziehungen zwischen Saargebiet und Mutterland unerwünscht.

Die Regierungskommission, deren kürzlich erlassene Einreiseerschwerungsnotverordnung für den Verkehr zwischen dem Reich und dem Saargebiet heftigen Protest hervorrief, hat dem Oberstudiendirektor der Oberrealschule, Prof. Meinardus, der Vorsitzender des Volksbildungsvereins Sarbrücken ist, die Erlaubnis zur Teilnahme an der Tagung des Deutschen Vortragsverbandes in Breslau nicht erteilt.

Was heißt das? Das heißt, daß man die alten Methoden unter Rault wieder aufgenommen, die von Natur aus bestehenden kulturellen Beziehungen zwischen Saargebiet und Mutterland reduzieren zu lassen, ihre Aufrechterhaltung zumindest verkümmern zu lassen — im Geiste der Versöhnung. Und so etwas nennt sich Völkerbundsverwaltung!

„Sorgen" der Saarregierung um die Saarturnerjugend.

Die „Saarbrücker Zeitung" teilt folgendes mit:

Die Regierungskommission hat in ihrer Sitzung vom 25. Mai 1927 beschlossen, daß in allen Städten und Landgemeinden des Saargebietes anläßlich des in den Pfingsttagen stattfindenden Jugendtreffens in sämtlichen Schankstätten die Polizeistunde auf das Genaueste eingehalten werden muß und daß Ausnahmen und Erleichterungen in keinem Fall gestattet werden dürfen.

Das genannte Blatt bemerkt hierzu:

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Regierungskommission vom Wesen der turnerischen Jugendarbeit nicht die blasseste Ahnung hat, so wäre sie durch diesen Beschluß geliefert worden. Sie kann unbesorgt sein: Kein Wirt wird einen Jugendlichen in seinen Räumen treffen. Feste der Turnerjugend stehen sogar unter einem Rauch- und Alkoholverbot für Erwachsene, denen auf Festplatz und Tiestätten keine Gelegenheit gegeben ist, Alkohol zu sich zu nehmen. Im übrigen weiß die Turnerjugend, die sich freiwillig unter die Obhut ihrer Leiter stellt, von selbst, daß sie in kein Wirtshaus gehört.

Kleine Tageschronik.

Der deutsche Geographentag im Saargebiet.

Anläßlich des 22. deutschen Geographentages in Karlsruhe fand eine Exkursion der Teilnehmer ins Saargebiet statt. Aus allen deutschen Städten hatten sich die Teilnehmer an dieser Exkursion eingefunden, um zunächst St. Ingbert zu besuchen, wo die Vopelius-Wenzelschen Glashütten besichtigt wurden. In Saarbrücken fand eine Begrüßung durch die saarländischen Geographen unter Führung des Professors Dr. Klövekorn im Saalbau statt. Seitens der Stadt entbot Beigeordneter Dr. Bauer den deutschen Geographen ein herzliches Willkommen. Er hob hervor, daß in letzter Zeit häufig Gäste aus dem Reiche in Saarbrücken einkehrten. Man freue sich immer, wenn man im Saargebiet neue Verbindungen mit drüben knüpfen könne. Ein gewisses Zusammenfinden und Zusammenklingen auf beiden Seiten sei stets im Gefolge dieser Besuche. Besonders für Geographen sei das Saargebiet eine interessante Erscheinung. Allerdings sei das eine recht traurige Berühmtheit, die man lieber heute als morgen schwinden sehe. Die Bevölkerung hege den bestimmten Wunsch und die freudige Hoffnung, recht bald das merkwürdige Gebilde „Saargebiet" von der Karte gewischt zu sehen. Er bitte, das im Saargebiet Gehörte und Gesehene weiterzuverbreiten, und im Reiche das Interesse für das Saargebiet zu wecken, zu fördern und zu erhalten.

Den Dank der Gäste sprach der Vorsitzende der Tagung, Geheimrat Dr. von Drygalski, der durch seine Südpolarforschungen einen internationalen Namen hat. Er führte u. a. aus, daß die deutschen Geographen das Bestreben hätten, auf ihren Exkursionen besonders die bedrohten deutschen Grenzlande zu berücksichtigen. Denn gerade dort häufen sich die Dinge, die für den Geographen von besonderem Interesse sind. Es sei ihnen alle ein Herzensbedürfnis gewesen, wie auf der vergangenen Tagung von Breslau nach Oberschlesien, so jetzt nach dem Saargebiet zu fahren. Er danke für den warmen Empfang im Saargebiet und bedauere nur sehr, daß man im Reiche vom Saargebiet nicht allzuviel wisse und höre. Es sei ein Hauptfehler des Deutschen, daß er sich allzusehr zersplittere. Infolgedessen herrsche im Vaterlande immer nur ein ungewöhnliches Interesse für das Gebiet, von dem man gerade am meisten höre. Trotzdem ruhe aber das Interesse und die Liebe nicht, sie schwelle nur, ja nach den äußeren Anlässen, an und ab. Die Jahrtausendfeier habe vielen in Deutschland erst zum Bewußtsein gebracht, was und wie die Saarbevölkerung fühle. Drüben bestehe genau so wie hier der Wunsch nach baldiger Wiedervereinigung und es werde auch bei Eintreten dieses Falles die gleiche Freude herrschen. Wie am Donon die Wasser auseinanderflössen, strömten auch die Völker und ihre Kulturen auseinander. Das Saargebiet sei in der Geschichte ein Bestimmungsland gewesen und sei es noch. Ein starkes Band verknüpfe Saargebiet und Reich. Es zu festigen und zu schützen, sei in Zukunft das Bestreben aller. Ein kräftiges Hoch schloß die Ausführungen.

Herr Dr. Zitzler entwarf ein wahrheitsgetreues Bild der wirtschaftlichen Struktur des Saargebietes. In rascher Folge führte er durch die ganze Industrie, Kredit- und Währungsfragen. Zollabschnürung, die Nöte und Sorgen der Saarbevölkerung.

Herr Prof. Dr. Klövekorn schickte seinen Ausführungen voraus, daß es sich merkwürdig treffe, wenn am gleichen Tage die Franzosen nach Westen das Saargebiet verließen und von Osten die deutschen Wissenschaften hereinzögen. Er freue sich, Deutsche, und dazu Jugendbildner vor sich zu haben, die aufklärend wirken könnten. Dann gab er einen kurzen Ueberblick über die französischen Annexionsbestrebungen und

ging an Hand von Lichtbildern auf landschaftliche und bauliche Schönheiten des Saargebietes ein. Der St. Johanner Sängerbund verschönte den Abend durch mehrere gelungene Liedervorträge, denen stets ein nicht endenwollender Beifall folgte.

Unter den Gästen befanden sich auch Geheimrat Volz aus Leipzig, der als Führer der Deutschen im oberschlesischen Abstimmungskampf hervorgetreten ist, ferner Dr. Metz, einer der besten Kenner der Rheinlande, der 1926 in Leipzig seine Antrittsvorlesung zur Professur über das Saargebiet hielt.

Saarbrücken. Zum Intendanten des Saarbrücker Stadttheaters ist der bisherige Leiter der vereinigten Bühnen Beuthen-Gleiwitz-Hindenburg G. m. b. H. ernannt worden.

Klarenthal. Die neuerbaute katholische Kirche konnte am 12. Juni nach feierlicher Einweihung ihrer Bestimmung übergeben werden. Ein großer Festzug bewegte sich, von der Muttergemeinde Fenne kommend, durch den festlich geschmückten Ort, um die erste hl. Messe und den Festgottesdienst anzuhören, wobei das Musikextett Fenne und die vereinigten Kirchenchöre von Fenne und Klarenthal mitwirkten. Als Vertreter der weltlichen Behörden war Landrat Dr. Vogeler erschienen. Abends vereinigte sich die Gemeinde zu einer Nachfeier im Saale Dörr, wo bei musikalischen und gesanglichen Darbietungen noch mancher Glückwunsch auf die junge Kirchengemeinde ausgesprochen wurde. Die Kirche wurde nach den Plänen des Dombaumeisters Professor Becker-Fallkowski, Mainz, gebaut und grüßt jetzt als stolzes Schmuckstück des Ortes hinunter in unsere Saarheimat.

Völklingen. Der Pflastermeister Marzy, der auf dem Bahnhof Pflasterarbeiten ausführt, wurde, als er sich auf den Geleisen zur Bahnmeisterei begab, von einem einfahrenden Personenzug, den er offenbar übersehen hatte, erfaßt und lebensgefährlich verletzt. Er erlag seinen Wunden noch am Nachmittag im Krankenhaus.

Heiligenwald. Von der Gemeinde ist am Itzenplitzer Weiher eine Freibadeanstalt errichtet worden, die als die schönste im Saargebiet bezeichnet werden darf. Sie ist von Heiligenwald, Bildstock und Merchweiler aus in kurzer Zeit zu erreichen.

Friedrichsthal. Die Gemeindeverwaltung hat einen großzügigen Bebauungsplan zur Erstellung von Wohnungen ins Auge gefaßt. Vorgesehen dafür war das Gelände zwischen der Eisenbahn am Ostschacht und der Grühlingsstraße. Nun macht die französische Grubenverwaltung Schwierigkeiten, denn sie verweigert die Abgabe des Geländes und lehnt die Bergsicherheit ab. Bei Verhandlungen mit der Bergwerksdirektion erklärte diese sich schließlich bereit, gegen Tausch Gelände zum Ausbau der verlängerten Wilhelmstraße, woselbst 6 bis 70 Häuser erstellt werden können, abzugeben. — Die Bevölkerungszahl der Bürgermeisterei betrug am 1. Mai 15 090, am 1. Juni 15 097 Personen. Es ist ein Zuwachs von 7 Personen zu verzeichnen, wobei die Zahl der Geborenen mit 27 die der Gestorbenen um 12 überschreitet. — In Schweich an der Mosel ist Kaplan Wilhelm tödlich verunglückt. Kaplan Wilhelm wirkte drei Jahre in der St. Marien-Pfarrei und war vor allem den Armen ein treuer Freund. — Ein Grubenbeamter aus dem Wurmkohlengebiet wirbt im Saargebiet junge Bergleute und Arbeitssuchende für die Kohlenzechen seiner Heimat an. Seiner Einladung in den hiesigen Ratskeller sind bis jetzt junge in großer Zahl gefolgt. Wie man aus sicherer Quelle erfährt, haben sich hierorts in vergangener Woche 150—200 junge Arbeiter bereit erklärt, nach dem Bezirke Aachen auswandern zu wollen. Auch in anderen Orten des Saargebietes soll die Anwerbung für ein fernliegenderes Industriegebiet geglückt sein.

Merzig. Bei dem siebenten Jungen der hier in der Kreuzbergstraße wohnenden Eheleute Joh. Bohrer-Peifer hat der Reichspräsident v. Hindenburg die Ehrenpatenstelle übernommen.

Vom „Bund der Saarvereine".

* **Die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine** hielt am Dienstag, den 31. Mai, im Elisabethsaal des Bayernhof, Berlin, ihre gutbesuchte ordentliche Jahresmitglieder-Versammlung ab. Der stellvertretende Vorsitzende, Direktor Dietz, eröffnete die Versammlung mit Worten herzlicher Begrüßung, um dann der im Berichtsjahr und in den letzten Wochen verstorbenen Mitglieder in ehrenden Worten zu gedenken. Er gedachte zunächst des im Juli vorigen Jahres verstorbenen Bergrates Fritz Eberhardt und seiner ihm wenige Wochen danach in den Tod gefolgten Gattin, weiter der Frau Maria Schäfer, Gattin des Vorstandsmitgliedes Direktor Schäfer, und der Frau Gertrud Müller, Gattin des Bergwerksdirektor Wilhelm Müller-Berlin. Es sei ihm eine Ehrenpflicht, dieser vortrefflichen, lieben Menschen zu gedenken, die in selbstloser Weise, wo immer es auch nur sein mochte, sich für die Saarsache eingesetzt hätten. Hierauf erstattete Verwaltungsdirektor Vogel den Geschäftsbericht, indem er darauf hinwies, daß auch im Jahre 1926 die Berliner Ortsgruppe sich an die vom Bund der Saarvereine aufgestellten Leitsätze für die Tätigkeit der Landes- und Ortsgruppen gehalten hätte. Das Hauptaugenmerk sei auf die Werbung von Mitgliedern gerichtet gewesen, es seien aber nicht nur Landsleute, sondern auch sonstige zum Saargebiet irgendwelche Beziehungen habende Personen für die Ortsgruppe Berlin gewonnen worden. Die mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse hätten allerdings das eigentliche Vereinsleben und die weitere Entwicklung der Ortsgruppe Berlin stark beeinträchtigt und aus Sparsamkeitsrücksichten hätten die Vortrags- und andere Veranstaltungen sehr eingeschränkt werden müssen. Die Mitgliederzahl habe gegenüber dem Vorjahre eine kleine Zunahme erfahren. Ihrem Zweck entsprechend habe die Ortsgruppe naturgemäß ihr Hauptaugenmerk auf die Verbreitung des Verständnisses und des Interesses für das Saargebiet durch Vorträge, durch Aufsätze in der Presse, Verbreitung von Druckschriften usw. gerichtet. Nach Aufzählung der verschiedenen Vortragsveranstaltungen und nach Erwähnung des bedeutungsvollen Besuches des Männergesangvereins Saarbrücken von 1861 sowie nach einem kurzen Bericht über die 6. Tagung des Bundes der Saarvereine am 14. und 15. August 1926 in Köln am Rhein, gab der Geschäftsbericht ein klares, übersichtliches Bild über die gesamte Tätigkeit der Berliner Ortsgruppe, die wiederum ein Beweis dafür ist, wie unentwegt auch seitens der Berliner Ortsgruppe die Aufklärungsarbeit wahrgenommen und die Geschäftsstelle „Saar-Verein" in dieser Beziehung fleißig unterstützt worden ist. Am Schlusse des Geschäftsberichts wird darauf hingewiesen, daß der am Schluß des vorjährigen Berichts zum Ausdruck gebrachte Wunsch, daß das abgelaufene Geschäftsjahr uns der recht baldigen Erlösung unserer treudeutschen Brüder und Schwestern an der Saar ein gutes Stück näherbringen möge, leider nicht in Erfüllung gegangen sei. Im Saargebiet habe eine zweite Epoche der französischen Propaganda eingesetzt, die darauf abziele, im Saargebiet für den Gedanken eines autonomen Staates Freunde und Anhänger zu gewinnen. Dazu komme, daß alle auf den Völkerbund gesetzten Hoffnungen fehlgeschlagen seien und daß im Saargebiet nach wie vor unter Duldung des Treuhänders des Völkerbundes, der Saarregierung, die Gewalt- und Annexionspolitik der Franzosen die Ueberhand behalten habe. Heute gelte es mehr denn je, die hochbedeutsame Aufgabe zu beachten, welche sich der Bund der Saarvereine durch seine vaterländische Aufklärungsarbeit gestellt habe und bei welcher er ganz besonders mit der Unterstützung eines jeden einzelnen Mitgliedes seiner Ortsgruppe rechnen müsse. Diese Mitarbeit dürfe aber nicht nur in der Erstattung der Jahresbeiträge bestehen, sondern jedes einzelne Mitglied müsse bei allen Gelegenheiten das wärmste Interesse allen Bestrebungen des Bundes der Saarvereine entgegenbringen. Nach der Erstattung des Kassenberichts durch den Kassenwart Musiklehrer Röller wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Gleichzeitig erklärte sich die Jahresversammlung einstimmig damit einverstanden, daß an die Geschäftsstelle „Saar-Verein" ein Jahresbeitrag von 300 Mark und für den „Saar-Freund" ein Beitrag von 600 Mark zur Verfügung gestellt werden soll. Bei der Neuwahl des 1. Vorsitzenden gab Verwaltungsdirektor Vogel mit tiefem Bedauern bekannt, daß der bisherige langjährige und hochverdiente 1. Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe, Direktor Fett, infolge geschäftlicher Umstellung seiner Firma seinen Wohnsitz nach Breslau habe verlegen müssen und infolgedessen gezwungen sei, den Vorsitz niederzulegen. Direktor Fett zähle zu denjenigen Männern, denen um die Saarsache mit Recht unvergängliche Verdienste nachgerühmt werden können. Er sei Mitbegründer der Ortsgruppe Berlin. Wenn er (Vogel) die Verdienste Fetts ganz besonders hervorhebe, so geschehe dies nicht nur aus innerster Ueberzeugung, sondern auch aus aufrichtiger Dankbarkeit; denn gerade Direktor Fett sei es gewesen, der sich in der Zeit der Betätigung des Saargebietsschutzbureaus und auch während der Abwicklungszeit des letzteren für alle Saarfragen außerordentlich interessiert und immer wieder neue Anregungen gegeben habe, wie das treudeutsche Saargebiet zu retten sei. An der Schaffung der Organisation des Bundes der Saarvereine habe er durch Gründung der Ortsgruppe Berlin, die als sein Werk bezeichnet werden dürfe, erfolgreich mitgearbeitet. In der Gründungsversammlung am 20. Oktober 1919 im Restaurant Patzenhofer-Berlin habe er tatkräftig mitgewirkt und er sei gewissermaßen derjenige, der damals die Ortsgruppe Berlin über die Taufe gehalten habe. Aber Direktor Fett könnten nicht nur diese Verdienste nachgerühmt werden, sondern er habe auch vortrefflich mitgearbeitet bei der Werbung von Mitgliedern und gerade er sei es gewesen, der in seinen Freundes- und Bekanntenkreisen eine sehr große Zahl neuer Mitglieder für die Berliner Ortsgruppe geworben habe. Doch damit nicht genug! Die von ihm zugeführten Mitglieder seien meistens in finanzieller Beziehung sehr leistungsfähige Persönlichkeiten gewesen, durch die außer den Jahresbeiträgen ansehnliche außergewöhnliche Beiträge abgeführt worden seien. Direktor Fett sei aber auch sonst überall darauf bedacht gewesen, Einnahmequellen zur Aufbringung der für die Durchführung der

Aufklärungsarbeit erforderlichen Geldmittel zu schaffen. Wie kaum irgend jemand habe er die ganzen Jahre hindurch den Bestrebungen des Saarvereins das größte Interesse und volles Verständnis entgegengebracht. Seine aufmunternden Worte, aber auch seine treue, unentwegte Mitarbeit hätten dem Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein" immer wieder neuen Mut und frische Kraft zur Weiterarbeit gegeben. Von Direktor Fett könne man, wie wohl kaum von irgendeinem anderen mit Dank und Stolz sagen, daß er für die Saarsache stets ein warmes Herz und eine offene Hand gehabt habe. Als Mitarbeiter des Direktor Fett in der Ortsgruppe Berlin von der ersten Stunde der Gründung an, halte er (Vogel) es deshalb für seine Ehrenpflicht, eine besondere Ehrung des Direktor Fett der Jahresmitgliederversammlung vorzuschlagen. Wenn von allen Männern, die an der Saarsache mitgearbeitet und mitgewirkt haben, jemand eine Ehrung verdient habe, so sei es Direktor Fett und er bäte deshalb die Versammlung, diese Ehrung durch die Wahl zum Ehrenvorsitzenden der Ortsgruppe Berlin tätigen zu wollen. Der stellvertretende Vorsitzende, Direktor Dietz, unterstützte diesen Antrag wärmstens, schritt dann zur Wahl und konnte mit Freuden feststellen, daß die Jahresversammlung Direktor Fett einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt hat. Die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden wurde letzterem in einem besonderen Begrüßungstelegramm mitgeteilt. Das Telegramm lautete wie folgt: „Dem soeben einstimmig gewählten Ehrenvorsitzenden und seiner Gattin entbietet in aufrichtiger Verehrung und Dankbarkeit für die hohen Verdienste um die Saarsache die heutige Jahresversammlung treudeutsche Saargrüße. — I. A. Direktor Dietz, 1. Vorsitzender — Vogel, Schriftführer." Darauf gab Verwaltungsdirektor Vogel bekannt, daß der ganze Vorstand neu- bzw. wiedergewählt werden müßte und zwar hätten stattzufinden die Neuwahlen des 1. und 2. Vorsitzenden und eines weiteren Beisitzers sowie die Wiederwahl der übrigen Vorstandsmitglieder. Er bat den im Saal anwesenden Eisenbahndirektions-Präsidenten Brosche, wie bisher in den Vorjahren, diese Wahlen vornehmen zu lassen. Derselbe übernahm den Vorsitz, um zunächst dem Vorstand für alle Mühewaltung und für die treue Mitarbeit den herzlichen Dank der Versammlung auszusprechen. Darauf schritt er zur Wahl und er bat zunächst um Vorschläge für die Wahl des 1. Vorsitzenden. Verwaltungsdirektor Vogel glaubt, daß über diesen Punkt schnell hinweggekommen werden könnte, da Direktor Dietz als stellvertretender Vorsitzender schon seit längerer Zeit die Geschäfte zur vollsten Zufriedenheit aller wahrgenommen und mit Direktor Fett und den übrigen Vorstandsmitgliedern das beste Einvernehmen gehabt hat. Er schlug deshalb Direktor Dietz als 1. Vorsitzenden vor. Als stellvertretenden Vorsitzenden brachte er Major a. D. Wartenberger-Berlin, einen alten 70er, der für die Saarsache stets das wärmste Interesse hatte und als weiteren Beisitzer Rechtsanwalt Melsheimer-Berlin in Vorschlag. Die neue Wahl erfolgt durch Zuruf, so daß gewählt sind: als 1. Vorsitzender Direktor Dietz-Berlin, als stellvertretender Vorsitzender Major a. D. Wartenberger-Berlin, als Beisitzer Rechtsanwalt Melsheimer-Berlin. Darauf wird zur Wiederwahl der in Betracht kommenden Vorstandsmitglieder geschritten. Da sich kein Widerspruch gegen diesen Vorschlag erhebt, ist die Wiederwahl einstimmig beschlossen. Als 1. Schriftführer Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, als stellvertretender Schriftführer Technischer Eisenbahn-Assistent Ommert-Berlin, als 1. Kassenwart Röller-Berlin, als 2. Kassenwart Oberingenieur Labbé-Berlin, als Beisitzer Frau Geheimrat Hueck-Berlin, als Beisitzer Direktor Schäfer-Berlin, als Beisitzer Apotheker Bubel-Berlin. Den Vorsitz übernahm darauf wiederum Herr Direktor Dietz, um kurz und bündig die Erklärung abzugeben, daß der Vorstand unter der alten Devise „Rastlos vorwärts" auch im neuen Jahre weiterarbeiten werde. Die notwendig gewordenen Abänderungen gelegentlich des Neudrucks der Satzungen bestehen hauptsächlich darin, daß nach einem Beschluß einer früheren Tagung es von jetzt ab statt Bund „Saarverein" „Bund der Saarvereine" heißt. Der § 3 wurde dahin abgeändert, daß der Jahresbeitrag auf 10 Mark festgesetzt wurde mit dem Zusatz, daß in besonderen Fällen der Jahresbeitrag nach Prüfung der persönlichen Verhältnisse auf 3 Mark herabgesetzt werden könne. Bezüglich der Erhebung der ordentlichen Jahresbeiträge und der außerordentlichen Beiträge wurde auf die dringende Notwendigkeit nochmals hingewiesen und gleichzeitig an die Werbearbeit für die Ortsgruppe und den „Saar-Freund" gemahnt. Die Wahl der Vertreter für die 7. Tagung des Bundes der Saarvereine am 13. und 14. August in Würzburg, verbunden mit einer großen Saarkundgebung wird dem Vorstand überlassen. In einem Rundschreiben sollen sämtliche Mitglieder zur zahlreichen Teilnahme aufgefordert werden. Die Abhaltung eines Sommerfestes im Universum-Restaurant (Ulap) in Gemeinschaft mit den Vereinigungen der früheren Reichsländischen und Rheinlandtruppen in Berlin wird gutgeheißen. Die Mitglieder sollen aufgefordert werden, diese Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen. Sodann wurde noch bekanntgegeben, daß der Saarbrücker Stammtisch der Saarländer im Bayernhof von jetzt ab nicht mehr Donnerstags, sondern Mittwochs tagen wird. Den Mitgliedern sollen diesbezügliche Rundschreiben zugehen, ebenfalls erfolgt die Bekanntgabe durch den „Saar-Freund" mit der dringenden Mahnung, doch auch diesen Stammtischabenden im Interesse der guten Verbindung unserer Landsleute untereinander die Bedeutung zu geben, die sie verdienen. — Damit war die geschäftliche Verhandlung beendet und es wurde zu der Vortragsveranstaltung des Herrn Oberlehrer Th. Schmid-Saarbrücken über „Weinbau an der Saar" übergegangen. Ueber diesen Vortrag bringen wir in der vorliegenden Nummer einen besonderen Bericht zum Abdruck. Nach dem Vortrag erstattete Verwaltungsdirektor Vogel eine sehr interessanten Bericht über seine Eindrücke während seines 12tägigen Aufenthaltes im Saargebiet, um dabei an Hand von Lichtbildern zu zeigen, wie im Saargebiet von der französischen Bergverwaltung unter stillschweigender Duldung der Saarregierung, des Treuhänders des Völkerbundes, Raubbau getrieben und Kohlendiebstahl begangen werde. Die Saarregierung habe zugunsten Frankreichs ihre Pflicht als Treuhänderin des Völkerbundes aufs schwerste verletzt. Die Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft greife nach den Kohlenschätzen des Saargebiets, sie habe sich in aller Heimlichkeit daran gemacht, unter der Landesgrenze hinweg im Saargebiet auf Kohlenraub auszugehen. Bereits im Jahre 1922 sei diese französische Bergwerksgesellschaft unter Tage ins Saargebiet vorgedrungen und habe dort unter stillschweigender Duldung der französischen und der Saarregierung ein großes Abbauprogramm in Angriff genommen. Zwei Jahre später, am 10. Mai 1924, habe sie sich durch Pachtvertrag den Raub und den Kohlendiebstahl sanktioniert und ein 620 Hektar großes Pachtfeld im Warndt, die sogenannte Grube Carlsbrunn, zusprechen lassen. Von Jahr zu Jahr sei sie dann auf dem schiefen Weg des Diebstahls an fremdem Eigentum weitergegangen. Als sie vermittels der bereits vorhandenen Schächte an der Saargrenze nicht genug Saarkohlen erraffen konnten, haben sie neue Schachtanlagen auf der Grenzlinie selbst niedergebracht, die in das Herz der fettkohlenreichen Warndtflöze hineinführen. Die Lichtbilder, die dann vorgeführt wurden, bestätigen diese Angaben. Einen geradezu ungeheuerlichen Eindruck rief es hervor, als das Lichtbild von der Schachtanlage Reumaux gezeigt wurde, aus dem deutlich hervorgeht, daß die Schachtanlagen der französischen Bergwerksgesellschaft nur 4—6 Meter von der preußischen Grenzlinie des Saargebiets entfernt sind. Auch die übrigen Lichtbilder erregten sehr großes Interesse, aber auch tiefe Empörung über diese neue Schandtat der Franzosen an der Saar. — Damit war die Jahresversammlung mit ihrem Vortragsabend zu Ende. Die Teilnehmer dankten durch großen Beifall für den ihnen gebotenen sehr interessanten Abend.

Die 7. Tagung des Bundes der Saarvereine findet am 13. und 14. August d. Js. in Würzburg statt. Diese Tagung soll einen möglichst schlichten und einfachen Charakter erhalten. Am Vorabend, Sonnabend, dem 13. August von abends 8 Uhr ab soll ein Begrüßungsabend mit Konzert und sonstigen Veranstaltungen stattfinden. Am Sonntag, dem 14. August, vormittags von 10 Uhr ab beginnen die geschäftlichen Verhandlungen und nachmittags von 3 Uhr ab ist eine große Saarkundgebung in Gestalt einer allgemeinen politischen Versammlung in Aussicht genommen. Als Redner sollen berufene Vertreter der politischen Parteien des Saargebiets, insbesondere Mitglieder des Landesrats, gebeten werden und es sollen sich, wie in früheren Jahren, an diese Vorträge anschließend eine Aussprache und die Bekanntgabe einer Entschließung mit dem Schlußwort. Wenn irgend möglich soll in diesem Jahre dahin gewirkt werden, daß diese Tagung des Bundes der Saarvereine ganz besonders stark besucht wird von Landsleuten aus dem Saargebiet selbst. Am Montag, dem 15 August soll den Teilnehmern, die den Tag noch in Würzburg verleben wollen, eine gemeinsame Besichtigung der Stadt Würzburg und ihrer Sehenswürdigkeiten sowie ein kleiner Ausflug im Laufe des Nachmittags ermöglicht werden. Wir geben heute diese vorläufigen Mitteilungen. Der Termin für die diesjährige Bundestagung mit der großen Saarkundgebung am 13. und 14. August kann als feststehend betrachtet werden. Die Tagesordnung und das genaue Programm wird den einzelnen Ortsgruppen und den Mitgliedern des Bundes demnächst zugehen. Insbesondere wird auf Grund des § 8 der Satzungen die Einladung mit der Tagesordnung mindestens 4 Wochen vor der Tagung den Ortsgruppen übersandt werden. Die Ortsgruppen haben etwaige Anträge für die Bundestagung spätestens bis zum 1. August d. Js. der Geschäftsstelle „Saar-Verein" einzureichen.

Der Vorstand des Bundes der Saarvereine hat unter Bezugnahme auf § 10 seiner Satzungen den sämtlichen Ortsgruppen die Aufgaben des Bundes der Saarvereine und seiner Ortsgruppen und die in Ergänzung dieser Richt-

Linien von der Bundestagung in Hannover im Jahre 1925 für die Betätigung der Landes- und Ortsgruppen aufgestellten Leitsätze zugehen lassen mit der Bitte, im laufenden Jahre diese Anweisungen im Interesse einer recht regen Vereinstätigkeit gefälligst besonders beachten zu wollen. Dabei wird ganz besonders darauf hingewiesen, daß nach diesen Richtlinien und nach den Satzungen des Bundes der Saarvereine grundsätzlich alle Geldmittel, welche nicht zur Führung der laufenden Geschäfte der Landes- und Ortsgruppen erforderlich sind, der Geschäftsstelle „Saar-Verein" zur Verfügung gestellt werden sollen. Nach einem Beschluß der Bundestagung in Hannover im Jahre 1925 sollen Orts- und Landesgruppen sowie Geschäftsstelle sich gegenseitig finanziell nicht das Wasser abgraben. Soweit die Geschäftsstelle „Saar-Verein", die ja nur unter Aufwendung erheblicher Geldmittel die eigentliche vaterländische Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine wahrnimmt, von Personen oder Körperschaften Beiträge bezogen hat oder bezieht, muß diese Quelle für die Orts- und Landesgruppen verschlossen bleiben. Leider lassen es, mit ganz geringen Ausnahmen, die meisten Ortsgruppen an der Durchführung dieser bei Gründung des Bundes der Saarvereine durch die Satzungen getroffenen Bestimmung fehlen.

§ Ortsgruppe Ibbenbüren des Bundes der Saarvereine. Die beabsichtigte Zusammenkunft der Ortsgruppen Münster und Ibbenbüren in Westfalen fand am Sonntag, den 29. Mai 1927, in Ibbenbüren statt. Das freudige Versprechen der Vertreter der Ortsgruppe Münster i. W. des Bundes der Saarvereine in der Versammlung der Ortsgruppe Ibbenbüren am 14. Mai d. J. wurde zur Wirklichkeit. Am Sonntag, den 29. Mai, hatte die Ortsgruppe Münster sich zum Besuch der Landsleute in Ibbenbüren angesagt. Vertreter der Ortsgruppe Ibbenbüren fuhren den Landsleuten aus Münster zum Empfange und zur Führung bis Dörenthe entgegen. Gegen ½2 Uhr kamen die Münsterer mit einem Autobus, voll besetzt, mit Schildern, die mit Saarsprüchen und dem Wahrzeichen des Saarvereins versehen waren, in Dörenthe an, wo eine herzliche Begrüßung stattfand. Am Fuße des Dörenther Berges verließen alle das Fahrzeug, und unter Führung der Vertreter aus Ibbenbüren begann eine Fußwanderung nach den Dörenther Klippen, den Sehenswürdigkeiten Ibbenbürens. Alle waren bestrebt, die Höhe des „Hockenden Weibes" zu erreichen und die schöne Aussicht zu genießen. Das herrliche klare Wetter ermöglichte eine gute Fernsicht in das schöne Münsterland, und jeder konnte deutlich die Türme seines Wohnortes, Münster, am Horizont erkennen. Nachdem von den Mitgliedern der Ortsgruppe Münster einzelne photographische Aufnahmen gemacht waren, begann der Abstieg und an der Sommer-Rodelbahn, die leider wegen der Kürze der Zeit nicht eingehend besichtigt und von jung und alt benutzt werden konnte, erwartete der Autobus die Wanderer. Nun ging es in guter Fahrt abwärts nach Ibbenbüren. Von weitem grüßte die Saarbrücker Stadtflagge am Vereinslokal der Ortsgruppe Ibbenbüren den Besuch. Die Fahrt ging durch die Stadt, und am südlichen Hange des Schafberges erwarteten die Mitglieder der Ortsgruppe Ibbenbüren und ein schön gedeckter Kaffeetisch im geräumigen Lokale Lengermann die Besucher. Hier begrüßte Herr Markscheider Müller als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Ibbenbüren die in stattlicher Zahl erschienene Ortsgruppe Münster, wünschte jedem vergnügte Stunden in Ibbenbüren, legte den Zweck des „Saar-Vereins" und seiner Ortsgruppen klar, pries das treudeutsche Verhalten des Saarvolkes und endete mit einem dreifachen „Glück auf" auf das Vaterland. Herr Reichert als Vorsitzender der Ortsgruppe Münster dankte im Namen dieser für den freundlichen Empfang und die Aufwartungen der Ibbenbürener Landsleute und Saarfreunde. Unter Musikvorträgen und Gesang verlief die Kaffeezeit schnell, und viele machten anschließend einen Spaziergang auf den Schafberg, zur schönen Aussicht und zur Oeynhausen-Schachtanlage. Manche Landsleute dachten beim Anblick der Schachtanlage mit Wehmut an die Saarheimat mit ihren vielen schön gelegenen anderen Zechenanlagen. Alle waren entzückt von den Naturschönheiten Ibbenbürens und Umgegend. Die Zurückgebliebenen erwarteten die Spaziergänger im Lokale Langermann und, nachdem alle wieder beisammen waren, ging es teils zu Fuß, teils mit dem Autobus durch die Stadt zum Vereinslokal Schlichter, der „blauen Ecke". Hier im überfüllten Lokale vergingen noch einige Stunden unter Frohsinn und Heiterkeit, Vorträgen von Musikstücken, Absingen von Heimatliedern usw. Eine besondere Ueberraschung leistete sich Herr Licht aus Münster, indem er eine Büchse mit selbst eingelegten, hier nicht, im Saargebiet aber wohl bekannten „Flautzen" zur Verteilung brachte.

Die sofortige Räumung des gesamten besetzten Gebietes

wird in einer Entschließung gefordert, in welcher es heißt:

„Die im **Westausschuß für Rhein, Saar und Pfalz** vereinigten landsmannschaftlichen Verbände des besetzten Westens sind mit steigender innerer Erregung dem französischen Pressefeldzuge gefolgt, der gegen die Räumung der rheinischen Gebiete betrieben wird; man will die Räumung entweder überhaupt hintertreiben oder doch von Bedingungen abhängig machen, die für Deutschland auf weitere Preisgabe wichtiger Souveränitätsrechte am Rhein hinauslaufen würden.

Wir wenden uns mit größter Schärfe gegen dieses, die Verständigungspolitik ernst gefährdende Treiben. Wir fordern, gerade im Interesse des Verständigungsgedankens die sofortige Räumung des gesamten besetzten Gebietes als die selbstverständliche Folgerung aus den grundlegenden Vereinbarungen, die in Locarno im Oktober 1925 getroffen worden sind. Die Forderung der sofortigen Räumung ist übrigens auch unser gutes Recht auf Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrages und auf Grund der bekannten Erklärung von Clemenceau, Lloyd George und Wilson vom 16. Juni 1919 über die Notwendigkeit einer früheren Räumung. Auf das Entschiedenste lehnen wir jegliche weitere Beeinträchtigung der deutschen Souveränität am Rhein ab, die ohnedies durch die Dauerbestimmungen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone aufs stärkste eingeschränkt ist.

Wir wissen uns mit den Brüdern und Schwestern am Rhein einig, wenn wir laut bekunden:

„Keine neuen Ketten, keine dauernde Rechtsminderung als Lösegeld für die vorübergehende Besetzung!"

Unsere Volksgenossen am Rhein harren geduldig des unwiderruflich feststehenden Tages der Freiheit. Dank dieser unwandelbaren rheinischen Treue um Gesamtdeutschlands willen! Sie wird uns alle frei machen!"

Reichsverband der Rheinländer. Vereinigte Landsmannschaften Eupen-Malmedy-Monschau. Rheinische Frauenliga. Bund der Saarvereine. Verein der Pfälzer E. V. „Deutscher Rhein" E. V.

Saarländer,

Mitglied der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine, beabsichtigt, seinen siebenjährigen Sohn in den großen Ferien zu den im Saargebiet wohnhaften Großeltern zu schicken. Erwünscht wäre nun dringend und herzlichst die Mitnahme des kleinen Burschen durch einen Landsmann oder eine Landsmännin, die ebenfalls Anfang Juli (ungefährer Beginn der großen Ferien, kleinere Abweichung wäre sehr wohl möglich) ins Saargebiet oder bis Trier reisen. Von Trier oder Saarburg würde der Junge von Verwandten abgeholt werden können. Etwaige Meldungen sind erbeten an die Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94. Für jegliches Entgegenkommen wird schon im voraus herzlichst gedankt.

Saarländer-Stammtisch in Berlin.

Der **Saarländer-Stammtisch** in Berlin im „Bayernhof", Potsdamer Straße 10, tagt nicht mehr Donnerstags, sondern

nur noch Mittwochs

von abends 8 Uhr ab im gleichen Lokal. Alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin, Freunde unserer Organisation und Saarländer, die sich vorübergehend in Berlin aufhalten, sind herzlichst eingeladen.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243 — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Königgrätzer Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.